

MES-Perspektiven 3/2017

EU-Skepsis in der Linkspartei?

Eine qualitative Untersuchung

Stefan Kunath



MES-Perspektiven 3/2017

Die *MES-Perspektiven* werden vom MA European Studies der Europa-Universität Viadrina herausgegeben. Die MES-Perspektiven sind dem interdisziplinären Charakter des Studiengangs verpflichtet. Sie präsentieren in loser Reihenfolge wissenschaftliche Erträge, die die Mitglieder des Studiengangs – d.h. Studierende und Dozenten – gewinnen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf solche politische, rechtliche und wirtschaftliche Prozesse des europäischen Integrationsprozesses gelegt, die disziplinäres Wissen herausfordern und weiterentwickeln.

Über den Autor

Stefan Kunath, geb. 1989 in Frankfurt (Oder), hat im Bachelor an der Universität Potsdam Politik, Verwaltung und Soziologie sowie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Master European Studies mit dem Schwerpunkt europäische Politik studiert. Seit 2009 ist er in Teilzeit beim Bundestagsabgeordneten Frank Tempel beschäftigt. Während seines Studiums war er Stipendiat bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Herausgeber der Reihe MES-Perspektiven

Prof. Dr. Timm Beichelt, Prof. Dr. Carsten Nowak, Prof. Dr. Reimund Schwarze

Kontakt

Professur für Europa-Studien
Europa-Universität Viadrina
Postfach 1786
15207 Frankfurt (Oder)

Redaktion dieser Ausgabe

Kerstin Hinrichsen

Erscheinungsdatum

19. April 2017

Abstract

Angesichts heterogener und teils widersprüchlicher Positionen der Linkspartei zur EU drängt sich die Frage auf, ob die Partei als EU-skeptisch klassifiziert werden kann. Zur Typologisierung unterscheide ich in Anlehnung an Kopecký/Mudde zwischen spezifischer Unterstützung hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik und diffuser Unterstützung hinsichtlich der konstitutionellen Verfasstheit und Legitimität der EU. Zur Einordnung der Merkmalswerte entlang beider Dimensionen unterziehe ich Partei- und Europawahlprogramm einer qualitativen Dokumentenanalyse. Außerdem führe ich eine qualitative Inhaltsanalyse der Aussagen von vier MandatsträgerInnen aus dem Bundestag durch, die zwei kontrastiven innerparteilichen Flügeln zugeordnet werden können. Die Aussagen habe ich aus leitfadengestützten ExpertInneninterviews gewonnen.

Die Ergebnisse offenbaren einen Grundkonflikt zwischen integrationistischen und souveränistischen Positionen, der sich anhand der unterschiedlichen Bewertung der Legitimität der EU kristallisiert. Damit einher gehen verschiedene Vorstellungen über die Veränderbarkeit der EU, Formen der Opposition und den Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis. Beide Positionen werden durch den Formelkompromiss eines „Neustarts“ der EU zusammengehalten, durch den sich die Partei nach außen gegen wirtschaftsliberale und nationalistische Positionen abgrenzt. Insgesamt erfolgt die Anerkennung der EU durch die Linkspartei negativer Art: Die Sorge vor einem nationalistischen Rollback und dem Kollaps der EU, mit dem auch potentielle Regulierungsinstrumente für eine soziale EU entfallen würden, verdeutlicht die Notwendigkeit einer neuartigen Typologisierung nicht als EU-skeptisch, sondern als EU-kritisch.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	1
Tabellenverzeichnis	2
Einleitung	4
Die Linkspartei in Deutschland und der EU	5
Theoretischer Hintergrund und Fragestellung der Arbeit	7
Methodisches Vorgehen	13
Diffuse und spezifische Einstellungen zur EU: Ergebnisse der Dokumentenanalyse.....	18
Die EU im Wandel: Vom Friedensprojekt zum neoliberalen Akteur	18
Krisenpolitik.....	22
Währungspolitik und die Regulierung des Finanzsektors	23
Die EU und das Europäische Sozialmodell (ESM)	24
Regional- und Kohäsionspolitik.....	26
Antidiskriminierungspolitik.....	26
Vision einer demokratischen EU	27
Ausbau der Rolle des EU-Parlaments	29
Stärkung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten in der EU.....	29
Europäisierung der nationalen Demokratien.....	30
Kritik am Einfluss der Wirtschaftslobby auf die EU-Gesetzgebung	31
Das internationalistische Selbstverständnis der Linkspartei.....	31
Einordnung der Ergebnisse	36
Die Legitimität der EU: Ergebnisse der ExpertInneninterviews.....	40
Neustart: Reform oder Abschaffung der EU?	44
Reformpositionen innerhalb der Linkspartei: Integrationistische Visionen für eine politische Union	45
Fundamentalopposition innerhalb der Linkspartei: Souveränistische Positionen gegen eine neoliberale EU	50
Legitimationsressourcen und -defizite der EU auf der diffusen Dimension	53
Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis	57
Reformorientierte: Öffentliche EU-Skepsis bekämpfen	58
Fundamentaloppositionelle: Öffentliche EU-Skepsis aufgreifen.....	61
Flügelübergreifender Konsens: Keine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien	65
Diskussion und Ausblick	66
Fazit	71
Literaturverzeichnis	73
Interviewleitfaden	76
Interviewanfrage.....	76

Abkürzungsverzeichnis

AfD – Alternative für Deutschland

ANEL – Anexartiti Ellines, übers. Unabhängige Griechen

CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands

ESFS – Europäische Finanzstabilisierungsfazilität

EG – Europäische Gemeinschaft

EGKS – Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EGMR – Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EL – Europäische Linke

EMRK – Europäische Menschenrechtskonvention

ESM – Europäischer Stabilitätsmechanismus, auch Europäisches Sozialmodell

EU – Europäische Union

EuGH – Europäischer Gerichtshof

Europol – Europäisches Polizeiamt

EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EZB – Europäische Zentralbank

FDP – Freie Demokratische Partei

FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs

Frontex – Frontières extérieures, Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

GAP – Gemeinsame Agrarpolitik

GUE/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken

IWF – Internationaler Währungsfonds

PDS – Partei des demokratischen Sozialismus

SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Syriza -- Synaspismos Rizospastikis Aristeras, übers. Koalition der radikalen Linken

WASG – Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Merkmalswerte diffuse / spezifische Unterstützung, eigene Darstellung

Tabelle 2: Übersicht der Interviews

Einleitung

Nachdem sich die britische Bevölkerung in einem Referendum im Juni 2016 für den Austritt aus der EU ausgesprochen hat („Brexit-Votum“), hinterlässt die Partei Die Linke einen orientierungslosen Eindruck: Die Parteiströmung der Antikapitalistischen Linken begrüßt die Entscheidung, weil das „europäische Kapital, seine Regierungen und seine zentralen Behörden in Brüssel [...] die einzig angemessene Antwort“ auf die Politik der EU erhalten hätten. Die sozial Abgehängten hätten die EU-Eliten für ihre neoliberale Politik abgestraft und somit die Perspektive eines „alternativen, sozialistischen Europas“ eröffnet (Antikapitalistische Linke 2016). Der Außenpolitiker und Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich bezeichnet dies hingegen als „grotesken Unsinn“.¹ Auch sein Fraktionsvize Klaus Ernst befürchtet, der Preis, der sich aus einem Zerfall der EU ergeben würde, wäre „zu hoch. Gerade in diesen unruhigen Zeiten können wir das Friedensprojekt Europa nicht riskieren.“ Weder Kritik noch Zustimmung äußert hingegen Andrej Hunko, europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Er hält das Brexit-Votum für legitim, sei doch die EU ein „institutionalisierter Neoliberalismus“; doch aufgrund der rechten Dominanz im Brexit-Lager vermag er „nicht zu jubeln“. Partei- und Fraktionsführung schließlich plädieren angesichts des Brexits für einen „Neustart der EU“. Gerade diese Formulierung bezeichnen Parteikommentatoren wie Tom Strohschneider, Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, allerdings „auf die Rhetorik

eines leeren Europäismus begrenzt“ (Strohschneider 2016b)

EU-Skepsis ist ein Merkmal von Protestparteien. Auch die Linkspartei übt eine scharfe Kritik an der EU, die sie jedoch nicht durch konkrete Positionen unterfüttert. Angesichts der Orientierungslosigkeit, ihrer inhaltlichen Offenheit und der gegensätzlichen Positionen innerhalb der Partei frage ich mich, inwiefern die Linkspartei tatsächlich als EU-skeptisch bezeichnet werden kann. Hierzu untersuche ich in Anlehnung an Kopecký/Mudde (2002) die spezifischen und diffusen Einstellungen der Partei zur europäischen Integration und zur EU, die verschiedenen parteiinternen Bewertungen über die Legitimität der EU sowie den Umgang ihrer MandatsträgerInnen mit der in der Öffentlichkeit vorhandenen EU-Skepsis.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Partei Die Linke, weil ihr durch die Bildung der Großen Koalition nach den Bundestagswahlen 2013 die Rolle als Oppositionsführerin zugefallen ist. Deshalb kommt ihr unweigerlich eine große Verantwortung in der Europapolitik zu, immerhin dürfte angesichts des politischen und ökonomischen Gewichts Deutschlands eine Post-Brexit-EU merklich durch Berlin bestimmt werden. Um die europapolitische Einstellung der Partei zu typologisieren, unterziehe ich Partei- und Europawahlprogramm der Linkspartei einer Inhaltsanalyse (siehe Mayring 2003). Um jedoch die konträren Positionen innerhalb der Partei angemessen zu berücksichtigen, komplementiere ich die Untersuchung durch vier Interviews mit europapolitisch exponierten BundespolitikerInnen, die kontrastiven

¹ Dieses und folgende Zitate in der Einleitung – sofern nicht anders ausgewiesen – nach Strohschneider (2016a).

Flügeln angehören. Hierbei interessiert mich auch, inwiefern Die Linke mit der öffentlichen EU-Skepsis umzugehen gedenkt, immerhin erlaubt die Bewertung der öffentlichen EU-Skepsis Rückschlüsse auf den europapolitischen Charakter der Partei.

Im ersten Teil der Arbeit stelle ich den theoretischen Hintergrund meiner Forschungsfragen sowie mein methodisches Vorgehen ausführlich dar. Im zweiten Abschnitt der Arbeit bespreche ich die Ergebnisse der Dokumentenanalyse des Partei- und Europawahlprogramms. Im darauffolgenden Abschnitt der Arbeit gebe ich die Ergebnisse der Interviews mit den MandatsträgerInnen der Partei wieder, um im letzten Teil die Forschungsfragen abschließend zu beantworten und offene Fragen zu diskutieren. Doch zunächst möchte ich im ersten Kapitel die Rolle der Linkspartei für die europäische Linke darstellen. Außerdem gehe ich auf die Entstehungsgeschichte der Partei und ihren heterogenen Charakter ein, der von Bedeutung für die Untersuchung der europapolitischen Position ist.

Die Linkspartei in Deutschland und der EU

Europäische Parteien links der Sozialdemokratie eint das Streben nach „Frieden, Demokratie, soziale[r] Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter und Achtung vor der Natur“ (Europäische Linke 2004), wie sie im Gründungsstatut ihres europäischen Dachverbands der Europäischen Linken (EL) erklären. Mit der Finanz- und Schuldenkrise ist für die europäische Linke die Kritik an der neoliberalen Austeritätspolitik der EU als weiteres Kernthema hinzugekommen. Trotz der hohen Kohärenz in diesen Kernthe-

men ist die europäische Linke die wohl „heterogenste Parteienfamilie in Bezug auf ihre Positionierung zur EU-Integration“ (Jannsen 2013: 8). Hierfür sind zwei bestimmende Konfliktdimensionen relevant, nach denen sich europäische Linksparteien gruppieren lassen (Hildebrandt 2010a: 9-10). Diese verlaufen entlang einer sozial-ökonomischen Konfliktlinie zwischen den Polen sozialer Gerechtigkeit und freier Marktwirtschaft sowie einer soziokulturellen Konfliktlinie zwischen den Polen autoritärer und liberärer Politikkonzepte. Betrifft die sozial-ökonomische Konfliktdimension das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit mit jeweils verschiedenen Gewichtungen zur Marktorientierung oder staatlichen Regulation, betrifft die soziokulturelle Konfliktlinie das Verhältnis zwischen partizipativ-zivilgesellschaftlichen Politikverständnissen, wie von den nordischen Grünen betont, und den traditionell-zentralistischen Politikverständnissen, wie etwa von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens verfolgt, die trotz des Scheiterns des Staatssozialismus nicht mit ihrem autoritär-sozialistischen Parteiverständnis gebrochen hat. Die heterogene Verfasstheit der europäischen Linken korreliert mit teilweise sich einander ausschließenden Positionen zur europäischen Integration, verbinden die europäischen Linksparteien aufgrund ihrer unterschiedlichen Politikverständnisse auch verschiedene Erwartungen und Befürchtungen an die EU:

Die kontroversen Haltungen der linken Parteien reichen von der fast unkritischen Zustimmung zum Europäischen Projekt über europakritische Positionen, die sich nicht grundsätzlich gegen die Institutionen der Europäischen

Union richten, sondern gegen die vorherrschende neoliberale Ausrichtung der EU, über europaskeptische Positionen, die sich grundsätzlich mit europäischer Politik und ihren Institutionen auseinandersetzen, bis hin zur Ablehnung der EU. (Hildebrandt 2010b: 67)

Eine besondere Stellung innerhalb der europäischen Linksparteien nimmt Die Linke aus Deutschland ein. Ihr kommt sowohl im Dachverband der EL als auch in der EU-Parlamentsfraktion GUE/NGL eine organisatorische Stabilisierungsfunktion zu: VertreterInnen der Partei Die Linke stellen das größte Kontingent an Abgeordneten innerhalb der GUE/NGL und mit der Linken-Europaabgeordneten Gabi Zimmer zudem die Fraktionsvorsitzende. Obschon Die Linke weder hinsichtlich ihrer einseitigen Wahlergebnisse noch ihrer Mitgliederanzahl die stärkste europäische Linkspartei ist, bildet sie die tragende Säule der europäischen Linken. Dies liegt an der herausragenden Bedeutung Deutschlands innerhalb der EU, was sich numerisch in der größten Anzahl an deutschen Abgeordnetenmandaten bei den Europawahlen widerspiegelt. Außerdem verfügt Die Linke unter den europäischen Linksparteien über die größten Organisationsressourcen sowie über die bedeutendste Parteiinfrastruktur, weil Parteien in Deutschland ein verfassungsrechtliches Schutzniveau genießen. So erhält Die Linke, im Gegensatz zu den anderen europäischen Linksparteien, öffentliche Steuergelder, die ihr entsprechend der Wahlergebnisse zustehen (Heilig 2016: 28).

Seit Anbeginn ihrer Existenz trägt Die Linke den Charakter einer Protestpartei, entstand sie doch aus der Fusion

der ostdeutschen Regionalpartei PDS, welche als Nachfolgepartei der SED erfolgreich die Stimmen von NeubundesbürgerInnen aus Ostdeutschland an sich band, sowie der überwiegend in Westdeutschland aktiven WASG, die sich vor allem aus enttäuschten SPD-AnhängerInnen zusammensetzte, welche den von der Regierung Schröder unter der Agenda 2010 subsumierten Reformkurs nicht mittragen wollten. Die formelle Fusion beider Parteien fand im Jahr 2007 statt, nachdem PDS und WASG bereits 2005 auf gemeinsamen Listen zur Bundestagswahl antraten und mit 8,7% den Einzug in den Bundestag erreichten. Die Linkspartei setzt auf die Themen soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung der Gesellschaft und Friedenspolitik, wie das im Jahr 2011 auf dem Parteitag in Erfurt beschlossene Programm zeigt (über die Parteiposition zur EU siehe Kapitel „Diffuse und spezifische Einstellungen zur EU: Ergebnisse der Dokumentenanalyse“).

Ähnlich wie der Dachverband der EL ist Die Linke trotz der gemeinsamen Kernthemen eine heterogene Partei. Ein hinreichende Erklärung dürfte im Gründungsprozess während der Agenda-2010-Reformen liegen, weshalb sich innerhalb der Linkspartei ein sehr breites politisches Spektrum links der Sozialdemokratie vereinte, begründet die Partei doch ihre Existenzberechtigung mit der Abgrenzung zur SPD. Die Partei fungiert ihrem eigenen Selbstverständnis nach als Sammelbecken für diverse linke Positionen, die sich allerdings beträchtlich nach weltanschaulichen, historischen und kulturellen Gesichtspunkten unterscheiden. Weiter verstärkt sich die innerparteiliche Heterogenität durch ihren Charakter als sowohl genuine Protest-

partei in Westdeutschland mit Wählersegmenten aus Arbeiterschaft und Prekariat als auch ostdeutsche Regionalpartei mit Wählersegmenten aus allen Bevölkerungsschichten. Obschon die Partei ihre heterogene Verfasstheit als Stärke zu vermarkten versucht, führen die diversen Weltanschauungen und politischen Kulturen sowie die unterschiedliche Verankerung in den Bundesländern zu einem „Nebeneinander von divergierenden Politikverständnissen“ (Heilig 2016: 32-33), über einen „Clash der Kulturen“ (Oppelland/Träger 2014: 100) bis hin zu „Hass“ (Gysi 2012) innerhalb der Partei und Bundestagsfraktion. Nicht nur weil die Partei möglichst viele Strömungen links der Sozialdemokratie zu vereinen versucht, sondern auch weil sie seit ihrem 25-jährigen Bestehen (die Jahre der Vorgängerpartei PDS mitgezählt) ohne bundespolitische Regierungsverantwortung blieb, beschreiben Oppelland/Träger Die Linke als „Weltanschauungspartei“ (2014: 15), in der sich innerparteiliche Konflikte stets auf die Partei selbst und ihre „richtige“ programmatische Ausrichtung beschränken. Dennoch war die Partei bisher in der Lage, mithilfe diverser formeller und informeller Prozeduren ihre innerparteiliche Heterogenität zu moderieren. Hierzu zählen umfassende Individualrechte für Parteimitglieder, die hohe Autonomie der Landesverbände, die konsequente Proportrepräsentation der Strömungen sowie ost- und westdeutscher Akteure auf Bundesebene, die Bedeutung von charismatischen und möglichst integrativen Führungspersonlichkeiten sowie die institutionelle Verankerung von innerparteilichen Strömungen. Diese Strömungen sind nicht nur eine Machtressource, sondern haben zudem eine „Dienstleistungsfunktion“ (Hoff 2014: 126), da sie Diskur-

se sortieren und Wegmarken setzen, die den Mitgliedern an der Basis Orientierung bei komplexen Themen wie etwa der Euro- und EU-Krise geben.

Auch wenn die institutionellen und informellen Arrangements dazu beitragen können, die parteiinterne Heterogenität zu moderieren, können sie umgekehrt vorhandene Differenzen und parteiinterne Konflikte durch ihre eigene Dynamik verstärken. So kam es auf dem Europaparteitag der Linkspartei im Jahr 2009 zum offenen Schlagabtausch über den europapolitischen Kurs der Partei, in denen sich laut Presseberichten zwei unversöhnliche Lager gegenüber standen: „Hier die europafeindlichen Fundamentalisten, dort die europafreundlichen Realpolitiker.“ (Christ/Kucejda 2009) Gerade wegen der parteiinternen Heterogenität blieben die europapolitischen Positionen der Linkspartei stets ambivalent – und waren damit potentieller Zündstoff für parteiinterne Auseinandersetzungen. Um die Partei in ihrer europapolitischen Position angemessen zu verorten, berücksichtige ich sowohl ihre formellen programmatischen Beschlüsse als auch die parteiintern konträren Einstellungen.

Theoretischer Hintergrund und Fragestellung der Arbeit

Bevor ich die Forschungsmethodik meiner Arbeit darlege, möchte ich zunächst die beiden wichtigsten theoretischen Zugänge zur Untersuchung von europapolitischen Einstellungen von Parteien skizzieren, ohne dabei die fortgeschrittene Debatte über europapolitischen Positionen im Allgemeinen und EU-skeptische Positionen im Besonderen in aller Voll-

ständigkeit nachzeichnen zu können.² Eingangs lassen sich zwei Forschungsperspektiven unterscheiden, die auf die strategischen oder weltanschaulichen Motive abzielen, die den europapolitischen beziehungsweise EU-skeptischen Positionen zugrunde liegen. Die verschiedenen Zugänge erlauben eine komplexitätsreduzierende Annäherung an den Gegenstand, auch wenn Parteien in der politischen Praxis schlecht beraten wären, Inhalt und Strategie zu trennen.

Anzumerken ist auch, dass der Terminus „EU-Skepsis“ zur Kategorisierung von bestimmten europapolitischen Positionen keinen wissenschaftlichen Ursprung hat. Leconte führt ihn auf die innerbritische Debatte um die EG in den 1980er Jahren zurück, wo AnhängerInnen eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes ihn gegen ihre KritikerInnen verwendeten. (2010: 3) In die internationale wissenschaftliche Debatte haben den Begriff erst Taggart/Szczerbiak eingebracht, um damit sowohl „contingent and conditional opposition to European integration as well as total and unconditional opposition to it“ zu beschreiben (Taggard 1998: 364). Angesichts dieser großen Spannweite an Einstellungen haben sie EU-Skepsis nochmals in harte und weiche Formen unterschieden: Harte EU-Skepsis meint hierbei die fundamentale Ablehnung des Integrationsprojektes. So lehnen harte EU-SkeptikerInnen die Mitgliedschaft in der EU oder den Beitritt zur EU rigoros ab. Weiche EU-Skepsis hingegen ist durch die Gegnerschaft zu zentralen EU-Politiken geprägt, welche im Widerspruch zu den eigenen Interessen stehen. Sie

ist daher eher moderat und kontextabhängig:

Soft Euroscepticism is where there is not a principled objection to European integration or EU membership but where concerns on one (or a number) of policy areas lead to the expression of qualified opposition to the EU, or where there is a sense that ‘national interest’ is currently at odds with the EU’s trajectory. (Taggart/Szczerbiak 2000: 7)

Taggart und Szczerbiak klassifizierten Die Linke, genauer ihre Vorgängerpartei PDS, in frühen Untersuchungen als weiche EU-skeptische Partei, da sie zwar die Art der europäischen Integration kritisierte, nicht aber die Mitgliedschaft in der EU ablehnte (Taggart/Szczerbiak 2000: 10). Dabei argumentieren sie, dass die Parteiposition von der spezifischen Verortung im Parteiensystem abhängt. So präsentierten sich Mainstream-, Regierungs- und Office-seeking-Parteien tendenziell eher EU-freundlich. Protestparteien wie die damalige PDS oder gar marginalisierte Splitterparteien positionierten sich hingegen EU-skeptisch. Ihrer Ansicht nach benutzten jene Parteitypen dezidiert EU-skeptische Positionen als strategische Ressource, um sich von den etablierten Parteien abzugrenzen und EU-skeptische WählerInnen an sich zu binden, die sich nicht durch die etablierten Parteien vertreten fühlten. Protestparteien zeigten daher „the most pervasive form of party-based Euroscepticism in Western Europe“ (Taggard 1998: 372). Doch auch kleinere Office-seeking-Koalitionspartner können sich aus strategischen Motiven als weiche EU-Skeptiker positionieren, um die Unterschiede innerhalb der Regierungsparteien für die

² Eine Übersicht über den Wissensstand zum Thema EU-Skepsis mitsamt aktuellen Diskussionen bieten Szczerbiak/Taggart (2008).

Wähler kenntlich zu machen. Weiche EU-Skepsis sei demzufolge „more a kind of assertion than the expression of a deep conviction“. (Fuchs/Roger/Magni-Berton 2009: 14)

Für einen anderen Ansatz zur Erklärung von europapolitischen Positionen plädieren Kopecký/Mudde (2002), die einen stärkeren Fokus auf die ideologische Ausrichtung von Parteien und ihre Wählerschaften legen. Sie kritisieren Taggart/Szczerbiak dafür, die Strategien der Parteien zu überschätzen. Außerdem halten sie die weiche EU-Skepsis für zu allgemein definiert, wodurch theoretisch bereits jedwede Ablehnung von spezifischen EU-Politiken unter diesen Begriff falle. Besonders kritisieren sie, dass die Kategorien von weicher und harter EU-Skepsis keine Unterscheidung zwischen der dem Integrationsprojekt zugrunde liegenden Ideen einerseits und dem konkreten Zustand der EU als gegenwärtige Verwirklichung dieser Ideen andererseits erlaube. Sie schlagen stattdessen vor, europapolitische Positionen entlang zweier Dimensionen zu typologisieren, die sie unter Rückgriff auf Easton (1965: 124-126) entwickelten. Um die Zufriedenheit der BürgerInnen mit ihrem jeweiligen politischen System zu bemessen, hatte Easton politische Unterstützung in diffuse und spezifische Motive unterschieden: Diffuse Unterstützung äußert sich hiernach durch die Loyalität und in einem abstrakten Zugehörigkeitsgefühl zu einem politischen System, während sich spezifische Unterstützung durch die konkrete Zustimmung für bestimmte Regierungen oder Politiken äußert. Für die Existenz politischer Systeme ist diffuse Unterstützung daher besonders wichtig, weil sie ein Reservoir an befürwortenden Einstellungen bildet, wodurch Gemein-

schaftsmitglieder eher dazu bereit sind, Enttäuschungen und Ablehnungen von bestimmten Regierungen oder Politiken zu akzeptieren, ohne das politische System in Gänze infrage zu stellen. Umgekehrt führt ein Mangel an diffuser Unterstützung dazu, dass Gemeinschaftsmitglieder positiv bewertete Politikergebnisse auf der spezifischen Dimension nicht auf eine stärkere Unterstützung des politischen Systems übertragen. Diffuse Unterstützung entsteht durch die politische Sozialisation der Gemeinschaftsmitglieder. Hierzu gehören verinnerlichte institutionalisierte Regeln, die das friedfertige Verhältnis zwischen Regierung und Opposition sowie den gewaltfreien Machtwechsel innerhalb einer Gemeinschaft regeln. Darunter fallen beispielsweise „official ceremonies on formal political occasions, the symbols of office, the affirmation of faith on patriotic days“ (Easton 1975: 446).

Daran angelehnt bemessen Kopecký/Mudde unter der diffusen Dimension die Zustimmungswerte von Parteien für die der europäischen Integration zugrundeliegenden Ideen. Hierunter verstehen sie den Souveränitätstransfer an supranationale Institutionen und den europäischen Binnenmarkt. Anhand der diffusen Dimension unterscheiden sie zwischen europhilen Positionen (welche diese Ideen prinzipiell befürworten) und europhoben Positionen (welche diese Ideen prinzipiell ablehnen). Zustimmungswerte auf der diffusen Dimension sehen sie ideologisch-weltanschaulich begründet. Anhand der spezifischen Dimension unterscheiden sie zwischen EU-optimistischen Positionen (welche die gegenwärtige Art der Integration und ihre Politiken unterstützen) und EU-pessimistischen Positionen (welche die

gegenwärtige Art der Integration und ihre Politiken ablehnen). Die Zustimmungswerte auf der spezifischen Dimension hängen von den praktischen oder strategischen Erwägungen von Parteien ab, die aus den implementierten EU-Politiken und der primärrechtlichen Verfasstheit der EU resultieren. Mithilfe beider Dimensionen unterscheiden Kopecký/Mudde europapolitische Positionierungen in vier Idealtypen zwischen EU-enthusiastisch (Zustimmung auf diffuser und spezifischer Dimension), EU-pragmatisch (Ablehnung auf diffuser, Zustimmung auf spezifischer Dimension), EU-skeptisch (Zustimmung auf diffuser, Ablehnung auf spezifischer Dimension) und EU-ablehnend (Ablehnung auf diffuser und spezifischer Dimension).

Welcher Untersuchungsansatz ist nun angemessen, um die europapolitischen Positionen der Linkspartei zu analysieren? Das von Taggart/Szczerbiak auf die strategischen Dynamiken innerhalb eines Parteiensystems abzielende Erklärungsmodell hat auf Die Linke bezogen durchaus seine Stärken: So steht die Partei angesichts ihres doppelten Charakters mit Merkmalen sowohl einer Protestpartei (insbesondere in den westdeutschen Landesverbänden) als auch einer ostdeutschen Mainstreampartei in Regierungsverantwortung (gegenwärtig in Thüringen und Brandenburg) vor anspruchsvollen strategischen Aufgaben, während ihr im Bundestag aufgrund der Großen Koalition die Rolle als Oppositionsführerin zugefallen ist. Weil sie aber – die Vorgängerpartei PDS mitberücksichtigt – auf nationaler Ebene seit 25 Jahren von jedweder Regierungsbeteiligung ausgeschlossen blieb und sie im Bund über nur eine äußerst unwahrscheinliche Machtoption verfügt, beschränkten sich

parteiinterne Diskussionen größtenteils auf ideologisch motivierte Konflikte um die „richtige“ Weltanschauung. Folglich dürften die ideologisch-weltanschaulichen Ansichten eine notwendige Bedingung sein, um die europapolitische Position der Partei zu typologisieren, während strategische Überlegungen der Linkspartei lediglich ein hinreichendes Kriterium darstellen. Deshalb fokussiere ich im Folgenden die von Kopecký/Mudde konzipierten diffusen und spezifischen Kriterien zur Unterstützung der EU, um die Frage zu beantworten, inwiefern Die Linke angesichts ihrer Heterogenität als EU-skeptisch klassifiziert werden kann. Die Forderung der Partei nach einem „anderen Europa“ (Die Linke 2011: 68) oder einem „Neustart der EU“ (Die Linke 2011: 7) weisen auf den ersten Blick auf eine EU-skeptische Einstellung hin. Allerdings haben Kopecký/Mudde ihr Modell nicht auf die Linkspartei angewendet, sondern auf Parteien aus Ländern, die Beitrittskandidaten vor der EU-Osterweiterung waren. Aufgrund der zu erwartenden EU-skeptischen Einstellung der Partei Die Linke leite ich folgende Forschungsfrage ab:

1) Inwiefern verweisen die europapolitischen Positionen in der Linkspartei eher auf eine spezifische, weniger aber auf eine diffuse Kritik an der EU?

Allerdings ist die von Kopecký/Mudde durchgeführte Typologisierung nicht frei von Schwächen, weshalb ich die Kategorien der spezifischen und diffusen Unterstützung präzisiere, um Die Linke angemessen zu typologisieren. Zwar halten Kopecký/Mudde ein Schwanken von Parteien entlang der spezifischen Dimension zwischen dem EU-optimistischen und

dem EU-pessimistischen Pol aufgrund strategischer Abwägungen oder politischer Entwicklungen innerhalb der EU für möglich. Einen Wechsel von Parteien entlang der diffusen Dimension zwischen dem europhilen und dem europhoben Pol hingegen halten sie aufgrund des zugrundeliegenden Weltbildes, das schließlich die europapolitische Position bedingt, für äußerst unrealistisch. Flood (2002) betont jedoch, dass Parteien die EU und die Idee der europäischen Integration äußerst plastisch begreifen. Das kann insbesondere bei heterogenen Parteien dazu führen, dass verschiedene parteiinterne Strömungen die europäische Integration von verschiedenen weltanschaulichen Gesichtspunkten bewerten. Das verdeutlichen beispielhaft die europäischen Linksparteien, welche höchst konträre Vorstellungen von der EU haben, und die auf den unterschiedlichen Erwartungen der Parteien an die EU zur Durchsetzung ihrer Parteiziele beruhen. Zwar lehnen alle linken Parteien die mit der negativen Integration verbundene Deregulierung nationaler Wohlfahrtssysteme ab, sie haben aber dennoch eine geteilte Auffassung

on whether the very project of monetary union itself is to blame, or whether it is potentially a progressive one: whether Maastricht and the Euro should be rejected outright, or whether, for all their weaknesses and failings, they can yet be an instrument in the creation of a more progressive Europe capable of guaranteeing an alternative to US-style capitalism (Dunphy 2004: 169).

Dieser Grundkonflikt prägt ebenso Die Linke, denn das von ihr angestrebte Ziel eines „alternativen Europa“ oder eines

„Neustarts der EU“ überlässt ihren RepräsentantInnen in den Parlamenten in der Tat großen Interpretationsspielraum hinsichtlich der daraus resultierenden politischen Schlussfolgerungen, insbesondere da die vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse innerhalb des EU-Parlaments und der Mitgliedsstaaten der EU eben jene Parteiziele gegenwärtig verhindern. Für einen Teil der Partei folgt daraus eine eher integrationistisch geprägte Position, wonach dieser die EU reformieren will, um so eine politische und soziale Union zu verwirklichen, deren Finalität der ehemalige Parteivorsitzende Lothar Bisky in den Vereinigten Staaten von Europa sah. Er rief dazu auf, die EU politisch zu gestalten. Auch wenn sie keinesfalls einem linken Idealzustand entspreche, müsse Die Linke sie trotz ihrer Defizite gegen nationalistische Positionen verteidigen (Bisky 2013). Für einen anderen Teil der Partei folgt daraus eine eher souveränistisch geprägte Einstellung, wonach die Partei die Reste des Nationalstaats als Träger von Sozialstaatlichkeit und Demokratie unbedingt gegen die als strukturell neoliberal und undemokratisch verstandene EU verteidigen sollte, wie dies ein alternativer Programmentwurf zur Europawahl 2014 nahelegt (Dehm, Gehrcke 2014).

Der Konflikt innerhalb der Partei zwischen integrationistischen und souveränistischen Positionen, mit denen die EU einerseits als Chance und andererseits als Bedrohung erscheint, offenbart eine Schwäche der von Kopecký/Mudde durchgeführten Untersuchung: Sie subsumieren die Unterstützung für das gegenwärtige System der EU mitsamt der generierten EU-Politiken zur spezifischen Dimension. Dies ist aufgrund des vieldiskutierten Demokratiedefizits zwar nach-

vollziehbar (siehe Moravcsik 2006; Kaina/Karolewski 2007), denn die Kritik an der demokratischen Verfasstheit der EU ist nicht notwendig gleichbedeutend mit der Ablehnung des Integrationsprojektes. Dennoch steht die Zuteilung der Unterstützungswerte für die gegenwärtige Verfasstheit der EU-Institutionen auf der spezifischen Dimension den grundlegenden Überlegungen von Easton entgegen, auf den sich Kopecký/Mudde beziehen. Easton subsumiert Einstellungen über das politische System gerade nicht auf der spezifischen Dimension (1965: 124-125). So sei die Bewertung der konstitutionellen Verfasstheit eines politischen Systems stets vom Loyalitäts- und Zugehörigkeitsgefühl der Gemeinschaftsmitglieder abhängig, welche aus einer gemeinsam erfahrenen politischen Sozialisation erwachse und die eine diffuse Form der Unterstützung darstelle. Fuchs/Roger/Magni-Berton schlagen daher vor, die diffuse Dimension nochmals zwischen der Unterstützung für die Idee der Integration und der Legitimität der EU-Polity zu unterteilen (2009: 22-23). Hierdurch können die Zustimmungswerte der Linkspartei sowohl zu den generierten EU-Politiken (spezifische Dimension) als auch zu den grundlegenden Ideen der europäischen Integration (diffuse Dimension) sowie zur Legitimität der Konstituierung der EU (diffuse Dimension) erfasst werden. Durch diese Aufteilung ist eine Annäherung zwischen den europhilen und europhoben Polen entlang der diffusen Dimension nicht mehr ausgeschlossen. Aus der Erwartung, dass sich die Auffassungen zur Legitimität der EU zwischen den eher integrationistischen und den eher souveränistischen Positionen in der Linkspartei unterscheiden, leite ich meine zweite Forschungsfrage ab:

2) Inwiefern unterscheiden sich parteiinterne Vorstellungen der Linkspartei über die Legitimität der EU?

Angesichts der parteiinternen Heterogenität und der zu erwartenden ambivalenten Einstellung zu den Chancen und Gefahren durch die EU ist besonders interessant, wie Die Linke mit der öffentlichen EU-Skepsis umgeht. So besteht der Anspruch von Parteien in erster Linie darin, die Stimmen der wahlberechtigten Bevölkerung zu gewinnen, um so ihren Machteinfluss im Parlament auszubauen (Detterbeck 2005). Hierzu streben Parteien danach, an der Willensbildung der Öffentlichkeit teilzunehmen, um ihre Wählerklientel langfristig an die Positionen der Partei anzubinden. Insofern ist eine gewisse Kongruenz zwischen den Einstellungen der Partei und ihrer Zielgruppe zu erwarten.

Auch wenn Die Linke auf den ersten Blick als EU-skeptische Partei erscheint, beruhen die in der Öffentlichkeit vorhandenen EU-skeptischen Einstellungen auf verschiedenen, teils konträren Motiven, was für die Partei im Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis gewisse Chancen, aber auch Gefahren mit sich bringt. Beispielsweise überschneidet sich die Kritik der Partei am Demokratiedefizit der EU und der überwiegend ökonomisch dominierten Integration mit EU-skeptischen Einstellungen in der Öffentlichkeit. Allerdings kann die Antwort auf diese Kritik unterschiedlich ausfallen, nämlich integrationistisch im Sinne einer Verwirklichung einer politischen Union oder aber souveränistisch im Sinne einer Renationalisierung demokratischer Kontrolle und Marktregulierung, wobei nur der letztere Weg eine EU-skeptische Einstellung widerspiegelt. Je nach politi-

scher Zielrichtung dürften die VertreterInnen der Linkspartei den Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis demzufolge unterschiedlich bewerten.

Offen ist auch der Umgang der Linkspartei mit kommunitaristischer Kritik an der EU, wonach die EU eine Gefahr für die nationale Gemeinschaft sei, weil sie durch ihren Einfluss sowohl die als homogen verstandenen Nationalkulturen durchmische als auch die kulturelle Vielfalt Europas in Gänze homogenisiere (McLaren 2002). Insbesondere rechtspopulistische Parteien vertreten derartige Positionen, die sie aus ihrem ethnopluralistischen Weltbild herleiten (Offe 2016: 119-120). Zwar positioniert sich Die Linke als Gegnerin zu rechtspopulistischen Akteuren, doch zeigen sich auch hier ambivalente Einstellungen. So versteht etwa die Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Sahra Wagenknecht, hohe Zuwanderungsraten von Geringqualifizierten aufgrund eines möglichen Lohndumpings als Gefahr für deutsche StaatsbürgerInnen mit niedrigen Einkommen (Bollmann 2016). Deshalb müsse die Politik die nationalen Sicherungssysteme vor Fremden schützen. In diesem Sinn dient die nationale Zugehörigkeit als soziales Differenzkriterium in einer globalisierten Ökonomie (Mense 2014: 129-130). Dieses Motiv bildet die zentrale Mobilisierungsressource für rechtspopulistische Parteien, die mittlerweile in Gestalt des französischen Front National oder der österreichischen FPÖ ein eklatantes Bedrohungspotential für das gesamte Integrationsprojekt darstellen. Insofern scheint öffentliche EU-Skepsis für Die Linke eine Chance und eine Bedrohung zugleich zu sein: Mit ihr lassen sich ProtestwählerInnen mobilisieren, zugleich delegitimieren standortnationalisti-

sche Positionen die europäische Integration in Gänze. Im Umgang mit der öffentlichen EU-Skepsis steht Die Linke daher vor dem Dilemma, einerseits bei Wahlen auf die EU-Skepsis in der Bevölkerung zurückzugreifen, andererseits aber die rechte EU-Skepsis zu bekämpfen. Der Umgang der Partei mit dieser Situation dürfte ihr aufgrund der verschiedenen Einschätzungen zur Legitimität der EU nicht leicht fallen. Hieraus leite ich meine dritte Forschungsfrage ab:

3) Inwiefern unterscheiden sich parteiintern die Bewertungen im Umgang mit öffentlicher Unzufriedenheit über die EU?

Methodisches Vorgehen

Um die Frage nach einer möglichen EU-skeptischen Position der Linkspartei zu beantworten, basieren die ersten beiden Forschungsfragen hinsichtlich der diffusen und spezifischen Kritik auf einem bestimmten theoretischen Rahmen, zugleich ist die letzte Forschungsfrage theorieoffener formuliert. Während die ersten beiden Fragen die Parteiposition betreffen, bezieht sich die letzte Frage auf die Parteistrategie im Umgang mit öffentlichen europapolitischen Einstellungen. Beides gehört deshalb zusammen, weil ich eine gewisse Kongruenz der Einstellungen zwischen der Partei und der Wählerzielgruppe annehme. Insofern erlaubt eine Analyse der Bewertungen öffentlicher EU-Skepsis Rückschlüsse auf die europapolitische Position der Partei und ihrer Flügel, auch wenn die Frage nach der Wählerzielgruppe parteiintern angesichts der unterschiedlichen regionalen Verankerung und dem vielseitigen Auftreten als Protest- oder Mainstreampartei kontinuierlich debattiert wird. Aufgrund der unterschiedlichen theoretischen Ge-

wichtigungen der Fragestellungen möchte ich zunächst kurz erklären, weshalb ich auf ein rein qualitatives Forschungsdesign zurückgreife. Anschließend stelle ich das methodische Vorgehen ausführlich dar.

Angesichts der fließenden Übergänge von europapolitischen Einstellungen lassen sich Parteien nicht immer notwendigerweise unter einer Kategorie klassifizieren, wie auch Kopecký/Mudde anmerken (2002: 304). Die Präzisierung der diffusen Unterstützung zwischen Ideen und Legitimität politischer Systeme verstärkt diese Schwierigkeit. Hierbei handelt es sich um ein generelles Problem, das mit der Typologisierung von Parteipositionen zur europäischen Integration einhergeht (Szczerbiak/Taggart 2008: 246): Je komplexer und detaillierter die Typologien sind, desto schwieriger gestaltet sich die Operationalisierung von europapolitischen Einstellungen. Dabei besitzen Parteien kaum eine im Detail ausgearbeitete Position zur europäischen Integration, um sie problemlos nach den Typen von Kopecký/Mudde einordnen zu können. Hierfür ist eine große Menge an Daten notwendig, die aber oftmals nicht verfügbar ist. Um diesem Problem zu begegnen, erhebe ich meine eigenen Daten mithilfe von Interviews, die ich mit europapolitisch exponierten PolitikerInnen der Linkspartei führe. Diese Interviews produzieren zwar eine reiche Anzahl an Daten, die Auswertung erfolgt aber notwendigerweise über ein interpretatives Verfahren, wodurch potentielle Interpretationsfehler und Falschbewertungen auftreten können. Dieses Problem begegne ich durch die Triangulation des Forschungsprozesses (Flick 2004): So führe ich neben vier ExpertInneninterviews komplementär

zwei Dokumentenanalysen sowohl des im Jahr 2011 beschlossenen Parteiprogramms als auch des Europawahlprogramms von 2014 durch, um die Schwäche des jeweiligen Verfahrens auszugleichen.

Aus methodologischer Sicht sprechen für die beiden Dokumentenanalysen vor allem zwei Gründe: Der erste Grund liegt im Policy-seeking- und Goal-seeking-Charakter der Linkspartei, der durch den Entstehungsprozess der Partei gegen die Agenda 2010-Reformen erklärbar ist und bei dem Fragen nach einer Regierungsbeteiligung sekundärer Art waren. Folglich sind die europapolitischen Positionen dieses Parteityps primär von den eigenen Parteiwerten abhängig. Die Einstellungen ihrer Wählerklientel spielen zwar eine Rolle, sind aber eher sekundärer Bedeutung. Strategische Überlegungen zu Koalitionsbildungen können bei diesen Parteitypen sogar vernachlässigt werden. Die für die Analyse von *goal-seeking* und *policy-seeking* relevanten Merkmalswerte finde ich also am ehesten im Partei- und Wahlprogramm. Das führt mich zum zweiten Grund, der für die Dokumentenanalyse spricht: Sowohl das Parteiprogramm als auch das Wahlprogramm werden auf dem obersten Beschlussorgan angenommen – dem Parteitag. Die Programme gelten daher als repräsentativ für die gesamte Partei. Das trifft besonders auf das 2011 beschlossene Parteiprogramm zu, dem nicht nur eine mehrjährige innerparteiliche Debatte vorausging, sondern das die Mitglieder in einem Basisentscheid sogar mit 95,8% bestätigten. Das Parteiprogramm besitzt daher sowohl eine repräsentative Funktion für die Parteiinhalte als auch eine integrative Funktion zur Identifikation der heteroge-

nen Flügel mit der Partei. Das ist insbesondere für eine Weltanschauungspartei wie Die Linke von besonderer Bedeutung. Für die Analyse des Europawahlprogramms spricht, dass Parteien anders als bei nationalen Wahlen insbesondere die EU-Parlamentswahlen zum Anlass nehmen, um ihre grundlegende Position zur europäischen Integration detailliert darzustellen (Mair 2007: 11). Dabei baut das Wahlprogramm auf den grundsätzlichen Inhalten des Parteiprogramms auf. Zugleich zielen Parteien durch Wahlprogramme stärker darauf ab, WählerInnen zu mobilisieren. Insbesondere Protestparteien wie Die Linke versuchen dabei, bestimmte Wählerklientel zu aktivieren. Deshalb gehe ich davon aus, dass Die Linke die für ihre Klientel relevanten Positionen zur EU im Europawahlprogramm formuliert.

Allerdings besitzt auch die Dokumentenanalyse nur eine beschränkte Aussagekraft über die europapolitischen Positionen der Linkspartei. So gilt zu beachten, dass Partei- und Wahlprogramme aufgrund der Beschlussprozedur lediglich im formellen Sinne als repräsentativ für die Gesamtpartei gelten. Unter Berücksichtigung der parteiinternen Heterogenität und der Vielzahl an weltanschaulichen Konflikten, die der Erstellung des Europawahlprogramms vorausgingen (Bollmann 2014), geben die Inhalte der jeweiligen Programme nicht notwendig genau die europapolitischen Positionen innerhalb der Linkspartei wieder. Vielmehr verzerren informell vorbereitete Formelkompromisse zwischen den verschiedenen Parteiströmungen und der Einfluss von einzelnen charismatischen ParteifunktionärInnen ein kongruentes Abbild der unterschiedlichen europapolitischen Positionen in den

jeweiligen Programmen. Zudem ist die Bedeutung von Programmen im alltäglichen Geschäft angesichts unvorhersehbarer politischer Ereignisse relativ, auch wenn Partei- und Europawahlprogramm für die in den Parlamenten vertretenen Abgeordneten der Linkspartei eine inhaltliche Orientierung bieten.

Um die genannten Schwächen der Dokumentenanalyse auszugleichen, führe ich vier Interviews sowohl mit Bundestagsabgeordneten der Parlamentsfraktion als auch mit Mitgliedern des Bundesparteivorstands durch. Dabei können die interviewten Bundesvorstandsmitglieder zugleich Bundestagsabgeordnete sein. Entscheidend ist, dass die Interviewten aufgrund ihrer politischen Tätigkeit besonders mit dem Thema EU vertraut sind. Die Auswahl der Befragten erfolgt nach dem Prinzip der gezielten Extremfälle (Flick 2007: 165). Die gegensätzlichen VertreterInnen benenne ich in den Interviews mit den Abkürzungen ABC 1 und ABC 2 für den einen Flügel und XYZ 1 und XYZ 2 für den anderen. Zur Auswahl der Interviewten habe ich bereits vor der Untersuchung Arbeitshypothesen über Ähnlichkeiten und Unterschiede der Vergleichspersonen erstellt. Die Interviewten haben sich entweder persönlich öffentlich zu Fragen der europäischen Integration äußerst kontrastiv geäußert oder sie sind Mitglied in Parteiströmungen, die konflikthafte europapolitische Positionen innerhalb der Linkspartei vertreten. Durch die Auswahl von jeweils zwei Extremfällen versuche ich die parteiinterne Heterogenität zu berücksichtigen, die bei einer reinen Dokumentenanalyse unterbelichtet bliebe. Außerdem ist die maximale Kontrastierung zwischen den Interviewten insbesondere bei der zweiten

und dritten Forschungsfrage bedeutsam, die explizit auf die unterschiedlichen Bewertungen der Legitimität der EU und der öffentlichen EU-Skepsis rekurriert. Zwar besäße ein Vergleich auf Kongruenz zwischen der in der Öffentlichkeit vorhandenen Kritik an der EU und den im Partei- und Wahlprogramm vorhandenen Positionen der Linkspartei eine gewisse Aussagekraft, um die zweite und dritte Forschungsfrage nach der Bewertung der Legitimität der EU und der öffentlichen EU-Skepsis zu beantworten, jedoch ist hier die Gefahr von Interpretationsfehlern besonders hoch, weshalb ich mich in diesen Fällen allein auf die Experteninterviews beziehe.

Für die Durchführung von Interviews mit Bundestagsabgeordneten sprechen mehrere forschungsrelevante Gründe: Aufgrund der Anonymisierung der Aussagen erhoffe ich mir, dass die Befragten so ehrlich wie möglich ihre Positionen darlegen, ohne strategische Abwägungen zu treffen, wie dies bei öffentlichen Auftritten oder Stellungnahmen der Fall ist. Außerdem zählen sie zu den RepräsentantInnen der Linkspartei innerhalb des Bundestages, wo sie für die parlamentarische Umsetzung der Parteiziele zuständig sind. Auch wenn Partei und Fraktion rechtlich zwei verschiedene Körperschaften sind, so sind Fraktionsmitgliedschaft als auch Parteimitgliedschaft bei den ausgewählten Personen deckungsgleich. Deshalb ist ihre inhaltliche Bewertung zu EU-Angelegenheiten besonders relevant für das Erscheinungsbild der Linkspartei sowohl im Bundestag als auch in der medialen Öffentlichkeit. Zugleich kommen sie durch ihre Wahlkreisarbeit in unmittelbarem Kontakt mit den BürgerInnen, einschließlich deren Unmutsbekun-

dungen über die EU. Allerdings ist aufgrund der 64-köpfigen Bundestagsfraktion die Anzahl an für das Sampling nach Extremfällen europapolitisch relevanten AkteurInnen schlicht zu gering, um trotz der vollzogenen Anonymisierung Rückschlüsse auf die InterviewpartnerInnen auszuschließen. Daher habe ich auch Interviews mit Mitgliedern des Parteivorstands der Linkspartei geführt, der Ende Mai 2016 gewählt wurde und aus 44 Personen besteht. Er ist das Führungsorgan der Partei und dafür zuständig, Entwürfe für bundespolitische Wahlprogramme zu erstellen, wozu auch das Europawahlprogramm zählt. Der Bundesvorstand ist zwar für das Funktionieren der Partei zuständig, dennoch gilt die Bundestagsfraktion aufgrund ihrer organisatorischen Kapazitäten wie etwa durch die Abgeordnetenbüros, MitarbeiterInnen und finanziellen Ressourcen als „Schwergewicht“ (Lötzsch, zit. n. Oppeland/Träger 2014: 127) im Vergleich zur Partei. Die Anzahl der Befragten aus Parteivorstand und Bundestagsfraktion soll in etwa diesem Mächtigkeitsgleichgewicht entsprechen. Interviews mit Abgeordneten des Europaparlaments habe ich aus forschungspraktischen Gründen nicht durchgeführt, was in der Distanz zu Brüssel und Straßburg sowie der Betreuung von deutlich größeren Wahlkreisen durch die Europaabgeordneten begründet ist, wodurch diese schwerlich für ein Interview außerhalb der Sitzungswochen zu erreichen sind. Da aber insbesondere der Bundestag bei den Auseinandersetzungen um Polity und Policy der EU im Zuge der EU-weiten Wirtschaftskrise an Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der gesamten EU gewonnen hat (Beck 2012), soll der primäre Fokus auf die Bundestagsabgeordneten für eine an-

gemessene Beantwortung der Forschungsfragen keinen Abbruch tun.

Die Terminierung der Interviews erfolgte mündlich durch eine persönliche Anfrage bei den Angestellten der Befragten vor Ort in den jeweiligen Büros. Nach der Unterhaltung habe ich ein Schreiben mit meinem Anliegen hinterlegt. Dieses ist im Anhang angefügt. Zwar arbeite ich selbst für einen Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, jedoch habe ich zu den Befragten keine oder nur äußerst flüchtige Kontakte. Auch gehört mein Arbeitgeber weder einem kontrastiven Flügel an, noch arbeitet er auf einem europapolitischen Gebiet. Daher gehe ich davon aus, dass ich die Befragten nicht durch meine Person bereits beeinflusst habe. Beim ersten Interview habe ich die befragte Person XYZ 1 durchgehend gesiezt, um die nötige Distanz zu wahren. Allerdings hat dies die Gesprächssituation eher gestört, da sich innerhalb der Fraktion sowohl unter den Abgeordneten als auch den Mitarbeitenden niemand siezt. Deshalb habe ich bei den drei übrigen Interviews auf diese Handhabung verzichtet.

Abschließend sei noch auf ein konzeptionelles Problem bei der Verwendung des Begriffs „EU-Skepsis“ hingewiesen. Kopecký/Mudde operationalisieren EU-Skepsis durch zustimmende Merkmalswerte entlang der diffusen Dimension bei gleichzeitigen ablehnenden Merkmalswerten entlang der spezifischen Dimension. Da allerdings spezifische Kritik an bestimmten EU-Politiken nicht notwendig EU-skeptisch sein muss, stellt sich die Frage, wie viele Ausnahmen an spezifischer Kritik möglich sind, ohne unter die Kategorie der EU-Skepsis zu fallen. Um dieser Unklarheit zu begegnen, lege ich den Fokus nicht auf die

Quantität, sondern auf die Qualität der Kritik. Hiernach konzentriere ich mich bei meiner Analyse nicht auf periphere Politikfelder, sondern auf die Kernbereiche der europäischen Integration: Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese drei Themen bilden die programmatischen Schwerpunkte der Linkspartei und werden darüber hinaus regelmäßig in der öffentlichen Debatte diskutiert.

Die Interviews erfolgen leitfadengestützt (Gläser/Laudel 2004: 107-149). Sie sind daher zu einem gewissen Grad standardisiert und ermöglichen einen aussagefähigen Vergleich der Positionen. Die Interviewfragen hinsichtlich der ersten beiden Forschungsfragen über die spezifischen und diffusen Einstellungen sowie die Bewertung der Legitimität der EU berücksichtigen die im Kapitel zur Fragestellung angeführte theoretische Diskussion. Die Interviewfragen zur dritten Forschungsfrage über den Umgang mit der öffentlichen Unzufriedenheit über die EU sind theorieoffen entwickelt. Der Leitfaden ist im Anhang angefügt. Prinzipiell sind die Interviewfragen offen beziehungsweise ausgewogen formuliert, um die Interviewten nicht durch die Fragestellung zu beeinflussen. Die Reihenfolge der Fragen hat in der Interviewsituation variiert. Kriterium war, eine möglichst sinnhafte Gesprächssituation zu erzielen, ohne sprunghaft die Themen zu wechseln. Sofern die Befragten vor dem Interview mitgeteilt hatten, unter Zeitdruck zu stehen, habe ich auf die Frage nach den Gründen der Krise der EU und ihren Verlauf verzichtet. Dabei habe ich erwartet, dass die Interviewten auf diese Punkte im Verlaufe des Gesprächs beiläufig eingehen. Diese Erwartung hat sich erfüllt. Um die Interviews zu verschriften, habe ich ein vereinfachtes Transkriptionssystem

tem nach Dresing/Pehl genutzt (2011: 18-21). Ausgewertet habe ich die Interviews softwaregestützt mithilfe des Programms MAXQDA. Die Quellenangaben der Interviewaussagen beziehen sich auf die Absätze in den transkribierten Interviews beziehungsweise der jeweiligen Softwaredatei. Die Quellenangaben aus den Partei- und Europawahlprogrammen beziehen sich auf die Seiten in den öffentlich zugänglichen Ausgaben.

Die Auswertung der Dokumenten- und Interviewaussagen erfolgt zirkulär. Die Vorinformationen und die Struktur des Leitfadens resultieren aus einem deduktiven Prozess, aus dem das Grundgerüst des Categoriesystems entstanden ist. Dieses beinhaltet die einzelnen untersuchten Politikfelder. Während der Kodierung der Aussagen habe ich in einem induktiven Vorgehen das Categoriesystem ständig auf seine Angemessenheit überprüft und erweitert (z.B. Kategorien zum Umgang mit EU-Skepsis, zu parteiinternen Differenzen, zur Abgrenzung zu politischen Gegnern etc.). Die kleinste Analyseeinheit bilden einzelne Schlüsselwörter. Die größte Analyseeinheit bilden ganze Absätze.

Diffuse und spezifische Einstellungen zur EU: Ergebnisse der Dokumentenanalyse

Im Rahmen der Dokumentenanalyse stelle ich zunächst dar, wie Die Linke die Entwicklung der EU vom Friedensprojekt zur Krise der EU in ihren offiziellen Verlautbarungen darstellt. Obwohl die Krise der EU Fragen zur demokratischen Verfasstheit und zur Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichermaßen aufwirft, fokussiere ich zunächst allein auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, um überblicksartig erste Hinweise auf die Zustimmungswerte

entlang der diffusen und spezifischen Dimension zu gewinnen. Für eine detailliertere Bewertung untersuche ich im Anschluss die Positionen zu einzelnen Politikfeldern aus dem Wirtschafts- und Sozialbereich. Danach lege ich den Untersuchungsschwerpunkt auf die Forderungen der Linkspartei zu demokratischen Fragen des Integrationsprozesses. Anschließend analysiere ich das Selbstverständnis der Partei, um auch daraus Merkmalswerte entlang der diffusen und spezifischen Dimension abzuleiten. Abschließend ordne ich die Ergebnisse umfassend ein und diskutiere, inwiefern die Einstellungen der Linkspartei auf eine EU-skeptische Haltung verweisen.

Die EU im Wandel: Vom Friedensprojekt zum neoliberalen Akteur

Die von der Linkspartei im Europawahlprogramm verbreitete Erzählung über den Integrationsprozess weist zunächst auf Zustimmung entlang der diffusen Dimension für die Idee der Integration hin, schließlich sei der Integrationsprozess „immer auch mit der Hoffnung auf Frieden *und* sozialen Fortschritt verbunden“ (Die Linke 2014: 5; Hervorhebung S.K.). So stellt sie das Friedensnarrativ Europas zumindest einleitend voran und betont, sich aufgrund zweier Weltkriege, des Nationalsozialismus und des Holocaust einem gemeinsamen Europa verbunden zu fühlen. Um den inneren und zwischenstaatlichen Frieden der Mitgliedsstaaten zu sichern, solle die Integration dazu beitragen, die BürgerInnen sozial abzusichern. Hier bekennt sich die Partei zu dem Narrativ eines sozialen Europa, und dieses Narrativ dient ihr als Richtschnur, um die europäische Integration zu bewerten und konkrete politische Forderungen abzuleiten. Tatsächlich generierte die Integration

zunächst mehr Zusammenarbeit und Wohlstand. Durch die neoliberale Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik habe die EU den Integrationsprozess seit den neunziger Jahren jedoch nachhaltig verändert, indem sie zusammen mit nationalen Regierungen und Wirtschaftsverbänden selbst dazu beitrug, eine neoliberale Politik durchzusetzen:

Die europäische Zusammenarbeit hat in der Vergangenheit für viele Millionen Menschen Gewinne an Wohlstand, Gemeinsamkeit, Offenheit, die Stärkung der Kooperation und der Rechte der Bürgerinnen und Bürger gebracht. Aber diese Errungenschaften betrafen nicht alle, wurden zunehmend demonitiert oder sind gefährdet. Seit mehr als zwanzig Jahren werden Konkurrenz, Standortwettbewerb und Orientierung an den Interessen der Großkonzerne und der Kapitaleigentümer durch nationale Regierungen, große Kapitalgruppen und Organe der Europäischen Union vorange-trieben. (Die Linke 2014: 7)

Die Einschätzung der Partei über die vertraglichen Grundlagen sowie die technokratischen Entscheidungsprozeduren in Folge der Finanz- und Staatsschuldenkrise weisen sowohl auf der diffusen Dimension der Legitimität der EU als auch auf der spezifischen Dimension der Wirtschafts- und Sozialpolitiken auf ablehnende Merkmalswerte. Hierbei deutet die Kritik der Partei darauf hin, dass die Einstellungen entlang der beiden Dimensionen nicht getrennt voneinander betrachtet werden können, weil die vertraglichen Grundlagen bestimmte Wirtschaftspolitiken und Entscheidungsabläufe begünstigen. So habe die EU mit

den Verträgen von Maastricht die soziale Vision der europäischen Einigung gänzlich aufgegeben und durch den Standortwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ersetzt. Nach Auffassung der Partei trug zwar die EU dazu bei, die mitgliedsstaatlichen Rechtsordnungen über das Europarecht zu harmonisieren. Doch die Entscheidungsfindung innerhalb der EU, insbesondere das Prinzip der Einstimmigkeit im Rat, führten in der Tendenz dazu, dass die Mitgliedsstaaten nationalstaatliche Regulierungsinstrumente abbauten, ohne sie auf supranationaler Ebene zu ersetzen. Während das EU-Recht die Freiheit des Wettbewerbs vor bestimmten nationalen Eingriffen schützt, sanktioniert es Verstöße gegen soziale Vorschriften nicht. Diese Form der negativen Integration fixierte der Vertrag von Maastricht, weshalb die Nationalstaaten einen regulatorischen Unterbietungswettbewerb um die besseren Standortbedingungen begannen, während die Unternehmen und Investoren aufgrund des harmonisierten Binnenmarktes kostengünstiger in einen anderen Mitgliedsstaat abwandern und so ihre wirtschaftliche Macht gegenüber den nationalen Regierungen ausbauen konnten. Die Folge war ein deregulieren-der Effekt auf die nationalen Steuer- und Sozialsysteme:

Auch die Europäische Union, deren Gründung einst dazu beigetragen hatte, den Frieden zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu sichern, entwickelte sich zunehmend zu einem Motor der neoliberalen Umgestaltung. Städte, Regionen und Länder konkurrieren auf einem gemeinsamen Binnenmarkt mit möglichst niedrigen Steuersätzen und laschen Umweltauflagen,

mit niedrigen Löhnen und Sozialabgaben. Die Standortkonkurrenz führt zu einem Dumpingwettlauf mit verheerenden Auswirkungen nicht zuletzt auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Damit waren die Absenkung der Staatsquote, umfassende Privatisierungen und eine allmähliche Zerstörung der Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten vorgezeichnet. Ganze Volkswirtschaften in der EU drohen zu kollabieren. (Die Linke 2011: 20)

Die Finanzkrise und ihre Folgen haben die soziale Situation nochmals verschärft. Dabei war sie selbst ein Ergebnis der neoliberalen Ausrichtung des Binnenmarktes, welcher zu einer immer stärkeren Umverteilung von unten nach oben führte. Schnell entwickelte sich die Finanzkrise zu einer eklatanten Bankenkrise, welche die Euro-Mitgliedsstaaten lediglich durch nationale Bankenretterungsprogramme massiv auf Kosten der öffentlichen Haushalte abmildern konnten. Die darauffolgenden Staatsschuldenkrisen einiger Euro-Mitgliedsstaaten seien deshalb nicht die Folge von überzogenen Sozialausgaben, sondern Ergebnis der Bankenrettungen gewesen:

Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben führten in nahezu allen EU-Staaten zu einer Banken- und Finanzkrise. Europaweit wurden Rettungsschirme für Banken aufgespannt – auf Kosten der Bevölkerung: Erst durch diese Milliardenzahlungen, mit denen die Banken gerettet werden sollten, wurden die Staatsschulden in vielen EU-Staaten in die Höhe getrieben. (Die Linke 2014: 12)

Mit der Krise habe die Währungsunion ihre defizitäre Konfiguration offenbart: Einerseits entmachteten sich die Mitglieder der Euro-Zone geldpolitisch, indem sie ihre nationale Währung aufgaben. Hierdurch verloren die teilnehmenden Staaten die Möglichkeit, durch die Abwertung ihrer nationalen Währung ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Andererseits verzichteten die Mitgliedsstaaten der Prämisse der negativen Integration folgend darauf, eine gemeinsame wirtschaftspolitische Regierungsfähigkeit auf EU-Ebene aufzubauen, um ihre Interdependenzen zu regeln und die Finanzmärkte zu regulieren. So blieben die Mitglieder der Währungsunion Konkurrenten um die besseren Standortbedingungen und verzichteten trotz der Ungleichheitsdynamiken in den Leistungsbilanzen darauf, ihre nationalen Steuerpolitiken substantiell zu koordinieren. Ganz im Sinne der Standortkonkurrenz versuchte insbesondere Deutschland, die eigene Produktivität auf Kosten anderer Euro-Staaten zu steigern, indem Berlin mit der Agenda 2010 die Produktivitätskosten senkte, um sodann höhere Leistungsbilanzüberschüsse durch den gestiegenen Export zu erzielen. Weil aber ein beträchtlicher Teil der deutschen Exporte im gemeinsamen Währungsraum verblieb, folgten auf Deutschlands Leistungsbilanzüberschüsse die Defizite anderer Mitgliedsstaaten, die weniger konkurrenzfähig waren:

Die deutsche Wirtschaft ist auf Export getrimmt worden: mit Niedriglöhnen im Bereich der Dienstleistungen und der Zulieferer. Die Binnennachfrage wurde vernachlässigt. Die übermäßigen Exportüberschüsse der einen (vor allem Deutschlands) sind die Schulden der anderen, weil

Letztere ihre Importüberschüsse durch eine Kreditaufnahme bezahlen müssen. Eine Lösung der Krise, ohne die Ungleichgewichte im Handel mit Waren und Dienstleistungen in Europa abzubauen, ist aussichtslos. (Die Linke 2014: 12)

Anstatt den sozialen Ausgleich in der EU zu fördern, verstärkte die Konstruktion der Währungsunion die Spaltung der EU: Die Verlierer gerieten in finanzielle und damit politische Abhängigkeit der Gewinner der Währungsunion, indem die wirtschaftsstarke Mitglieder die Vergabe von Hilfskrediten an die Umsetzung von massiven Sparprogrammen in den öffentlichen Haushalten der Euro-Krisenstaaten knüpften. Nach Auffassung der Partei hat diese Austeritätspolitik die ohnehin sozial Schwachen getroffen, während finanzstarke Akteure ihr Kapital für beträchtliche Zinsen an die Krisenstaaten verliehen und so an der Krise mitverdienten. Dabei konnten die Krisenstaaten die Hilfskredite aufgrund der Auflagen nicht einmal nutzen, um ihre öffentlichen Haushalte zu sanieren. Die Gelder flossen stattdessen in den privaten Banksektor, um die Banken vor einer Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Dabei gehörten diese vor der Krise aufgrund der wirtschaftsliberalen Konstruktion der Währungsunion noch zu den Nutznießern.

Ein weiterer Hinweis auf die geringen Zustimmungswerte entlang der diffusen und spezifischen Dimension zeigt die Kritik der Partei an der Troika-Politik gegenüber Griechenland. Hierbei spielten für Die Linke nicht nur wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen eine Rolle, sondern auch demokratietheoretische: So kontrollierten die Troika-

ika-Institutionen, bestehend aus IWF, EZB und EU-Kommission,³ wie Griechenland die von den Geldgebern geforderte Austeritätspolitik umsetzt, ohne dass die Troika und ihre Arbeit selbst von demokratischen Institutionen wie dem EU-Parlament legitimiert oder kontrolliert wurden. Die Troika-Politik trage somit dazu bei, die demokratischen Standards in den betroffenen Krisenstaaten abzubauen, weil die Sparpolitik kein Ergebnis demokratischer Wahlen, sondern technokratischer Vorgaben externer Akteure sei. So seien mit der Troika-Politik „auf breiter Front soziale Errungenschaften zunichte gemacht, zivile und gewerkschaftliche Rechte beschnitten, die Demokratie ausgehöhlt und Menschenrechte mit Füßen getreten“ worden (Die Linke 2014: 5). Nun stehe Griechenland vor der Wahl, entweder die Währungsunion und die EU aufgrund einer drohenden Zahlungsunfähigkeit zu verlassen oder eine innere Abwertung auf Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge durchzuführen. Für Die Linke ist die vorherrschende Rettungspolitik deshalb gleichbedeutend mit einem Angriff sowohl auf die nationalen Sozialsysteme der Krisenstaaten als auch auf die nationalen Demokratien:

In der Krise wurde aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU-Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) die sogenannte Troika gebildet. Sie entscheidet ohne demokratische Legitimation und vertritt die Interessen von Banken und Konzernen. Die Politik der Troika hat die Krise nicht gelöst. Im Gegenteil: Viele Länder stehen wirtschaftlich schlechter da, die

³ Seit Juli 2015 gehören diesem informellen Gremium zudem Vertreter des ESM an.

Lebensbedingungen für Millionen Menschen sind prekär. Die Politik der Kürzungen (Austerität) diktiert, in die Krise hinein zu sparen. Das Ergebnis ist verheerend: Die Wirtschaftsleistung sinkt, die Schulden steigen, und die Erwerbslosigkeit – vor allem der Jugend – explodiert. [...] Die von der Troika diktierten Kürzungen – bei Löhnen, Renten und Sozialleistungen – haben nicht den Staatshaushalt saniert. Über 90 Prozent der „Hilfsgelder“ fließen in den Finanzsektor. (Die Linke 2014: 13)

Krisenpolitik

Um die Einstellungen detailliert einzuordnen, folgt nun eine Analyse ausgewählter Politikfelder. Die Parteieinschätzung zur Krisenpolitik wurde bereits weiter oben wiedergegeben. Nun stelle ich die von der Linkspartei vertretenen Alternativen dar. Die kurzfristigen Antworten auf die Krise deuten auf geringe Zustimmungswerte entlang der spezifischen Dimension, weil sie die Schuldenkrise nicht durch Sparvorgaben in den öffentlichen Haushalten, sondern durch eine stärkere transnationale Besteuerung Vermögender bekämpfen will. Die von ihr vertretenen langfristigen Lösungen schließen den primärrechtlichen Umbau der Währungsunion ein, was im Umkehrschluss auf geringe Zustimmungswerte für die gegenwärtigen Vertragsgrundlagen hindeutet, welche die diffuse Dimension der Legitimität betreffen.

Die Krisenpolitik möchte die Partei „vom Kopf auf die Füße stellen“ (Die Linke 2014: 8). Kurzfristig sollen hierzu die Krisenstaaten Hilfskredite erhalten,

ohne eine Austeritätspolitik umzusetzen. Stattdessen sollen die Gelder in den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge fließen. Den akuten Verschuldungsdruck möchte die Partei durch einen Schuldenschnitt senken, der durch eine einmalige EU-weite Abgabe auf Vermögen von über einer Millionen Euro finanziert werden soll. Außerdem fordert sie „eine Bankenabgabe, um den europäischen Bankensektor gezielt an den Krisenkosten zu beteiligen“ (Die Linke 2014: 17). Durch gemeinsame Euro-Anleihen, sogenannte Euro-Bonds, möchte sie zudem den Druck auf einzelne Euro-Mitgliedsstaaten bei der Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben minimieren. Dabei folgten Euro-Bonds der Logik eines gemeinsamen Binnenmarktes mit einer einheitlichen von der EZB gesetzten Währungspolitik. Somit könnten die Mitglieder der Währungsunion gemeinsam „die Finanzspekulation gegen einzelne Euro-Mitgliedstaaten“ verhindern (Die Linke 2014: 17). Ferner fordert die Partei, dass die Mitgliedsstaaten „extremen Reichtum“ stärker besteuern (Die Linke 2014: 14), um ein EU-weit koordiniertes Investitionsprogramm aufzulegen, das dem Ausbau der Infrastruktur, der sozialen Dienstleistungen, des Gesundheitsbereiches sowie der Energiewende und des Bildungswesens dient. Hierdurch verspricht sich die Partei, eine Jugendgarantie auf Ausbildung umzusetzen und die Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten zu bekämpfen.

Trotz der akuten Defizite der Währungsunion spricht sich Die Linke gegen den Austritt einzelner Mitgliedsstaaten aus der Euro-Zone aus. Gleichwohl formuliert sie für das Bestehen der Währungsunion Bedingungen. So plädiert Die Linke dafür, die Ursachen der

Defizite anzugehen, welche in den ungleichen Leistungsbilanzen der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone liegen:

Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Kürzungspolitik (Austerität) beendet wird. Die Währungsunion muss neu ausgerichtet werden, damit sie nicht Spaltungen weiter vertieft, sondern die gravierenden Ungleichheiten überwindet und eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert. (Die Linke 2014: 19)

Deshalb zählt zu den langfristigen Zielen der Partei, dass die Mitgliedsstaaten ihre Lohn- und Steuerpolitiken aufeinander abstimmen und einheitliche Bemessungsgrundlagen für Mindestlöhne und Mindestrenten, Unternehmensgewinne und ausgeglichene Leistungsbilanzen zwischen den Euro-Mitgliedern im EU-Primärrecht festsetzen. Demnach liegt ihr Fokus auf jenen Mitgliedsstaaten, die durch ihre Leistungsbilanzüberschüsse die Defizite anderer Mitgliedsstaaten verursachen. Exportstarke Staaten wie Deutschland sollen ihre Exportrate durch Lohnerhöhungen, öffentliche Investitionen, den Ausbau sozialer Leistungen und den Anstieg der Binnennachfrage senken, während die EU-Kommission das Recht erhält, dauerhafte Exportüberschüsse zu sanktionieren. Nach Vorstellung der Partei sollen die Strafzahlungen in einen Ausgleichsfonds fließen, um daraus „dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftlichen Aufbau“ in wirtschaftsschwachen Staaten zu finanzieren und ihre Wirtschaftsleistung

zu steigern (Die Linke 2014: 20). Bedingung ist, dass die Nettoempfänger Vermögende stärker besteuern und auf Kürzungen im Sozialbereich verzichten.

Währungspolitik und die Regulierung des Finanzsektors

Nach Ansicht der Partei kennen die bisherigen EU-Grundlagenverträge aufgrund der Kapitalverkehrsfreiheit nur die Richtung der Liberalisierung der Finanzbranche, was zu einer Deregulierung und zur Umverteilung von den unteren zu den höheren Schichten führe. Dem setzt Die Linke ihr Narrativ eines sozialen Europa entgegen. Folglich treffen in der Wettbewerbs- und Währungspolitik niedrige Zustimmungswerte auf der spezifischen Dimension auf hohe Zustimmungswerte auf der diffusen Dimension für die Idee einer sozialen Integration, denn „ohne die Banken zu entmachten, die Reichen europaweit an den Kosten der Krise zu beteiligen und die massiven außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen, wird jeder Versuch, die Krise zu lösen, scheitern“. (Die Linke 2014: 15) Trotz der überaus kritischen Bewertung der EU-Wettbewerbspolitik auf dem Finanzmarkt möchte die Partei die Ressourcen der EU nutzen, um sowohl innerhalb der EU als auch auf globaler Ebene den Finanzsektor stärker zu regulieren. Daher möchte die Partei die Finanzbranche langfristig umbauen und die Geld- und Kreditschöpfung unter öffentliche Kontrolle stellen.

Leitfaden ist auch hier, dass die Linkspartei private Banken als Verursacher der Krise stärker an der Finanzierung der Krisenkosten beteiligen möchte, um die öffentlichen Haushalte vor der Schuldenlast zu schützen (Die Linke 2014: 15-16). Aus diesem Grund lehnt sie die Bankenunion in ihrer jetzigen

Form ab, weil sie den Abwicklungsfonds und die geltenden Eigenkapitalquoten der Banken für zu klein hält, sodass auch künftig die öffentlichen Haushalte Bankenrettungen finanzieren müssten. Stattdessen tritt sie dafür ein, dass allein Eigentümer und Gläubiger für eine etwaige Bankinsolvenz aufkommen, während Einlagen von KleinanlegerInnen öffentlich abzusichern seien. Besonders kritisch bewertet die Partei, dass in einem Insolvenzfall einer systemrelevanten Bank die Regelungen der Bankenunion keine Vergesellschaftung vorsehen. Das Investmentbanking möchte Die Linke gänzlich abwickeln. Durch einen „Finanz-TÜV“ plant sie zudem, Geschäftspraktiken und Finanzprodukte durch öffentliche Agenturen zu prüfen (Die Linke 2014: 16). Als langfristiges Alternativmodell zum jetzigen Bankensystem schlägt sie ein Drei-Säulen-Modell bestehend aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und staatlichen Großbanken vor. Hierzu möchte sie in einem ersten Schritt eine europäische Bank für öffentliche Anleihen schaffen.

Eine Schlüsselrolle in der Währungspolitik nimmt die EZB ein. Hier streitet Die Linke für die demokratische Kontrolle durch das EU-Parlament. Neben der Geldwert- und Währungsstabilität soll die EZB Beschäftigung und Armutsbekämpfung als weitere Aufgaben erfüllen (Die Linke 2014: 16-17). Außerdem möchte die Partei öffentliche Rating-Agenturen schaffen, welche die Kreditwürdigkeit von EU-Mitgliedsstaaten beurteilen und so den Einfluss von privaten Rating-Agenturen zurückdrängen sollen. Darüber hinaus tritt die Linkspartei dafür ein, dass sich EU-Mitgliedsstaaten im begrenzten Rahmen direkt über die EZB finanzieren können, schließlich müssten

die öffentlichen Haushalte „von den Finanzmärkten befreit werden“. (Die Linke 2014: 17) Des Weiteren plant sie, die Geldflüsse auf dem Binnenmarkt strikter zu beobachten, um Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen. Außerdem plädiert sie für die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer.

Die EU und das Europäische Sozialmodell (ESM)

Der negativen Integration setzt die Partei die Vision eines sozialen Europa entgegen. So möchte Die Linke den Binnenmarkt um eine soziale Union ergänzen, damit Kapitalinteressen die EU-Mitgliedsstaaten nicht mehr um die besseren Standortbedingungen gegeneinander ausspielen könnten. Insgesamt steht die Partei dem gegenwärtigen Status quo der Integration also kritisch gegenüber, wobei im Sozialbereich für die Partei Ähnliches gilt wie in der Wirtschaftspolitik: Es seien die Vorgaben der Grundlagenverträge, die eine unsoziale Politik zur Folge haben. Dies weist auf geringe Zustimmungswerte sowohl auf der spezifischen als auch der diffusen Dimension hinsichtlich der Legitimität der EU hin. Allerdings kommen an diesem Punkt einige Ambivalenzen zum Vorschein: Einerseits sieht Die Linke in der gegenwärtigen Verfassung der EU ein Hindernis, um die eigene Sozialpolitik zu verwirklichen. Andererseits sieht sie in der europäischen Integration zumindest das Potential, ihre Vorstellungen in der Sozialpolitik EU-weit umzusetzen. Dies setzt jedoch einen fundamentalen Wandel der EU voraus.

Deutlich kritisiert die Linkspartei die auf EU-Ebene beschlossenen Wirtschafts- und Sozialpolitiken und benennt explizit die Bolkesteinrichtlinie (Die Linke

2014: 61), die Lissabon-Strategie (Die Linke 2014: 11) und den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz, die sie, zusammen betrachtet, als eine Agenda 2010 auf EU-Ebene bezeichnet (Die Linke 2014: 13). Somit signalisiert sie bereits in der Wortwahl, wie ablehnend Die Linke diesen Maßnahmen gegenüber eingestellt ist, war doch gerade die Kritik an der Agenda 2010 Anstoß für PDS und WASG gewesen, sich zur Linkspartei zu vereinen. Im von der EU-Kommission verfolgten Ansatz der Flexicurity⁴ sieht die Partei lediglich einen Versuch, die öffentliche Daseinsvorsorge zu kürzen und die soziale Absicherung und Armutsbekämpfung zu privatisieren. Anstatt zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU beizutragen, steht die EU vor einem „Flickenteppich von ungleichen Lebensverhältnissen“. (Die Linke 2014: 20) Dieser Entwicklung stellt die Partei ihr Beschäftigungsleitbild von „guter Arbeit und guten Löhnen“ entgegen (Die Linke 2014: 21), das befristete Beschäftigungsverhältnisse ersetzen und ArbeitnehmerInnen ein armutsfestes und eigenständiges Leben ermöglichen soll.

Um die negative Integration durch eine positive zu ergänzen, möchte die Partei die Bekämpfung von Armut primärrechtlich als Kernziel der europäischen Integration festschreiben, um so den generierten Wohlstand innerhalb der EU gerechter zu verteilen und die gesellschaftliche Teilhabe aller zu ermöglichen. Zudem sollen künftige EU-Grundlagenverträge eine „soziale Fort-

schrittsklausel“ beinhalten (Die Linke 2011: 67), nach der soziale Grundrechte Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten erhielten. Hierdurch verspricht sich die Partei, die Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten durch die Folgen der negativen Integration zu schützen. EU-Institutionen könnten dann Verstöße gegen soziale Grundrechte durch die Mitgliedsstaaten ähnlich wie beim EU-Wettbewerbsrecht sanktionieren:

Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind. Sozialstaatlichkeit muss zu den Werten und Zielen der EU gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben. DIE LINKE tritt für die Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht ein. So wie in der EU der Wettbewerb kontrolliert wird, müssen auch die Einhaltung von sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden. (Die Linke 2011: 67)

Die Sozialstaatlichkeit der angestrebten Sozialunion besteht für die Partei aus zwei Elementen: Während die Mitgliedsstaaten vertraglich dazu verpflichtet würden, soziale Mindeststandards in der öffentlichen Daseinsvorsorge umzusetzen, erhielten die UnionsbürgerInnen umfassende politische und soziale Individualrechte auf EU-Ebene. Hierunter zählen zum Beispiel grenzüberschreitende Tarifverträge und das Recht auf länderübergreifende Streiks, um das Ungleichgewicht zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen bei Tarifverhand-

⁴ Flexicurity ist ein Kunstwort zusammengesetzt aus Flexibilität und Security. Das Konzept möchte zwei konfliktvolle Anforderungen zusammenbringen: ArbeitnehmerInnen sollen flexibel in einer globalisierten Ökonomie verfügbar sein und zugleich soziale Sicherheit in Zeiten rasanter sozio-ökonomischer Umbrüche genießen (Keller/Seifert 2008: 4-5).

lungen in transnationalen Unternehmen auszugleichen. Um die Sozialunion umsetzen zu können, sollen die Mitgliedsstaaten einen bei 60% der Wirtschaftsleistung primärrechtlich fixierten Mindeststandard an Einkommen und Renten garantieren. Die Partei tritt zudem dafür ein, Mindestnormen in der Wohnungs- und Gesundheitspolitik sowie bei der Grundversorgung mit Wasser, Energie und Internet primärrechtlich zu verankern. Hierdurch will sie unterbinden, dass sich die Lebensverhältnisse in der EU nach unten angleichen:

Die Ausgaben für soziale Sicherung sollen europaweit mindestens genauso stark wie das Bruttonettoprodukt steigen – so kann Sozialdumping verhindert und eine Konkurrenz der Mitgliedstaaten auf dem Rücken von Familien, Beschäftigten, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Rentnerinnen und Rentnern verhindert werden. (Die Linke 2014: 24)

Regional- und Kohäsionspolitik

Angesichts der durchweg kritischen Einschätzung der EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik ragt die positive Bewertung der Regional- und Kohäsionspolitik durch die Partei umso mehr heraus. Sie verweist folglich auf hohe Zustimmungswerte entlang der spezifischen Dimension. So stehe die Regional- und Kohäsionspolitik für „konkrete Solidarität“ mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Mitgliedsstaaten und den Regionen durch eine koordinierte Umverteilung anzugleichen (Die Linke 2014: 11). Insbesondere verweist die Linkspartei auf „Regionen auch im Osten Deutschlands“,

wo „die positiven Ergebnisse der Regionalförderung durchaus deutlich“ erkennbar seien (Die Linke 2014: 26). Daher plädiert sie dafür, das Instrumentarium weiter finanziell auszubauen – auch damit Ostdeutschland weiter auf die Hilfen von der EU zurückgreifen könne. Besonders kritisch beurteilt sie die Kürzungen im Regional- und Strukturfonds im aktuellen EU-Haushalt, wofür sie die Mitgliedsstaaten verantwortlich macht. Stattdessen tritt sie dafür ein, die Wirkung der Kohäsionspolitik genauer zu evaluieren und ihre Weiterentwicklung zukünftig „den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende“ anzupassen, indem sie auch „den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimuliert“. (Die Linke 2011: 40) Außerdem soll die Vergabe von Fördermitteln zukünftig neben gesamtwirtschaftlichen, sozialen und agrarischen Kriterien durch ein gleichstellungspolitisches Kriterium ergänzt werden. Kritisch betrachtet Die Linke, dass Regionen durch die Politik des jeweiligen Mitgliedsstaates in Haftung genommen würden, indem die Vergabe finanzieller Mittel durch die EU an neoliberale Strukturreformen der Mitgliedsstaaten gebunden sei. Zudem kritisiert sie, dass durch den Regional- und Kohäsionsfonds finanzierte Projekte durch den Mitgliedsstaat kofinanziert werden müssen, sodass insbesondere in den Krisenstaaten die EU-Regionalförderung nicht ihre volle Wirkung entfalte.

Antidiskriminierungspolitik

Ebenfalls positiv bewertet die Partei die Antidiskriminierungspolitik der EU, was auf hohe Zustimmungswerte auf der spezifischen Dimension hinweist. So tritt die Partei ihrem Selbstverständnis nach für die Gleichwertigkeit aller Menschen

„unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Hautfarbe, Alter, sozialer Herkunft, Bildungsstand, Religion und ethnischer Zugehörigkeit“ ein (Die Linke 2014: 47). In der EU sieht Die Linke eine Plattform, um ihre Ziele in der Antidiskriminierungspolitik zu verwirklichen. So habe die EU dazu beigetragen, dass Benachteiligungen von Menschen aufgrund des Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Nationalität eine stärkere Sanktionierung erfahren, als das in einigen Nationalstaaten der Fall war. Konkret macht sie dies am Beispiel von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrichtlinien fest, welche in Deutschland die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen im nationalen Recht vorangetrieben hätten, obschon Deutschland noch immer einige Vorgaben der EU nicht einhalte. Deshalb müssten „Verstöße gegen die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU [...] konsequent geahndet werden“. (Die Linke 2014: 25) Über das EU-Parlament möchte die Partei darüber hinaus die Mitgliedsstaaten auffordern, die Ehe für alle Lebensformen zu öffnen und das Adoptionsrecht für alle Menschen anzupassen, auch wenn ein derartiger Beschluss aufgrund der mangelnden Kompetenzen lediglich deklaratorischer Art sein kann. Weiterhin verspricht die Partei, durch EU-Programme die gesundheitliche Aufklärung von Homo- und Transsexuellen und die Bekämpfung von Homo- und Transfeindlichkeit verstärken zu wollen (Die Linke 2014: 49). Außerdem tritt Die Linke dafür ein, Behinderten ein selbstbestimmtes Leben zu sichern. Hierfür soll die EU vermögensunabhängige Nachteilsausgleiche, Barrierefreiheit und eine bessere Pflege fördern. Daher erwähnt sie positiv die EU-Strategie für Menschen mit Behinderungen 2010–2020, welche allerdings ohne Kostenvor-

behalt ausgestaltet werden müsse (Die Linke 2014: 25-26).

Vision einer demokratischen EU

Nachdem ich die Positionen der Linkspartei zur Wirtschafts- und Sozialpolitik illustriert habe, folgt nun eine Analyse der Parteiposition zur demokratischen Verfasstheit der EU. So ist die Demokratisierung der Gesellschaft neben der sozialen Gerechtigkeit das Hauptthema der Partei. Bezogen auf den Integrationsprozess weist ihr Programm auf hohe Zustimmungswerte auf der diffusen Dimension für die Idee einer demokratischen EU hin. An der gegenwärtigen Konstitutionalisierung der EU übt Die Linke jedoch eine scharfe Kritik, insbesondere attestiert sie der EU ein eklatantes „Demokratiedefizit“ (Die Linke 2011: 66), das sich durch die Krisenpolitik der Troika massiv verschärfe. Dies ist jedoch kein hinreichendes Kriterium für eine ablehnende Haltung an der Legitimität der EU entlang der diffusen Dimension, vielmehr finden sich auch hier Ambivalenzen im Programm: Einerseits verbindet sie ihre Kritik nicht prinzipiell mit dem Ziel eines Rückbaus EU-weiter Entscheidungskompetenzen und einer Stärkung von nationalstaatlicher Entscheidungslegitimation. Stattdessen fordert sie eine Stärkung von supranationalen gegenüber den intergouvernementalen Entscheidungsverfahren auf EU-Ebene. Andererseits fordert sie angesichts des gegenwärtigen Übergewichts an intergouvernementalen und technokratischen Entscheidungsprozeduren auf EU-Ebene eine Stärkung der nationalen Parlamente. Entlang der spezifischen Dimension weisen die Zustimmungswerte je nach Sachgebiet in beide Richtungen: Einerseits kritisiert sie die zu geringe Regulierung von Einflussmöglichkeiten der Wirt-

schaftslobby auf die Gesetzgebung der EU, andererseits unterstützt sie das Instrument der europäischen Bürgerinitiative und fordert den Ausbau direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten für die UnionsbürgerInnen.

Das Demokratiedefizit der EU macht sie an der Dominanz intergouvernementaler Entscheidungsprozeduren durch die nationalstaatlichen Exekutiven sowie an dem Einfluss der Wirtschaftslobby auf den Gesetzgebungsprozess fest. Während im Rat der EU die nationalen Exekutiven die Leitlinien der Integration in intransparenten Verhandlungen alleinig bestimmen, fehlen dem EU-Parlament als einzig durch EU-weite Wahlen demokratisch legitimiertem Gremium innerhalb des Institutionengefüges wichtige Kontroll- und Mitwirkungsrechte, wie sie nationale Parlamente kennen. Dies führe zu der scheinbar paradoxen Situation, dass die EU selbst nicht den demokratischen Standards entspricht, welche Beitrittskandidaten erfüllen müssen, um überhaupt Mitglied der EU zu werden: „Würde die Europäische Union um die Aufnahme in die Europäische Union ersuchen, würde sie abgelehnt, weil sie nicht die nötigen Demokratiestandards vorweist.“ (Die Linke 2014: 37) Insbesondere kritisiert die Partei die Strategie nationaler Exekutiven, auf EU-Ebene die in den Mitgliedsstaaten unbeliebten Politiken zu beschließen, um so den Widerstand auf nationaler Ebene zu umgehen. So könnten die UnionsbürgerInnen nicht nachvollziehen, wer innerhalb der EU für welche Zuständigkeiten und für welche Politikergebnisse verantwortlich sei. Das führe zu Ohnmachts- und Entfremdungsgefühlen der UnionsbürgerInnen gegenüber der EU (Die Linke 2014: 38). Die Krisenpolitik habe die

se Entwicklung nochmals verschärft. So argumentiert die Partei, dass die nationalen Exekutiven über die EU-Ebene eine unsoziale Politik mit einer undemokratischen Entscheidungsprozedur verknüpfen hätten, wie sie am Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz festmacht.⁵ In ihm sieht die Partei ein Angriff auf die einzelstaatlichen Verfassungen, weil er die demokratischen und sozialstaatlichen Kompetenzen der Mitgliedsstaaten durch politische Vorgaben der EU-Kommission unterminiere:

Der von Merkel und anderen Regierungen geplante und im Europäischen Rat umstrittene „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ setzt diese Politik fort. Er verpflichtet die Mitgliedsstaaten gegenüber der EU-Kommission zu „Strukturreformen“: Arbeitsmärkte weiter deregulieren, Sozialleistungen kürzen und die öffentliche Daseinsvorsorge privatisieren. Der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ist aber nicht nur ein Angriff auf den Sozialstaat und soziale Rechte in Europa, sondern auch auf Demokratie und einzelstaatliche Verfassungen der EU-Mitgliedsstaaten insgesamt. (Die Linke 2014: 13)

Einen Abbau der nationalstaatlichen Demokratie befürchtet die Partei auch durch die technokratische Zusammensetzung und die neoliberalen Wirt-

⁵ Den Pakt haben die meisten EU-Mitgliedsstaaten 2011 beschlossen, um die seit den Verträgen von Maastricht bestehenden Konvergenzkriterien der Währungsunion politisch durch eine stärkere Konvergenz in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten zu begleiten. Ziel ist, die Währungsunion langfristig durch Reformen der nationalen Wirtschaftspolitik zu stabilisieren. Zu den Krisenmaßnahmen im Detail siehe Beichelt/von Ondarza 2011: 18-20.

schaftsvorgaben der Troika, wie im Abschnitt zum Narrativ der Partei über die europäische Integration bereits dargestellt. So argumentiert Die Linke, dass die Vorgaben der Troika lediglich den Kapitalinteressen auf dem Finanzsektor dienen und zugleich den demokratischen Entscheidungsspielraum der Krisenstaaten insbesondere im Sozialbereich einschränken. Aus diesem Grund lehnt die Partei diskutierte Durchgriffsrechte von EU-Institutionen, etwa des EU-Währungskommissars, auf nationalstaatliche Haushalte ab, weil sie hierdurch eine Verschlechterung der Sozialpolitik zugunsten der Funktionsfähigkeit der neoliberal konzipierten Währungsunion befürchtet (Die Linke 2014: 37). Diesen Entwicklungen setzt Die Linke die Forderung entgegen, die EU umfassend zu demokratisieren, was sowohl einen Zuwachs an Ressourcen und Rechten für das EU-Parlament, als auch eine verstärkte Zusammenarbeit aller demokratischen Gremien im Mehrebenensystem der EU zwischen regionaler, nationaler und europäischer Arbeitsebene impliziert (Die Linke 2011: 45-46). Hierdurch möchte sie den Einfluss intergouvernementaler und technokratischer Entscheidungsprozeduren sowie das Gewicht der Wirtschaftslobby zugunsten der Beteiligungsmöglichkeiten der UnionsbürgerInnen zurückzudrängen.

Ausbau der Rolle des EU-Parlaments

Im Zentrum der Demokratisierungsbemühungen steht das EU-Parlament (Die Linke 2014: 37-39). Dieses hat im Vergleich zu nationalen Parlamenten weniger Rechte, auch wenn die Partei anerkennt, dass die Rolle des EU-Parlaments im Gesetzgebungsprozess der EU im Verlaufe der Integrationsgeschichte eine Stärkung erfahren hat. Trotzdem könne

es nicht auf Augenhöhe mit den nationalen Regierungen im Ministerrat der EU verhandeln oder die EU-Kommission ausreichend kontrollieren. Zur Stärkung des EU-Parlaments fordert sie deshalb ein eigenes Initiativrecht. Als Richtschnur gilt für die Partei, dass „sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen Union überführt wird, [...] das Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten“ muss. „Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche ist dies nachzuholen.“ (Die Linke 2014: 37-38) Explizit fordert die Partei neue Kompetenzen für das EU-Parlament zur Kontrolle der Währungspolitik durch die EZB, von Europol und Frontex. Außerdem plädiert sie für ein alleiniges Haushaltsrecht für das EU-Parlament ohne Mitspracherecht für die EU-Mitgliedsstaaten. Zur Stärkung der supranationalen Institutionen hat Die Linke die Idee des europäischen Spitzenkandidaten befürwortet und den Syriza-Vorsitzenden Alexis Tsipras unterstützt (Die Linke 2014: 6), um den nationalen Exekutiven die Bestimmung des EU-Kommissionspräsidenten über den parlamentarischen Weg streitig zu machen.

Stärkung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten in der EU

Um die EU dauerhaft zu demokratisieren, verlangt Die Linke eine Stärkung transnationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und direktdemokratischer Teilhabemöglichkeiten für die UnionsbürgerInnen. Auf der einen Seite beruht diese Forderung auf der engen Verbindung zu den sozialen Bewegungen. Auf der anderen Seite ist sie einer gewissen Skepsis geschuldet, wonach die EU nicht allein durch den Einfluss in den Parlamenten verändert werden könne, sondern hierzu den Druck der Zivilgesellschaft

benötige (Die Linke 2011: 72-76). So befürwortet die Partei das mit dem Lisabon-Vertrag geschaffene Instrument der europäischen Bürgerinitiative, in dessen Rahmen sich die Partei selbst durch die Unterstützung einer Initiative gegen die Privatisierung des Wassers beteiligt hat (Die Linke 2014: 25). Außerdem fordert sie stärkere Mitwirkungs- und Anhörungsrechte zivilgesellschaftlicher Organisationen im Gesetzgebungsprozess.

Wir setzen uns weiter für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure auf europäischer Ebene ein. Dies schließt sowohl verbindliche Anhörungs- und andere Rechte im Europäischen Parlament und anderen EU-Institutionen wie auch eine angemessene finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt ein. (Die Linke 2014: 40)

Prinzipiell fordert sie Volksentscheide auf allen politischen Ebenen, von der Kommune bis zur EU. Dies impliziert sowohl EU-weite verbindliche Volksentscheide zu politischen Sachfragen als auch obligatorische Volksentscheide bei etwaigen Änderungen der primärrechtlichen Verträge der EU in jedem Mitgliedsstaat. Damit die UnionsbürgerInnen wirksam an der Gesetzgebung partizipieren könnten, fordert die Partei einen stärkeren Schutz politischer Grundrechte vor der voranschreitenden Datenüberwachung und den Aktivitäten durch Geheimdienste.

Europäisierung der nationalen Demokratien

Eine transnationale Demokratie schließt nach Auffassung der Partei eine stärkere Europäisierung der nationalen Demokratien mit ein. Schließlich ist die Politik der EU nicht allein auf Fragen des Binnen-

marktes beschränkt, sondern umfasst zunehmend komplexe Themen wie die Währungspolitik, die einen unmittelbaren Effekt auf die nationalstaatliche Ebene ausüben. Deshalb zielt sie auf eine Stärkung der Informations- und Mitbestimmungsrechte von Bundestag und Landtagen im EU-Gesetzgebungsprozess ab, etwa durch eine frühere und umfassendere Einbeziehung der Parlamente:

In dem Maße, in dem die Europäische Union geographisch, gesellschaftlich, kulturell, aber auch administrativ größer und komplexer geworden ist und ihre Entscheidungsbefugnisse umfangreicher werden, sind erweiterte Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Bundestages und der Landesparlamente im Prozess der europäischen Gesetzgebung notwendiges und unverzichtbares Element. (Die Linke 2011: 46)

Außerdem sollen die Bundestagsfraktionen die Möglichkeit erhalten, Abgeordnete aus anderen EU-Mitgliedsstaaten oder des EU-Parlaments für besonders relevante europäische Debatten einzuladen. Diese können dazu beitragen, mögliche Auswirkungen von EU-bezogenen Bundestagsbeschlüssen auf andere Mitgliedsstaaten aus ihrer Perspektive zu erörtern. Damit würde nationale Gesetzgebung ihrer insgesamt gestiegenen europäischen Verantwortung gerecht, wie die Partei argumentiert (Die Linke 2014: 38-39). Darüber hinaus fordert Die Linke das Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen. Somit erhielten UnionsbürgerInnen das Recht, das aktive und passive Wahlrecht auf allen politischen Ebenen auszuüben.

Kritik am Einfluss der Wirtschaftslobby auf die EU-Gesetzgebung

Der Ausbau direktdemokratischer und parlamentarischer Beteiligungsmöglichkeiten am Gesetzgebungsprozess für UnionsbürgerInnen und Parlamente soll vor allem dazu dienen, den Einfluss der Wirtschaftslobby auf den Integrationsprozess zurückzudrängen. Hierin sieht die Partei eine besondere Notwendigkeit, trieben doch ihrer Ansicht nach WirtschaftslobbyistInnen die Deregulierung der Finanzmärkte voran. Den Einfluss der Wirtschaftslobbys hält sie für eine besondere Bedrohung der demokratischen Verfasstheit der Mitgliedsstaaten und der EU, weil wichtige EntscheidungsträgerInnen eine derartige Nähe zur Wirtschaft pflegten, sodass sie beträchtliche Zweifel an der Legitimität von Entscheidungen hegt:

Der wichtigste Dauerberater der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise war Goldman Sachs. Ihr Vertreter traf sich seit Beginn der Finanzkrise 48-mal mit Vertretern der Bundesregierung. Vorsitzender dieser US-Investmentbank ist der ehemalige EU-Kommissar Peter Sutherland. Von Goldman Sachs wechselte umgekehrt Mario Draghi zur Europäischen Zentralbank EZB und wurde deren Präsident. Der Wechsel von Bankern in die Politik und umgekehrt ist ein Ausdruck davon, dass die Interessen der Banken zunehmend Einfluss auf die Politik haben. (Die Linke 2014: 40)

Als Gegenmaßnahme setzt sich die Partei dafür ein, die Beteiligung von Interessenverbänden in Arbeitsprozessen für Verordnungen und Richtlinien kenntlich

zu machen. So sollen die UnionsbürgerInnen den Einfluss von Lobbyverbänden auf die Gesetzgebung transparenter nachvollziehen. Außerdem tritt die Partei für eine längere Karenzzeit für EU-KommissarInnen und hohe Beamte der EU ein, welche sich nach der Dauer der Amtsausführung zu richten hat. Hiervon verspricht sich die Partei, den Einfluss der Wirtschaftslobby durch das Expertenwissen ehemaliger politischer VerantwortungsträgerInnen auf den Gesetzgebungsprozess gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu minimieren.

Das internationalistische Selbstverständnis der Linkspartei

Nachdem ich die Positionen der Linkspartei zur Wirtschafts-, Sozial- und Demokratiep politik der EU untersucht habe, betrachte ich abschließend das internationalistische Selbstverständnis der Partei, das Rückschlüsse auf die Einstellung zur europäischen Integration und der EU erlaubt. Auch hierbei zeigt sich, dass die Positionen der Partei entlang der diffusen Dimension zur Legitimität der EU ambivalent sind: Einerseits lehnt sie die EU in ihrer jetzigen Konfiguration grundsätzlich ab, andererseits möchte sie die EU fundamental verändern. Diese Ambivalenz versucht sie, durch eine umso stärkere soziale und demokratische Vision der Integration aufzufangen, was auf hohe Zustimmungswerte entlang der diffusen Dimension zur Idee der Integration hindeutet.

Die weltanschaulichen Grundwerte der Partei deuten auf die Zustimmung zur Idee der Integration. Zu ihnen zählen Internationalismus, Solidarität und die Gleichwertigkeit jedes einzelnen Menschen. Diese Werte bezieht sie aus der Tradition der sozialistischen Arbeiter-

klasse, der sie sich verortet fühlt. Hieraus leitet sie einen kritischen Standpunkt gegenüber jedweden Formen von Nationalismus und die Notwendigkeit von internationaler Kooperation ab. Ihre Aufgabe sieht sie darin, die in Abhängigkeit arbeitenden, erwerbslosen und diskriminierten Menschen über ihre gemeinsamen Interessen zusammenzuführen. Zugleich kritisiert sie Versuche, Menschen aus nationalistischen Motiven zu spalten. Dieses Verständnis ist tief verankert im historischen Bewusstsein der Partei, wie sie bezugnehmend auf Karl Marx untermauert:

Auch heute gilt die Aufforderung von Karl Marx bei der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation vor 150 Jahren, dass es darauf ankomme, in allen „Kämpfen für Emanzipation fest beieinanderzustehen“ und sich gegen jede Politik zu wenden, die „mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt“. (Die Linke 2014: 5)

Ähnlich ihrer Wahrnehmung der historischen Entwicklung der Integration ist auch ihr Blick auf die Geschichte der Arbeiterklasse von einem Friedensnarrativ geprägt, das sie mit einem sozialen Narrativ kombiniert. So unterstreicht sie zu Beginn ihres Parteiprogramms die verheerenden Konsequenzen des Abbruchs der internationalen Solidarität innerhalb der europäischen Arbeiterschaft am Vorabend des Ersten Weltkrieges: Weil die Arbeiterschaft ihre Zusammenarbeit aufgab, konnten Könige, Großgrundbesitzer und „Hochfinanz“ für ihre Interessen Krieg führen, den Millionen Menschen – darunter viele Proletarier – mit ihrem Leben bezahlten. Statt Nationalismus brauche die Menschheit für ein friedliches Zusammenleben ko-

operative Konfliktlösungen, zwischenstaatliche Kooperation und gleichwertigen Dialog. Letztendlich könnten auch Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und gleichwertiger Teilhabe von Menschen nicht auf einzelne Nationalstaaten beschränkt bleiben, geschweige denn dort nachhaltig realisiert werden, ohne auch die globalen Ungleichgewichte zu bekämpfen. Andernfalls drohten Krisenerscheinungen in entfernten Regionen langfristig auf den eigenen Nationalstaat einzuwirken, wie etwa der Klimawandel oder der zahlenmäßige Anstieg von Armutsflüchtlingen belegten. Hieraus leitet sie die Aufgabe ab, als Partei die Lebensbindungen aller Menschen auf der Welt unabhängig ihrer ethnischen, nationalen oder sozio-ökonomischen Hintergründe zu verbessern.

Diesem Gesellschaftsverständnis steht jedoch nach Ansicht der Linkspartei die Logik des Kapitalismus entgegen. Weil es sich hierbei um ein globales Wirtschaftsmodell handelt, plädiert die Partei dementsprechend dafür, globale Regulierungsinstrumente aufzubauen und so die Steuerungsfähigkeit von Politik in einer globalisierten Ökonomie wiederzuerlangen. Analog zu den Prozessen in der EU kritisiert sie die Liberalisierung der Weltwirtschaft, wodurch globale Herrschaftseliten die Nationalstaaten aufgrund der Standortkonkurrenz und dem gegenseitigen Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Sozialstaatlichkeit und der demokratischen Teilhabe gegeneinander ausspielen konnten. So begreift sie die Weltwirtschaftskrise von 2008 nicht nur als eine Krise der politischen Regulation, sondern als eine Krise der Demokratie, indem eine „globale Oligarchie“ zunehmend die in den Nationalstaaten verankerten individuellen Rechte

und sozialstaatlichen Fortschritte unter ihrer Vorherrschaft untergrabe:

Es entwickelt sich eine Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Regulation. Die globalen Herrschaftseliten entscheiden nicht im Interesse der großen Mehrheit der Weltbevölkerung. Ihre Interessen laufen einer sozialen, ökologischen und friedlichen globalen Entwicklung entgegen. Die Staaten und die Weltgesellschaft bleiben Geisel der Vermögensbesitzer und Spekulanten. Standortkonkurrenz und der Kampf um knappe Ressourcen liefern ganze Kontinente und große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung einem hemmungslosen Unterbietungswettbewerb, dem Sozialabbau und der Ausplünderung aus. Die erkämpfte Demokratie, die eroberten individuellen Freiheiten und die sozialstaatlichen Fortschritte werden durch die Vorherrschaft einer globalen Oligarchie untergraben. (Die Linke 2011: 24)

Aus diesem Grund fordert Die Linke eine internationale Wirtschaftsdemokratie, in der die Nationalstaaten durch eine abgestimmte Kooperation auf Grundlage demokratischer Entscheidungen den Wirtschaftshandel auf globaler Ebene regulieren. Im Gegensatz dazu sieht sie in nationalistischer Politik gegen Prozesse der Globalisierung und Internationalisierung eine Gefahr, weil diese Politik notwendigerweise zum Scheitern verurteilt sei und die bisher international operierenden Wirtschaftsakteure weiterhin die steuer- und sozialpolitischen Regelungen der Nationalstaaten aufgrund der Standortkonkurrenz ausmanövrieren könnten.

Analog zu dieser Argumentation lehnt die Partei einen Rückzug auf den Nationalstaat innerhalb der EU ab, wenngleich sie diese als eine Bedrohung für viele Menschen wahrnimmt. Dies verdeutlicht die ambivalente Haltung entlang der diffusen Dimension der Legitimität der EU:

Viele Menschen sehen ihre Interessen in der Europäischen Union nicht gewahrt. Für sie wurde die EU von einer Hoffnung zu einer Bedrohung. Die Alternative ist nicht der Rückzug aus der Union, sondern der Kampf um ihre Veränderung. Ein Rückzug auf den Nationalstaat ist keine soziale und demokratische Alternative, sondern eine große Gefahr. Die einzelnen Mitgliedstaaten wären den sogenannten Finanzmärkten und einem verrohten Kapitalismus bedingungslos ausgeliefert. Nationalismus und Rassismus würden die Tagesordnung beherrschen. Daran kann und wird sich DIE LINKE nicht beteiligen. [...] Wir kämpfen um eine andere Politik für die Menschen in jeder Kommune, jedem Bundesland, in Deutschland und auch in der Europäischen Union. Diese Kämpfe sind untrennbar. (Die Linke 2014: 7)

Um die ambivalente Haltung der Partei zur Legitimität der EU zu verstehen, lohnt ein Blick aus zwei Perspektiven: Einerseits lehnt die Partei nationalistische Politik ab, weil sie darin kein Regulierungsinstrument für globale Wirtschaftsinterdependenzen sieht. Andererseits lehnt sie auch die gegenwärtige EU ab, weil sie in ihr aufgrund der Dominanz der Wirtschaftslobby ebenfalls kein Regulierungsinstrument, sondern vielmehr ein

Deregulierungsinstrument sieht, das darüber hinaus aufgrund technokratischer und intergouvernementaler Entscheidungsfindung mit einem erheblichen Demokratiedefizit behaftet sei. Dieses Dilemma versucht die Partei umso stärker durch die Vision eines demokratischen und sozialen Europa zu übermalen, indem sie proklamiert: „Wir lassen uns nicht darauf ein, uns zwischen einer neoliberalen EU und einem neoliberalen Nationalstaat zu entscheiden. [...] Wir streiten auf nationaler wie auf europäischer Ebene für soziale Forderungen und demokratische Rechte.“ (Die Linke 2014, 61)

Die ambivalente Einschätzung der Legitimität der EU spiegelt sich auch in der politischen Praxis der Partei wider. Obwohl sie als Partei das Ziel verfolgt, bei Wahlen ihren parlamentarischen Einfluss innerhalb des EU-Parlaments auszubauen, artikuliert sie beträchtliche Zweifel, inwiefern sie tatsächlich durch die parlamentarische Arbeit innerhalb der EU diese zu einer sozialeren und demokratischeren Union transformieren kann. Diese Konfliktlinie verläuft in der Partei zwischen einer reformistischen Politik der kleinen Schritte auf der einen Seite, wozu sie einen entsprechenden parlamentarischen Einfluss braucht, und einer Politik der Verhinderung weiterer Sozialkürzungen in einem grundsätzlich nicht reformfähigen Kapitalismus auf der anderen Seite, dessen Teil die EU ist.⁶ Dieses Spannungsverhältnis versucht sie programmatisch aufzuheben, indem sie die Notwendigkeit einer außerparlamentari-

schen Opposition betont, um im Parlament gegen neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitiken anzukämpfen: „Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich.“ (Die Linke 2011: 73) So erhofft sie sich mithilfe diverser sozialer Bewegungen und Gewerkschaften eine europaweite Vernetzung von linken Akteuren, um eine gesellschaftliche Gegenhegemonie zu schaffen, die sowohl in den Parlamenten, als auch auf der Straße in allen politischen Sachgebieten wirksam ist. Beispielsweise sollen Betriebsräte dazu beitragen, zusammen mit der Partei einen EU-weiten Austausch und eine stärkere Vernetzung und Institutionalisierung von sozialpolitischen Akteuren zu verwirklichen, um die Kämpfe von sozialen Bewegungen, Beschäftigten und Gewerkschaften in Form von Protesten und Streiks gegen Kürzungspolitikern erfolgreicher zu gestalten. Hierzu fordert die Partei das Recht auf politische Streiks in allen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere in Deutschland, wo dieses Recht bisher nicht existiert:

Ein soziales Europa kann nur von unten entstehen. Wir knüpfen an die tatsächlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und sozialen Kämpfe an, stehen an der Seite vieler Menschen in Europa, die sich gegen die Diktate der Troika, gegen Lohn- und Rentenkürzungen, Massenarbeitslosigkeit und Bankenrettungen zur Wehr setzen. Europaweite Proteste und koordinierte Generalstreiks – DIE LINKE ist Teil

⁶ Dieses Spannungsverhältnis ist nicht allein auf die EU beschränkt. Es ist insbesondere hinsichtlich der innerparteilichen Debatte um mögliche Regierungsbeteiligungen relevant. Zur Debatte um Regierungsbeteiligungen und Fundamentalopposition siehe Hoff 2014: 40-44, sowie Oppeland/Träger 2014: 140-154.

dieser europäischen und internationalen Solidarität. Zusammen mit Gewerkschaften und den europäischen Bewegungen streiten wir gegen die Kürzungspolitik und ein Europa des Wettbewerbs und der Konkurrenz. Zusammen mit europäischen linken Parteien in der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke. (Die Linke 2014: 61)

Die Ambivalenz gegenüber der Legitimität der EU drückt sich außerdem in der Forderung aus, die EU in den Fundamenten neu zu konzipieren. Einerseits suggeriert dies, dass eine allein inhaltliche Opposition gegenüber bestimmten EU-Politiken oder eine reformistische Strategie zu keiner substantiellen Veränderung der EU führen würde, wie Die Linke sie anstrebt. Nach Auffassung der Partei habe die EU aufgrund ihres technokratischen Charakters zur Entmutigung der BürgerInnen beigetragen, weil diese aufgrund der Konstituierung der EU kaum noch an politische Veränderungen glaubten. Andererseits ist sie sich der beträchtlichen Ressourcen der EU bewusst, welche für ein sozialeres Gesellschaftsmodell auf europäischer und globaler Ebene beitragen könnten. So könne nach Vorstellung der Linkspartei eine anders konzipierte EU einen entscheidenden Beitrag für eine solidarische Weltwirtschaft leisten und gleichberechtigte Beziehungen mit anderen Regionen in der Welt befördern:

Die Linke in Europa ist gefordert, den Kampf um die Europäische Union aufzunehmen. Ein anderes Europa, eine EU, die ihr Gestaltungspotenzial im Interesse von Millionen Menschen in aller Welt nutzt, ist möglich –

wenn es gelingt, die Politik und Entwicklung der Europäischen Union zu verändern, sie an Frieden und zivilen Konfliktlösungen zu orientieren, an Demokratie, die Überwindung des Patriarchats, an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die den Menschen dient. Dieses andere Europa kann entscheidend dazu beitragen, dass eine andere Welt möglich wird. (Die Linke: 2011, 68)

Hierzu nennt sie verschiedene Beispiele (Die Linke 2014: 66-68): So könnte die EU im Rahmen ihrer Außenhandelspolitik Auslandsdirektinvestitionen mit höheren Umwelt- und Sozialstands belegen. Sie könnte auch ihr wirtschaftliches Gewicht nutzen, um den internationalen Kapitalverkehr stärker zu regulieren und ein Verbot mit hochspekulativen Finanzprodukten oder eine restriktivere Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu ermöglichen. Oder sie könnte durch eine andere Konzeption der GAP Hungerskatastrophen vermeiden und insgesamt die Lebensqualität auf der Welt erhöhen. Die Ambivalenz hinsichtlich der Bewertung der Legitimität der EU versucht sie daher mithilfe der Vision von einer demokratischen und sozialen Union zu überzeichnen, mit der sie die Menschen zu einem gemeinsamen politischen Handeln und einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Partizipation mobilisieren möchte. Die hierdurch gewonnenen Erfahrungen von gemeinsamen politischen Kämpfen sollen dabei helfen, dem Ohnmachtsgefühl gegenüber den wahrgenommenen Missständen zu begegnen. Gerade darin sieht die Partei ein geeignetes Mittel, um nationalistische Ressentiments zu bekämpfen:

DIE LINKE wird dazu beitragen, die Kämpfe gegen neoliberale Politik in den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten zunehmend auch auf der Ebene der EU zu führen. Wir werden unsere europapolitischen Ansätze in Protesten gegen die Politik der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten ebenso vertreten wie in den Parlamenten aller Ebenen. Wir wollen die Menschen mit überzeugenden konkreten Projekten gewinnen, ihnen Mut machen, sich wieder politisch zu beteiligen. So können wir unser politisches Ziel einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Neugestaltung der Fundamente der Europäischen Union erreichen. So verhindern wir, dass Neofaschisten und Rassisten in den EU-Mitgliedstaaten Unterstützung für ihre menschenverachtenden Ideologien erhalten. (Die Linke 2011: 68)

Einordnung der Ergebnisse

Inwiefern weist die Verteilung der Zustimmungswerte entlang der diffusen und spezifischen Dimension auf eine EU-skeptische Einstellung? Hiernach müsste die Partei niedrige Zustimmungswerte auf der spezifischen Dimension und zugleich hohe Zustimmungswerte auf der diffusen Dimension aufweisen. Tatsächlich deutet ein rein schematischer Blick

zunächst auf eine EU-skeptische Einstellung hin. Unter Berücksichtigung der Argumente, die den Merkmalswerten zugrunde liegen, relativiert sich jedoch die EU-skeptische Verortung.

Auf der spezifischen Dimension weist die Partei überwiegend niedrige Zustimmungswerte auf, wie insbesondere die Einstellungen zur Wettbewerbs-, Währungs- und Krisenpolitik sowie zur Regulierung des Lobbyismus verdeutlichen. Lediglich in der Regional- und Kohäsionspolitik, der Antidiskriminierungspolitik und hinsichtlich europäischer Ansätze für eine stärkere Bürgerbeteiligung am Gesetzgebungsprozess besitzt sie hohe Zustimmungswerte. Auf der diffusen Dimension hat sie bei der Unterstützung für die Idee der Integration besonders hohe Zustimmungswerte, weil sie in der Integration die Möglichkeit sieht, ein demokratisches und soziales Europa zu verwirklichen, das in der Lage sei, die internationalen Wirtschaftsinterdependenzen zu regulieren. Entlang der diffusen Dimension der Legitimität der EU bezieht sie eine ambivalente Position: Obschon sie die Rechtsgrundlagen der EU ablehnt und demzufolge niedrige Zustimmungswerte aufweist, ist diese Ablehnung nicht prinzipieller Art, weil sie die EU als ein potentiellies Regulierungsinstrument für die Verwirklichung der eigenen Parteiziele anerkennt. Insofern sind die niedrigen Merkmalswerte bei der Legitimation der EU relativ zu betrachten. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Dimension Unterstützung	Sachgebiet	Unterstützung / Ablehnung
Diffus (Idee)	Souveränitätstransfer an supranationale Akteure	+
	Transnationale Demokratie	+
	Unionsbürgerschaft	+
	Vision einer Sozialunion	+
Diffus (Legitimität)	Rechtsgrundlagen der EU	-
	Anerkennungswürdigkeit der EU	+
spezifisch (Policy)	Wettbewerbspolitik	-
	Währungspolitik	-
	bisherige Finanzmarktregulierung	-
	Krisenpolitik (bes. Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, Troika, Austerität)	-
	Regional- und Kohäsionspolitik	+
	Antidiskriminierungspolitik	+
	Einfluss des Wirtschaftslobbyismus	-
	EU-Bürgerinitiative	+

Tab. 1: Merkmalswerte diffuse / spezifische Unterstützung, eigene Darstellung

Allerdings ist diese rein schematische Einteilung der Merkmalswerte auf der diffusen und spezifischen Dimension mit deutlichen Schwächen behaftet, weshalb sie nur eine äußerst begrenzte Aussagekraft über eine mögliche EU-skeptische Einstellung besitzt: Sie zeigt zwar das Ergebnis eines innerparteilichen Diskussionsprozesses, das die Partei in ihrem Programm festgehalten hat, jedoch kann die Einteilung nur ungenügend den Kontext der europapolitischen Positionierung berücksichtigen. Um die europapolitischen Positionen angemessen zu kategorisieren, ziehe ich daher auch die ihnen zugrunde liegenden Argumente heran. So argumentieren etwa Szczerbiak/Taggart (2008: 251-252), dass eine Kritik an der EU und ihrer Policies nicht

als EU-skeptisch typologisiert werden sollte, wenn sie die vorhandenen EU-Kompetenzen oder EU-weiten Regularien als unzulänglich bemängelt. Leconte drückt diese Sichtweise wie folgt aus: „Criticizing the EU for not being supranational or democratic enough cannot simply be equated with Euroscepticism.“ (Leconte 2010: 7) In diesem Lichte erscheint es sinnvoll, die spezifische und diffuse Kritik der Linkspartei an der EU nochmals entlang integrationistischer und souveränistischer Motive zu unterscheiden.

Um das bemängelte Demokratiedefizit der EU zu beheben, überwiegen im Programm integrationistische gegenüber souveränistischen Lösungsansätzen. Um die EU-Institutionen und ihre

Entscheidungen angemessen zu kontrollieren und zu legitimieren, plädiert die Partei insgesamt für eine Stärkung des EU-Parlaments und der europäischen Zivilgesellschaft, anstatt den Legitimierungsprozess von politischen Entscheidungen allein auf die nationale Ebene zurückzuverlagern. Tatsächlich legt Die Linke bei den geforderten Demokratiestandards der EU die aus den Nationalstaaten bekannten parlamentarischen Rechte zugrunde, wenn sie etwa schreibt:

Das Europäische Parlament hat weniger Befugnisse als jedes nationale Parlament: Es hat bisher nicht einmal das Recht auf Rechtsetzungsiniciativen. Auch unterliegt die EU-Kommission nicht der parlamentarischen Kontrolle durch das Europäische Parlament, wie dies bei den Regierungen der Mitgliedstaaten durch die jeweiligen Parlamente der Fall ist. (Die Linke 2014: 37)

Eine souveränistische Position nimmt sie lediglich gegenüber technokratischen Entscheidungen der Troika und den diskutierten Durchgriffsrechten der EU-Kommission auf nationalstaatliche Haushalte ein. Hierdurch befürchtet sie eine Verschärfung neoliberaler Politik. Etwasige Durchgriffsrechte zugunsten einer sozialeren Gesetzgebung in den Nationalstaaten lehnt sie allerdings nicht prinzipiell ab. Insgesamt betrachtet verweisen die Positionen hinsichtlich der demokratischen Verfasstheit der EU also nicht auf eine EU-skeptische Position.

Die von der Partei vertretenen Argumente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik deuten gleichermaßen auf integrationistische und souveränistische

Positionen. Indem sie die Vision eines sozialen und demokratischen Europa betont, versucht sie beide Positionen in das Programm zu integrieren. So lehnt sie einerseits eine neoliberale Vertiefung der EU ab und plädiert für die Verteidigung der Sozialstaatlichkeit auf nationaler Ebene. Andererseits fordert sie durchaus eine ökonomische und soziale Vertiefung der EU, um eine Sozialunion zu schaffen und auf EU-Ebene politische Steuerungsfähigkeit wiederzugewinnen. Innerhalb des Programms versucht sie beide Ansätze zu vereinen, indem sie schreibt: „Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht den Finanzmärkten opfert.“ (Die Linke 2011: 66) Dieser Satz erlaubt zwei Interpretationen: Aus souveränistischer Sicht spricht hieraus die Ablehnung der negativen Integration, wie sie durch den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, die Binnenmarktregelungen oder fiskalischen Durchgriffsrechten auf die nationalstaatlichen Haushalte befördert werde. Aus integrationistischer Sicht spricht hieraus die Befürwortung einer positiven Integration, wie sie die Partei durch die primärrechtliche Festschreibung sozialer Individualrechte, sozialer Mindeststandards, einen redistributiven Ausgleichsfonds innerhalb der Währungsunion oder die Einführung von Euro-Bonds verwirklichen möchte. In der Folge versucht sie, beide Denkweisen programmatisch zu vereinen, indem sie umso stärker ihre Unterstützung für die Idee eines sozialen und demokratischen Europa unterstreicht. So argumentiert sie, dass die EU in ihrer gegenwärtigen Form eine Gefahr für die europäische Idee darstelle, der sie sich doch verpflichtet fühlt: „Eine EU, die vor allem auf Standortkonkurrenz, Wettbewerb und Dumpingwettbewerb und deren militärische

Absicherung setzt, diskreditiert die europäische Idee.“ (Die Linke 2011: 7) Insofern verweisen die Positionen hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwar auf eine skeptische Einstellung gegenüber der gegenwärtigen EU, die allerdings Optionen für bestimmte Integrationschritte nicht prinzipiell entgegensteht, sofern sie der Parteivision eines vereinten sozialen und demokratischen Europa entsprechen.

Der Gegensatz zwischen der kritisch bewerteten gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits und den von der Partei zukünftig angestrebten Politiken andererseits führt mich zurück zur Frage, inwiefern die Partei ihre Vorstellungen einer demokratischen und sozialen Politik im Rahmen der EU überhaupt für umsetzbar hält. Sie ist untrennbar verbunden mit der Frage nach der Legitimität der EU: Hält sie die Implementierung ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der EU für möglich, deutet dies auf die Anerkennung ihrer Legitimität. Andersherum deuten Zweifel an der Umsetzbarkeit der eigenen Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der EU auf ihre Ablehnung. Mit diesen divergierenden Sichtweisen gehen unterschiedliche Formen der Opposition einher: Eine klassische Opposition lehnt hiernach die Politik der Regierung ab, während sie die Legitimität des politischen Systems aufgrund der potentiellen Veränderungsfähigkeit in Richtung der eigenen Politikvorstellungen anerkennt. Eine prinzipielle Opposition hingegen lehnt sowohl die Regierungspolitik als auch die Legitimität des gesamten politischen Systems ab, weil dessen Rechtsgrundlagen bereits eine Verwirklichung der eigenen Politik-

vorstellungen verbauen.⁷ Die Ablehnung der EU und ihrer Politiken führt sodann zu einer negativen Politisierung in Opposition zum politischen System der EU: „Once we cannot organize opposition in the EU, we are then almost forced to organize opposition to the EU.“ (Mair 2007: 7)

Die in den analysierten Programmen enthaltenen Positionen der Partei deuten in der Tat eher auf eine prinzipielle Opposition gegen diese EU denn auf eine klassische Opposition innerhalb der EU hin. Dies begründet sie mit der ungenügenden Legitimation der gegenwärtigen Vertragsgrundlagen, weil in den meisten Fällen die nationalen Exekutiven, nicht jedoch die Bevölkerungen in den Mitgliedsstaaten über diese entschieden haben. Außerdem schreiben die primärrechtlichen Regelungen eine negative Integration vor, weshalb die EU bereits in den Grundlagen gegen die Ziele der Partei gerichtet sei: „DIE LINKE hat die falschen Grundlagen der Europäischen Union von Anfang an kritisiert: Statt Frieden und soziale Gerechtigkeit für die Menschen in Europa steht die Freiheit der Märkte an erster Stelle.“ (Die Linke 2014: 61) Zugleich fehlen dem EU-Parlament die Legitimations- und Machtressourcen, um die Wirtschafts- und Sozialpolitik substantiell in eine andere Richtung zu lenken. Wenn jedoch die Partei die primärrechtlich verankerte Wirtschaftsweise der EU aus prinzipiellen Erwägungen ablehnt, ohne sie durch andere Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament ändern zu können, legt dies die Konsequenz nahe, eine prinzipielle Opposition auszuüben, die bei der kon-

⁷ Zu den verschiedenen Formen von Opposition – klassisch, prinzipiell oder gar eliminiert – siehe Kircheimer (1957).

stitutionellen Verfasstheit der EU ansetzt. Dies drückt die Partei auch offen aus:

DIE LINKE hat den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Die Gründe für diese Ablehnung haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Wir fordern eine Revision der Grundsatzverträge der EU, um einen Neustart für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu ermöglichen. Über neue EU-Verträge müssen in allen EU-Mitgliedstaaten Volksabstimmungen abgehalten werden. (Die Linke 2014: 11)

Dennoch lehnt sie die EU nicht prinzipiell ab, trotz des Zweifels an der Rechtmäßigkeit der Grundlagenverträge. So würde eine Minderung der gleichwohl als defizitär wahrgenommenen Handlungskompetenzen der EU auch die Instrumente zerstören, mit denen sie die katastrophalen Folgen der deregulierten Finanzmärkte potentiell einhegen möchte. Aufgrund der zu erschließenden Regulierungskapazitäten erkennt sie die EU als wichtige Plattform an. Deshalb übt sie in den wenngleich nur graduell vorhandenen Möglichkeiten durchaus Formen einer klassischen Opposition aus, indem sie sich aktiv in die von ihr begrüßten Politikfelder einbringt, wie die Beispiele der Antidiskriminierungs- sowie der Regional- und Kohäsionspolitik zeigen. Zugleich begegnet sie den konstitutionellen Defiziten der EU mit einem transformativen Anspruch, indem sie die vorhandenen Oppositionsmöglichkeiten innerhalb der EU zu erweitern versucht, wie die Unterstützung für die Idee eines Spitzenkandidaten bei den letzten EU-Parlamentswahlen oder für das Instrument der europäischen Bürgerinitiative

zeigen. Innerhalb Deutschlands – immerhin der wirtschaftlich und politisch bedeutendste Mitgliedsstaat der EU – gedenkt sie durch Formen der klassischen Opposition einen Richtungswechsel in der EU-Krisenpolitik sowie eine Weiterentwicklung der Währungsunion oder gar der Grundlagenverträge anzustoßen. Die verschiedenen Vorstellungen über die Legitimität der EU und die damit verbundene Art der Opposition beleuchte ich nun ausführlicher im Rahmen der Experteninterviews.

Die Legitimität der EU: Ergebnisse der ExpertInneninterviews

In diesem Abschnitt beantworte ich die zweite Forschungsfrage zu den unterschiedlichen innerparteilichen Bewertungen der Legitimität der EU, um die Tragweite der kontrastiven Auffassungen über die Veränderbarkeit der EU, ihrer Verteidigungswürdigkeit gegenüber EU-skeptischen Einstellungen und die angemessene Oppositionsausübung umfassend einordnen zu können. Zunächst stelle ich jedoch die gemeinsamen Positionen in der Krisenanalyse der vier Befragten dar, die innerhalb der Partei zu besonders gegensätzlichen Flügeln gehören. Anschließend teile ich die Befragten anhand ihrer Aussagen in reformorientierte und fundamentaloppositionelle Positionen ein. Diese Unterscheidung drängt sich anhand der Frage auf, was die Befragten unter einem „Neustart der EU“ verstehen und inwiefern sich Die Linke dafür einsetzen sollte, die EU zu reformieren oder zu bekämpfen. Abschließend skizziere ich mögliche Legitimationsressourcen und -defizite der EU, die aus den unterschiedlichen politischen Sozialisationen in Ost- und Westdeutschland erwachsen sind.

Name	Länge	Ort	Datum	Anmerkungen
ABC 1	40 min.	MdB-Büro	13.06.2016	- Befragte Person war unter Zeitdruck - Befragte Person mit „Du“ angesprochen
ABC 2	31 min.	MdB-Büro	14.06.2016	- Befragte Person mit „Du“ angesprochen
XYZ 1	56 min.	MdB-Büro	30.05.2016	- Befragte Person mit „Sie“ angesprochen
XYZ 2	42 min.	Restaurant im Reichstagsgebäude	23.06.2016	- Befragte Person war unter Zeitdruck - Befragte Person mit „Du“ angesprochen

Tab. 2: Übersicht der Interviews

Beiden Flügeln ist zunächst gemeinsam, dass sie die Krisenursachen weitestgehend ähnlich einschätzen: Die Finanz- und Bankenkrise habe sich aufgrund der Bankenrettungsmaßnahmen zu einer Staatsschuldenkrise und schließlich zu einer Krise des Sozialstaats, der Demokratie und der gesamten EU verschärft (XYZ 1: 8; ABC 1: 11; ABC 2: 7), wobei der Ursprung dieser Entwicklung außerhalb der EU ausgemacht wird, nämlich in den USA, maßgeblich verursacht durch die Pleite von Lehman Brothers. Den Bankrott bewerten die Befragten als symptomatisch für das neoliberale Wirtschaftssystem, in dem der Finanzsektor immer weiter an Bedeutung gewann und schließlich andere gesellschaftliche Bereiche dominierte. Durch die defizitäre Konstruktion der Währungsunion habe die Krise innerhalb der EU dann ihre spezifische Form angenommen, in der

einige Mitgliedsstaaten als Krisengewinner, andere als Krisenverlierer hervortreten. Daraus leiten die Euro-Staaten gegensätzliche Interessen ab, was eine Überwindung der Krise scheinbar unmöglich macht. Für diese Entwicklung machen die Befragten zwei Gründe aus: Erstens hätte die Mehrheit der europäischen Regierungen die Währungsunion rein monetarisch konzipiert, ohne sie mit politischen Steuerungsinstrumenten auszustatten, um den wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen den Mitgliedsstaaten zu begegnen (ABC 2: 7). Außerdem fehlten in der Währungsunion automatisch greifende Steuerungsmechanismen im Steuer- und Sozialrecht, um externe Schocks gleichmäßig auf die Euro-Mitglieder abzuleiten. Aufgrund dieser Defizite führte die Währungsunion nicht zur Angleichung, sondern zur Spaltung der Union:

Es war immer ein Fehler, die Währungsunion und die Bil-

derung der Euro-Zone vorzunehmen, ohne gleichzeitig eine wirklich tiefgehende politische und überhaupt in Ansätzen existente Sozialunion durchzuführen. Auch dass man die rein fiskalisch vorgenommen hat und nicht im Ansatz ökonomisch untersetzt hat, war ein riesiges Problem. Und mit der Krise zeigt sich, dass die Bildung der Euro-Zone im Grunde genommen auch ein ganzes Stück weit zur Spaltung der Europäischen Union als Institutionengefüge zur Folge hatte und am Ende Ausdruck des Satzes eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten war und ist. (ABC 1: 7)

Zweitens nutzten nach Ansicht der Befragten die neoliberal orientierten Regierungen den aus der Krise entstandenen Handlungsdruck, um im Rahmen der bestehenden EU-Strukturen ihre Wirtschaftsphilosophie verbindlich auf Kosten demokratischer und sozialer Standards vertraglich festzuschreiben. Dies erfolgte durch intergouvernemental ausgehandelte Sparprogramme, der Konstituierung des EFSF und später ESM und den von fast allen EU-Mitgliedsstaaten ratifizierten Fiskalpakt. Diese Maßnahmen zementierten eine neoliberale Politik auf Kosten der Sozialstaatlichkeit insbesondere in den Krisenstaaten:

Aber die Ausprägungen dieser Krise haben dann in den unterschiedlichen Wirtschaftsregionen unterschiedliche Formen angenommen. Und in der EU eben sehr spezifisch die Form, dass die Krise dann genutzt wurde, um eine Radikalisierung der ohnehin schon neoliberal

ausgerichteten Wirtschafts- und Währungsunion durchzusetzen – maßgeblich damals auf Druck der deutschen Regierung. [...] Und die Strukturen, die es in der EU gibt und auch in der Währungsunion, sind auch dafür dann nutzbar gewesen. Bis hin dann zu diesen Austeritätspaketen, angefangen bei Griechenland, Portugal, Irland, Zypern. Aber in der Tendenz (.) in der ganzen Euro-Zone wirksam dann über den Fiskalpakt. (XYZ 1: 8)

Die Befragten von beiden Flügeln teilen zudem die Einschätzung, dass insbesondere Deutschland durch seine exportorientierte Wirtschaft die Krise der Währungsunion mit verursacht habe. So hätten die Exporte Deutschlands in die Peripherie der Euro-Zone die dortigen Ökonomien unter Druck gesetzt, ohne dass diese ihre Wettbewerbsfähigkeit wie in der Vergangenheit durch eine Währungsabwertung wiedererlangen konnten. Dabei deuten die Befragten die starken Exporte Deutschlands als Folge der Niedriglohnpolitik der Agenda 2010. Insofern sei die Währungsfrage schlicht „eine Resultante aus dem Exportüberschuss, also aus dem Dumping-Geschäft der Deutschen“ (XYZ 2: 11). In der Krise sah die Bundesregierung jedoch keinen Anlass, ihre Export- und Niedriglohnpolitik zu ändern. Stattdessen nutzte sie ihren ökonomischen und politischen Einfluss innerhalb der EU (XYZ 1: 8; XYZ 1: 22; ABC 1: 23), um die Krisenursache von einer Finanz- zu einer Staatsschuldenkrise umzudeuten. Deshalb forderte sie von den anderen Mitgliedsstaaten nationale Sparprogramme ein, ohne die Defizite auf der Makroebene der Währungsunion zu thematisieren. Von der Austeritätspoli-

tik sei neben den akuten Krisenstaaten wie Griechenland auch das EU-Gründungsmitglied Frankreich betroffen. So nutze Deutschland die Einflusskanäle über die EU-Kommission, um neoliberale Arbeitsmarktreformen vom Nachbarstaat einzufordern (XYZ 1: 24). Zugleich machte Deutschland von seinem politischen Gewicht Gebrauch, um die Maastricht-Kriterien ohne Rücksicht auf die anderen Euro-Staaten zugunsten der eigenen nationalen Interessen anzupassen, indem es die Anhebung der zulässigen Grenze für nationale Leistungsbilanzüberschüsse von vier Prozent auf sechs Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung erzwang, wie die befragte Person XYZ 1 erklärt. Anders als bei fiskalischen Verletzungen sehen die Regelungen auf EU-Ebene bei Verstößen gegen Leistungsbilanzüberschüsse auch keine Sanktionen vor:

Und es geht nicht in einem Währungsraum, der dann starr ist sozusagen, dass ein Land wie Deutschland zum Beispiel immer exportiert in die Peripherie, in die schwächeren Ökonomien, wie das gegenwärtig der Fall ist. Und diese Ökonomien damit halt massiv unter Druck setzt. Deswegen gab es auf der EU-Ebene lange Zeit vier Prozent als Grenze für Leistungsbilanzüberschüsse. Das ist auf deutschen Druck auf sechs Prozent gesetzt worden und es ist nicht sanktionierbar (..) im Unterschied zu fiskalischen Fragen, zu den sogenannten Maastricht-Kriterien. (XYZ 1: 16)

VertreterInnen beider Flügel sprechen deshalb von einem „deutsche[n] Europa“ (ABC 1: 5) beziehungsweise einem „deutsch dominierten Europa“ (XYZ 1:

22), in dem die BürgerInnen der Krisenstaaten die Austeritätspolitik nicht durch einen Regierungswechsel abwählen können. So hätten die Verhandlungen der Syriza-Regierung mit den übrigen EU-Mitgliedsstaaten im Sommer 2015 gezeigt, dass sich erst innerhalb Deutschlands die Mehrheitsverhältnisse ändern müssten, um innerhalb der gesamten EU die gegenwärtige Sparpolitik zu beenden (ABC 1: 23). Wie wichtig andere Mehrheitsverhältnisse in Deutschland für die EU seien, untermauert die Aussage von XYZ 1, der den deutschen Regierungen unterstellt, seit 2009 nicht mehr auf Ausgleich innerhalb der EU bedacht zu sein. Stattdessen nutzten die deutschen Regierungen die vorhandenen Strukturen viel stärker, „um deutschnationale, deutsche nationale Interessen auf der europäischen Ebene umzusetzen“ (XYZ 1: 22).

Obschon die Befragten das Begriffspaar vom deutschen Europa verwenden, verbergen sich dahinter verschiedene Vorstellungen über den Charakter der EU, die bereits erste Rückschlüsse auf die unterschiedliche Bewertung der Legitimität der EU erlauben. So betont auf der einen Seite die befragte Person ABC 1, dass die EU eine gestaltbare Plattform sei, deren politische Entscheidungen maßgeblich von den Interessen und dem Durchsetzungswillen der besonders mächtigen Mitgliedsstaaten abhängig seien. So gebe es keine genuine Politik der EU, diese sei vielmehr Folge insbesondere der deutschen Hegemonie innerhalb der Institutionen:

Die Politik innerhalb Europas, und ich sage mit Absicht nicht der Europäischen Union, weil es gibt die Politik der Europäischen Union nicht, die Politik in Europa wird do-

miniert durch die Politik Deutschlands. Sie machen es nicht alleine, aber es ist schon ein sehr dominanter Part: siehe Schäuble, Bankenrettung und so weiter und so fort. (ABC 1: 25)

Auf der anderen Seite betont die befragte Person XYZ 2, dass die EU keine neutrale Plattform sei, weil sie bereits primärrechtlich angelegt neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitiken generiere. Daher würden nicht die Mitgliedsstaaten die Politikergebnisse der EU bestimmen, sondern diese in einem abhängigen Verhältnis zum Binnenmarkt der EU stehen. Weil der Einfluss der Wirtschaftsinteressen durch die EU so stark sei, dass selbst die Politik die Gestaltungsmacht über eine selbstbestimmte Regulierung der Ökonomie verloren habe, trägt dieser Befragte erhebliche Zweifel an der Legitimität der EU vor. Zwar verfechte Deutschland eine besonders neoliberale Politik innerhalb der EU, hinter dieser stünde aber der Einfluss deutscher Kapitalinteressen:

Ich spreche auch gerne vom deutschen Imperialismus im Kostüm der EU-Institutionen. [...] Ich will teilweise den Nationalstaat stärken und bin deswegen dennoch nicht der Meinung, dass die Deutschen, also die deutschen Konzerne, nicht Opfer sind, sondern Täter. Aber eben in den Brüsseler Institutionen im rosa Kostüm. (XYZ 2: 11)

Neustart: Reform oder Abschaffung der EU?

Diese unterschiedlichen Vorstellungen über die potentielle Gestaltungsmöglichkeit der EU sind innerhalb der Partei

schwer zusammenzubringen, folgen daraus doch gänzlich verschiedene strategische Handlungsanforderungen der Partei im Umgang mit der EU. So ziehen die VertreterInnen der einen Seite den Rückschluss, sich angesichts der aus ihrer Sicht vorhandenen Reformfähigkeit der EU innerhalb des Institutionengefüges für eine andere Integrationspolitik einzusetzen, die den Parteizielen einer sozialen und demokratischen EU näher kommen. Diese bezeichne ich im Folgenden als reformorientierte Befragte. Die VertreterInnen der anderen Seite plädieren angesichts ihrer Zweifel an der Reformierbarkeit der EU für ihre Abschaffung und fundamentale Neugründung. Diese bezeichne ich folgend als fundamentaloppositionelle Befragte, weil sie den Prozess der Integration zwar nicht ablehnen, das politische System der EU aber für illegitim halten. Der Konflikt zwischen beiden Gruppen kristallisiert sich aus der Formulierung „Neustart der EU“ innerhalb des Partei- und Europawahlprogramms heraus. Diese Formulierung wurde bewusst offen gewählt, damit sich beide Seiten mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen auf Kosten der inhaltlichen Präzisierung darin wiederfinden können. So behauptet ABC 1, dass er unter dem Begriff „gar nichts“ verstünde. (ABC 1: 9) Dieser sei lediglich

der klassische Formelkompromiss, der zwischen unterschiedlichen Gruppierungen in der Partei getroffen wurde. Die einen wollten die Europäische Union auflösen, um sie danach neu zu installieren. Wie das funktionieren soll, haben sie dabei nie erklärt. [...] Und es gab die anderen, die an die drei Punkte [die Strukturierbarkeit, Reformier-

barkeit und Evolutionierbarkeit, Anm. S.K.]⁸ geglaubt haben und deswegen dachten: Nein, man muss sich schon in den gegebenen Strukturen bewegen, um sie auch verändern zu können. (ABC 1: 9)

Die anderen Befragten bestätigen die Differenzen. So ermögliche der Begriff Neustart „einen Dauerformelkompromiss zwischen sehr auseinanderstrebenden, eigentlich schwer zu vereinbarenden Positionen“ innerhalb der Partei, weil „man zum einen an der Europäischen Union festhält, zum anderen aber auch nicht“. (ABC 2: 13) Dabei scheint die Auseinandersetzung mit den Konfliktlinien innerhalb des europäischen Dachverbands der EL zu korrelieren. So erklärt XYZ 1, dass die EL in ihrem Gründungsdokument von einer „Refoundation“ der EU spreche, worunter sich die Parteien sowohl eine Neubegründung als auch eine Neugründung der EU vorstellen können. Die Flügel innerhalb der Linkspartei hätten dann entweder die eine oder die andere Übersetzung bevorzugt (XYZ 1: 20). Weil der Konflikt die Partei seit ihrer Gründung begleite und insbesondere vor Europawahlen stets wieder auflebe, zielt der Begriff Neustart darauf ab, nach innen einen Formelkompromiss zu ermöglichen und die Flügelkämpfe einzuhegen und nach außen eine geschlossene Position in Fragen der europäischen Integration zu artikulieren. Allerdings deutet eine Aussage eher darauf hin, dass der Konflikt gar nicht

⁸ Kurz zuvor warf ABC 1 im Interview dem anderen innerparteilichen Flügel vor, nicht an die Entwicklungsfähigkeit der EU zu glauben: „Sie glauben nicht an die Strukturierbarkeit, an die Reformierbarkeit und Evolutionierbarkeit der existenten Europäischen Union.“ (ABC 1: 9)

ernsthaft ausgetragen werden soll. So erklärt XYZ 2, der sich während des Interviews als Schöpfer des Begriffs ausgibt, dass die innerparteiliche Polarisierung die Funktionsfähigkeit der Partei gefährde, würde ein Flügel den anderen in dieser Frage überstimmen:

Ich bin der Erfinder des Wortes. Wir haben eine Seite gehabt, die wollte die EU, so wie sie ist, beibehalten und in ihr reformieren. Die, die das reformieren wollten, nannten das Neubegründung. Die anderen wollten die Abschaffung dieser EU. Also „Reset“, wie man das nennt. Und ich habe gesagt, wenn wir die beiden Züge aufeinanderprallen lassen im Programm, haben wir eine ewige Diskussion. Wenn wir mit Mehrheit entscheiden, haben wir die Diskussion auch nicht beendet. Weil dann wird die unterlegene Seite ihre Medien und ihre Zeitungen bemühen und im *Spiegel* sagen, alle sind Europafeinde. Und die, die dann für manche Europafeinde sind, würden sich dann in der *jungen Welt* dagegen äußern. Eine wunderbare Voraussetzung. Also erfinden wir ein neues Wort. Es ist ein Stück Befriedung mit unlauteren Mitteln. Und habe das Wort Neustart da eingebracht. (XYZ 2: 9)

Reformpositionen innerhalb der Linkspartei: Integrationistische Visionen für eine politische Union

Welche gegensätzlichen Positionen und Vorstellungen nun genau durch den Begriff Neustart moderiert werden, ist Thema in diesem Abschnitt. Die reformorien-

tierten Befragten plädieren eindringlich dafür, die gegenwärtige EU trotz ihrer defizitären Konstruktion gegen die immer stärker werdenden Renationalisierungstendenzen zu verteidigen, um sie langfristig zu einer sozialen und demokratischen Union umzugestalten. Hierzu sollen die Mitgliedsstaaten einen Souveränitätstransfer an supranationale Institutionen durchführen, um die abhanden gekommene politische Steuerungsfähigkeit auf Grundlage demokratischer Legitimation wiederzugewinnen. Sie begreifen den Integrationsprozess als von den Interessen der ökonomisch und politisch hegemonialen Mitgliedsstaaten abhängig. Diese tragen als die Herren der Verträge eine Schlüsselverantwortung für den Zustand der Integration. Um sowohl Legitimität als auch Effektivität der EU zu stärken, muss sich ihrer Vorstellung nach die EU von den Nationalstaaten emanzipieren. Deshalb plädieren sie dafür, die Regierungen in den Kernstaaten der EU zu übernehmen, um so langfristig für die Vision der Vereinigten Staaten von Europa hinzuarbeiten.

Vehement sprechen sich die reformorientierten Befragten gegen die Abschaffung und Neugründung der EU aus, weil hinter der Forderung unklar bliebe, was sich innerhalb der EU überhaupt ändern sollte und durch welche Schritte diese Veränderungen erreicht werden könnten (ABC 2: 13). Diese Befragten zweifeln daran, dass eine grundlegende Neugründung der EU den Status quo aufgrund der immer stärker werdenden rechtspopulistischen Kräfte und der fortdauernden Dominanz neoliberaler Wirtschaftsvorstellungen im Sinne der Parteiziele überhaupt verbessern würde: „Wenn der Rahmen gerade schlechter geworden ist und wir darüber klagen,

dass alles irgendwie neoliberaler und böser wird, dann neu zu starten, dann gibt es ja keine bessere Europäische Union.“ (ABC 2: 13) Deshalb plädieren diese Befragten dafür, die EU trotz ihrer Schwächen zunächst als Errungenschaft gegenüber den aufkommenden Nationalisierungstendenzen zu verteidigen. So bereite ABC 2 nicht die defizitäre Konstruktion der EU die größte Sorge, sondern ihr mögliches Zerbrechen – symptomatisch eingeleitet durch ein erfolgreiches Brexit-Votum, das zum Zeitpunkt des Interviews noch ausstand (ABC 2: 5).

Wie bereits an anderer Stelle angedeutet, halten die reformorientierten Befragten den Integrationsprozess prinzipiell durch die politischen Rahmenbedingungen für gestaltbar: So durchlebte das Integrationsprojekt einen fortdauernden Evolutionsprozess, wodurch sich die EU stets den gegebenen Umständen anpassen konnte. Mit der Krise der Währungsunion und den damit verbundenen Krisen des Sozialstaats und der Demokratie erreichte die EU nun jedoch einen Scheidepunkt, an dem ihre Legitimität immer stärker infrage steht: Entweder droht sie aufgrund ihrer inneren Widersprüche zu zerbrechen, weil sie sich angesichts der multiplen Krisen als den Herausforderungen gegenüber nicht mehr anpassungs- und veränderungsfähig erweist (ABC 2: 5) oder die EU vollbringt tatsächlich einen evolutionären Sprung zu einer demokratischen und sozialen Union, wodurch sie ihre demokratisch legitimierte Steuerungsfähigkeit (wieder)erlangen könnte, wie ABC 1 bei der Erörterung seiner Vorstellungen eines Neustarts der EU erklärt:

Ich würde von einer Evolution, also einem evolutionären

Sprung, sprechen wollen, der (.) gerade in Krisenzeiten der Fiskalunion eine Sozialunion daneben stellt. [...] Und das zweite aktuelle Problem dieser Krisenerscheinung [...] ist natürlich daraus abgeleitet, die Krise der Demokratie, der demokratischen Vertretung, der demokratischen Repräsentation. Und da ist natürlich das europäische Haus etwas, was massiv unter einer Legitimationskrise leidet aufgrund des Aufbaus der Institutionen, die zu bestimmten Zeiten, und im Übrigen der EG und EWG und EGKS auch Sinn gemacht haben, das ist überhaupt keine Frage, aber die jetzt, glaube ich, in ihrer heutigen Struktur völlig überlebt sind und deshalb massiv reformiert und aus Sicht der Konservativen dann natürlich revolutioniert werden würde. Wo du also einen anderen Repräsentationsgedanken brauchst. Das sind die zwei Punkte, die ich unter einem Neustart verstehen würde. (ABC 1: 11)

Dieser evolutionäre Sprung gelingt nach Auffassung der reformorientierten Befragten aber nur, wenn die Mitgliedsstaaten weitere Kompetenzen im Sozialbereich an supranationale EU-Institutionen abgeben, um zumindest im Nachhinein die Defizite der Währungsunion zugunsten einer ausreichend legitimierten sozial- und wirtschaftspolitischen Koordination zu beheben (ABC 2: 9). Allerdings würden die nationalen Exekutiven die Weiterentwicklung der EU verhindern. So hätten die Regierungen bereits während der Verhandlungen über den Lissabon-Vertrag gezeigt, dass ihnen sowohl ein gemeinsamer politischer Wille als auch eine gemeinsame Vision über das Ziel

der Integration fehlt. Anstatt eine politische Debatte über die europäische Integration zu führen, hätten die nationalen Exekutiven lediglich durch zwischenstaatliche Deals ihre eigenen Interessen zu wahren versucht. Somit trieben sie die EU „in eine Entpolitisierung, in eine Bürokratisierung, in eine zunehmende (.) Basarhandelattitüde. Also: Gibst du mir, gebe ich dir. Und die Ideen- und Konzeptlosigkeit, dafür ist Lissabon Ausdruck.“ (ABC 1: 19) Deshalb müsse der Geltungsanspruch der Mitgliedsstaaten minimiert werden, um die Demokratie- und Legitimationskrise der EU zu lösen. Eine funktionierende EU gebe es nur, wenn sie sich von den nationalen Exekutiven emanzipiere:

In der Krise ist es deutlich geworden, es war aber eigentlich schon immer so: Es sind die Nationalstaaten, die nationalstaatlichen Regierungen, die (.) das europäische Haus immer wieder zum Wackeln und in eine tiefgreifende Legitimationskrise führen. Es sind die Interessen der Nationalstaaten. Wer also Europa will, muss zwangsläufig den Einfluss und die Dominanz der nationalen Exekutiven einschränken. (ABC 1: 13)

Daher setzen sich die reformorientierten Befragten dafür ein, den Ausbau der EU-Kompetenzen zu befördern und Renationalisierungsbestrebungen zu bekämpfen. Hierfür führen die Befragten eine ganze Reihe von Argumenten an: Das erste Argument rekurriert auf die Steuerungsfähigkeit in einer global vernetzten Wirtschaft. So seien in einer von Globalisierung und Digitalisierung geprägten Welt die auf den Nationalstaat beschränkten Regulationsinstrumente nicht ausrei-

chend, weshalb eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat keine angemessene Antwort auf globale Wirtschaftsprozesse sei (ABC 1: 7). Hierauf baut das zweite Argument auf, wonach die Nationalstaaten der EU auf sich allein gestellt keinerlei politisches oder ökonomisches Gewicht in der Welt besäßen, um eigene Werte und Ziele auf globaler Ebene durchzusetzen. Ohne EU wären sie einem massiven Bedeutungsverlust ausgesetzt. Das dritte Argument beruht auf normativen Vorstellungen einer vorgestellten linken Identität. So argumentiert ABC 2, dass Die Linke prinzipiell aufgrund ihres internationalistischen Anspruchs jede Form von Renationalisierung ablehnen müsse (ABC 2: 9). Auch wenn die Argumente zugunsten einer integrationistischen Position innerhalb der Partei umstritten seien, würden sie umso entschiedener Forderungen nach einer Renationalisierung widersprechen. Hierbei bezieht sich eine befragte Person direkt auf eine Aussage des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras von der Schwesterpartei Syriza, der eine soziale Lösung der Krise nur mithilfe einer Stärkung der EU-Kompetenzen für möglich hält:

Und von den ganzen Kasperköpfen, die sagen, man müsste raus aus der Euro-Zone und zurück in den Nationalstaat, das ist kompletter Unsinn. Das ist ökonomischer Unsinn, das ist fiskalpolitisch Unsinn. Ganz im Gegenteil: Tsipras hat ja mal gesagt, und er hat es gar nicht auf weitere Beitrittsländer bezogen, sondern in der Tat auf eine stärkere Verschränkung und Absprache europäischer Politik und er hat es im Bezug zur Euro-Zone gesagt, dass man nicht

weniger, sondern mehr Europa braucht. Europa ist nicht in der Krise, weil es zu viel Europa gab, sondern zu wenig gab. (ABC 1: 7)

Ein Regierungswechsel in einem einzigen Mitgliedsstaat sei jedoch nicht ausreichend, um einen substantiellen Wandel in der Krisenpolitik oder gar einen Souveränitätstransfer auf die EU-Ebene zu bewirken. Deshalb betont dieser Befragte die Notwendigkeit einer transnationalen Strategie, um andere Mehrheitsverhältnisse sowohl in den Krisen- als auch in den Kernstaaten der EU zu erringen. Sein Argument untermauert er mit den Erfahrungen aus den spanischen Wahlkämpfen. Dort verspricht die Linke, die nationalstaatlichen Kompetenzen im Wirtschafts- und Sozialbereich so weit wie möglich zu nutzen, um die Sparpolitik zurückzudrängen, betont dabei jedoch stets, dass ein grundlegender Richtungswechsel in der Krisenpolitik nur mit einem Regierungswechsel in Deutschland möglich sei (ABC 1: 25). Deshalb sei es geradezu naiv gewesen, als Teile der Linkspartei einschließlich der Parteivorsitzenden im Frühjahr 2015 im Wahlsieg von Syriza eine Trendwende in der Krisenpolitik heraufbeschworen (ABC 2: 31). Stattdessen habe Die Linke versäumt, als Vermittler zwischen der griechischen und deutschen Regierung zu dienen (ABC 2: 33). Zugleich habe Die Linke offenbart, dass sie kaum dazu in der Lage sei, politische Verantwortung in einer Krisensituation zu tragen, weil sich Teile der Linkspartei frühzeitig von Syriza distanziert hätten, nachdem die griechische Regierung die Sparprogramme weiterführte, um nicht die Währungsunion verlassen zu müssen. Dabei liege die Herausforderung gerade darin, in weiteren Staaten die Regierungsverantwortung

tung zu übernehmen, um so die Richtung der EU essentiell zu verändern. Als Negativbeispiel nennt ABC 1 die sozialdemokratischen Regierungen Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre in den Kernstaaten der EU – Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Spanien –, die das Integrationsprojekt einer marktliberalen Agenda unterworfen haben (ABC 1: 25). Aus seiner Sicht müsse Die Linke als Teil der EL dazu beitragen, durch die Regierungsübernahme in Deutschland die Möglichkeit zu eröffnen, die EU insgesamt sozialer und demokratischer mit einem Ausbau supranationaler Entscheidungsprozeduren zu reformieren. Weil die Mitgliedsstaaten im Rat der EU die Leitlinien der Integration festlegen und als Herren der Verträge gelten, müsse Die Linke das, was sie von der EU verlangt, zunächst in den Mitgliedsstaaten erkämpfen, ohne einen Antagonismus zwischen nationaler und europäischer Ebene zu bedienen:

Und wer diese Kritik an der EU ernst meint, [...] der muss dazu kommen zu sagen: Deshalb müssen wir uns zuerst auf nationalstaatlicher Ebene um andere Mehrheitsverhältnisse kümmern, und muss dann über diese anderen Mehrheitsverhältnisse zu einem anderen europäischen Projekt, zu einem anderen Aushandlungsprozess kommen. Und du musst vor allen Dingen das, was du von Europa einforderst, die sollen mehr auf die sozialen Grundrechte Acht geben, sie sollen mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, sie sollen für Steuergerechtigkeit [sorgen, Anm. S.K.]. [...] Also, wer alles das an der europäischen Realität kri-

tisiert, der muss eben sagen: Das kriegst du nur weg, wenn du in den Nationalstaaten Mehrheiten veränderst. (ABC 1: 25)

Wie stark die integrationistische Position dieser Befragtengruppe ausgeprägt ist, zeigt das langfristige Ziel, das sie mit der europäischen Integration verfolgen. Sie wollen die Vereinigung des Kontinentes mit einer gemeinsamen Währung, Sozialpolitik und demokratisch legitimierten europäischen Regierung. Angesichts der Renationalisierungstendenzen sei dieses Ziel gegenwärtig nicht zu verwirklichen. Aber vor allem gegen fundamentaloppositionelle Einstellungen innerhalb der Partei vertreten sie diese Vision, um so die Partei insgesamt stärker zu einer integrationsbefürwortenden Position zu drängen. Wie diese Vision der Vereinigten Staaten dann in der Realität aussehen könnte, skizziert ABC 2:

Also wenn wir jetzt unser Europa neu skizzieren könnten, ohne dass ich jetzt berücksichtigen muss, wie das in anderen Staaten gesehen wird, dann würde ich tatsächlich sagen, dass wir ein gemeinsames europäisches Parlament mit richtigem Budgetrecht, einer richtigen Entscheidung, eine richtige europäische Bundesregierung zu wählen, haben sollten. Das dürfte dann auch nicht mehr so ein Repräsentanzmodell aller möglichen Mitgliedsstaaten sein, sondern das sollte dann im Idealfall eine politisch zusammengesetzte Regierung sein, der dann eine zweite Kammer zur Seite gestellt wird, die die Mitgliedsstaaten und deren Interessen vertritt. Da kann man gerne das Modell der

Bundesrepublik nehmen und so eine Art Bundesrat schaffen, wo die Mitgliedsstaaten dann auch viele Rechte haben können und – das ist ja in Deutschland auch so – vieles blockieren und mit beeinflussen können. Das kann alles so sein. Aber ich wünsche mir schon eine richtige Regierung und ein richtiges Parlament. [...] Aber mein Ziel wäre tatsächlich das: ein richtiger Bundesstaat. Mit einer richtigen Bundesregierung. (ABC 2: 16)

Fundamentalopposition innerhalb der Linkspartei: Souveränistische Positionen gegen eine neoliberale EU

Die fundamentaloppositionellen Befragten begründen ihre Einstellung mit den Folgen der negativen Integration auf den nationalstaatlich verankerten Sozialstaat. An der Reformierbarkeit der EU zweifeln sie aufgrund ihres fehlenden wirtschaftsneutralen Charakters. Die EU sehen sie als fest in der Hand transnationaler Kapitalinteressen, welche die Mitgliedsstaaten um die besseren Wettbewerbsbedingungen gegeneinander ausspielten. Folglich beschreiben sie das Verhältnis zwischen Nationalstaat und EU als dualistisch zwischen sozialstaatlichen (nationalen) und neoliberalen (europäischen) Merkmalen. Aus diesem Grund bewerten sie die Währungsunion äußerst kritisch und lehnen Reformbemühungen zur Vertiefung der EU ab. Dennoch bewerten sie die Idee der europäischen Integration positiv, allerdings beziehen sie sich dabei auf sekundäre Politikfelder der EU und auf europäische Institutionen außerhalb der EU, wie etwa den EGMR.

Die Befragten des fundamentaloppositionellen Flügels betonen die aus der europäischen Integration resultierenden Konsequenzen für die sozialstaatlichen Regelungen in den Mitgliedsstaaten. So verstehen sie die EU keinesfalls als ein wirtschaftsneutrales System: Die EU würde aufgrund ihrer primärrechtlichen Regelungen eine neoliberale Politik in den Mitgliedsstaaten auf Kosten der nationalstaatlich verankerten Sozialstaatlichkeit befördern, indem sie einen Unterbietungswettbewerb der Mitgliedsstaaten um die besseren Standortvorteile für Investoren antreibt (XYZ 1: 28; XYZ 2: 7): Wenn die Sozialstaatlichkeit nicht auf EU-Ebene primärrechtlich verankert ist, zugleich aber eine Harmonisierung des Wettbewerbsrechts über die EU stattfindet, folge daraus ein Unterbietungswettbewerb im Sozialbereich zwischen den Mitgliedsstaaten, ohne dass die Arbeitnehmer sich auf einklagbare Rechte auf EU-Ebene beziehen könnten. XYZ 2 beschreibt die EU daher als Freihandelszone:

Wir haben generell rechtlich verbindlich den *race to the bottom*. Also überall, wo man soziale Standards senkt, Löhne senkt, Kapitalsteuern senkt, Körperschaftssteuern senkt und überall dort, wo man ein *race to the top* hat, also höhere ökologische, höhere soziale [Standards, Anm. S.K.], gibt es kein einklagbares Recht, sondern nur verbale Girlanden. Und das ist das Problem dieser EU, weshalb sie doch eben eine etwas grün, rosa, grünlich rosa angestrichene Freihandelszone ist. (XYZ 2: 7)

Aufgrund des neoliberalen Charakters assoziieren diese Befragten die EU vor

allem mit einer starken transnational agierenden Wirtschaftslobby (XYZ 1: 4, 6; XYZ 2: 5, 7, 19). Diese Lobby habe die neoliberale Verrechtlichung der europäischen Integration vorangetrieben und nutze diese, um die sozialen Standards der Mitgliedsstaaten auf Kosten der Arbeitnehmerrechte gegeneinander auszuspielen. So argumentiert XYZ 2 mit dem Verweis auf das „Viking“- und „Laval“-Urteil des EuGH, dass die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt Priorität gegenüber den gewerkschaftlichen Rechten, insbesondere dem Streikrecht, besitze (XYZ 2: 9).

Anders als die reformorientierten Interviewten zweifeln sie jedoch erheblich an der Reformfähigkeit der EU hin zu einer sozialeren Integration. Die vertraglichen Grundlagen seien bereits so konzipiert, dass die EU kaum durch eine Sozialunion komplementiert werden könne, weil dies die Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten verlange. Sozialstaatliche Rechte innerhalb der EU könnten deshalb höchstens durch Druck von außen erkämpft werden. Doch dafür bestehe zurzeit kaum Hoffnung, so „müsste schon richtig was passieren“ (XYZ 2: 13), damit sich die EU in diese Richtung bewege. Angesichts dieser pessimistischen Einschätzung ist für beide Befragten selbstverständlich, dass sie die EU bereits in ihren Grundlagen ablehnen. Ohne Sozialstaatlichkeit in den Primärverträgen werde sich daran nichts ändern:

Du hast ja zum Beispiel in Deutschland... – im Grundgesetz hast du ja noch stark verankerte Rechte: Sozialstaatsgebot angefangen bis hin zu Betriebsverfassungsgesetz und so weiter, die noch – ich sage mal in einer vor-EU-liberalen Zeit – ge-

schrieben wurden und damit eigentlich die Rechtsstellung der Beschäftigten (...) stärker machen. Und auf der EU-Ebene hast du (mehrmaliges Anfangen des Satzes) sie nicht in den Grundlagen. Deswegen haben wir sie ja immer abgelehnt als Linke. Wir haben ja immer von Maastricht über (...) Nizza bis zum Lissabon-Vertrag... – haben wir immer, die verschiedenen Linken, PDS seinerzeit und noch andere Linke, die es da gab, haben wir diese Verträge immer kritisiert und abgelehnt, weil sie eben diese neoliberale Orientierung haben. (XYZ 1: 28)

Weil die EU nicht reformierbar sei, plädieren die Befragten dafür, die rechts- und sozialstaatlichen Prinzipien der Mitgliedsstaaten gegen die vorangetriebene Neoliberalisierung der mit der EU assoziierten Wirtschaftslobby zu verteidigen. Anders als die reformorientierten Befragten erwähnen sie mit Ausnahme Deutschlands keine weiteren Mitgliedsstaaten, die mitverantwortlich für die neoliberale Wirtschaftsweise der EU seien. Vielmehr sei „der Nationalstaat möglicherweise als Zwischeninstanz gar nicht so ausgedient, wie er wirkt. Sondern er ist noch viel moderner, weil er einen großen Rechtsbestand dessen hat, was auf überregionaler Ebene gar nicht zu finden ist – eben sozialstaatlich und rechtsstaatlich.“ (XYZ 2: 11)

Die Fragen über eine mögliche Vertiefung der EU-Integration im Wirtschafts- und Sozialbereich beantworten sie folglich eher leidenschaftslos bis ablehnend. Obschon diese Befragten das Hauptproblem der Währungsunion in den deutschen Exportüberschüssen sehen, fordern sie nicht explizit, die Währungs-

union abzuwickeln. Allerdings erlauben die Aussagen der Befragten zumindest implizite Rückschlüsse in diese Richtung: So verweist XYZ 1 ausführlich auf die Krisenpolitik Islands als ein Positivbeispiel im Kontrast zur Euro-Zone. Island war ebenfalls massiv von der Finanzkrise betroffen, setzte jedoch aufgrund seiner Souveränität in der Währungspolitik ein umfangreiches Sozialprogramm um, indem es den Wert der nationalen Währung absenkte. Im Ergebnis sei das Land besser als alle anderen Staaten der Euro-Zone aus der Krise herausgekommen, obwohl der einstmalige EU-Kommissionspräsident vom damaligen EU-Beitrittskandidaten Island ein Sparprogramm wie in Griechenland eingefordert hatte. Barroso „wollte ein ähnliches Programm wie in Griechenland. Aber Island ist super rausgekommen. Und dazu gehört auch die Flexibilität der Währungsfrage.“ (XYZ 1: 16) Eine nationale Währung sei für sich gesprochen aber kein linkes Projekt. Ob Euro oder nationale Währungen – entscheidend sei, inwiefern sie die Umsetzung linker Politik erlauben. „Ich würde da gerne offen bleiben“, meint etwa XYZ 2 mit Verweis auf verschiedene Währungskonzepte. Dabei betont auch dieser Befragte, dass ein Ende der Währungsunion „für uns alle nicht so toll“ sein würde (XYZ 2: 11). Deutlich lehnen die Befragten eine Vertiefung der Währungsunion ab und begründen dies mit den negativen Erfahrungen, welche sie und die Gewerkschaften auf der EU-Ebene gesammelt hätten. So befürchtet XYZ 1 hierdurch weitere Eingriffe in die sozialen Rechte der ArbeitnehmerInnenseite: Im Interview berichtet er von einer Konferenz in Brüssel, auf der die EU-Kommission Vorschläge zum Ausbau der sozialen Rechte in der EU zur Diskussion

gestellt habe. Dabei habe es sich jedoch um einen reinen Katalog mit „den ganzen neoliberalen Wirtschaftskriterien“ zur „Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion zum Leistungsscreening der verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten“ gehandelt. (XYZ 1: 28) Zugleich grenzen sich die Befragten gegenüber nationalistischen Positionen ab. Allerdings sehen sie hier die EU und ihre Sparprogramme verantwortlich dafür, dass in den Mitgliedsstaaten immer stärkere Renationalisierungstendenzen aufkommen (XYZ 1: 24). Eine Stärkung der EU-Ebene können sich die Befragten lediglich punktuell vorstellen. So sei die EZB „von den kapitalistischen Nationalbanken die neoliberalste“, weshalb sie in Zukunft neben der Geldwertstabilität auch Ziele wie die Armutsbekämpfung verfolgen solle. (XYZ 1: 20) Hierzu müsse die Währungspolitik der EZB durch das EU-Parlament kontrolliert werden (XYZ 1: 20, 26).

Auch wenn die Befragten die vertraglichen Grundlagen der EU ablehnen, befürworten sie die grenzüberschreitende Kooperation und erwähnen zumindest punktuell Beispiele, in denen die Politiken der EU einen positiven Einfluss auf Deutschland ausübten. Allerdings gehören sie nicht zu den untersuchten Politikfeldern der Demokratie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. So hob XYZ 1 die kommunale und regionale Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen hervor (XYZ 1: 30). Ebenfalls positiv bewerteten beide Befragte die Umweltstandards der EU, welche in vielen Fällen die nationalstaatlichen Standards überträfen. Gerade im Umweltbereich plädieren diese Befragten für eine stärkere Europäisierung. So könne der Anteil der Atomenergie in einigen Nachbarstaaten Deutschlands gesenkt werden, indem die EU dazu bei-

trägt, die Stromnetze für erneuerbare Energien transnational auszubauen (XYZ 1: 30; XYZ 2: 15). Eine rein national dominierte Politik sei im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik hingegen völlig ineffizient. Außerdem lobten XYZ 1 und XYZ 2 die in der EMRK individualrechtlich verankerten Menschenrechte auf europäischer Ebene. Diese Beispiele deuten darauf hin, dass diese Befragten die europäische Integration nicht alleine auf die EU beschränken, sondern die Rolle weiterer Institutionen außerhalb der EU betonen. Hierzu zählen neben dem Europarat auch die EMRK und der EGMR (XYZ 1: 34; XYZ 2: 13, 15).

Legitimationsressourcen und -defizite der EU auf der diffusen Dimension

Woher kommen die verschiedenen Bewertungen des Integrationsprozesses und der Legitimität der EU? Die Befragten haben während der Interviews biografische Hintergründe über ihre politische Sozialisation gegeben, welche Hinweise auf mögliche Ursachen für die unterschiedliche Bewertung der Legitimität der EU geben. Hierbei korrelieren die fundamentaloppositionellen Einstellungen mit der politischen Sozialisation in der alten Bundesrepublik, während die reformorientierten Positionen mit der politischen Sozialisation in der Wendezeit in Ostdeutschland korrelieren. Eine Betrachtung der politischen Sozialisation ist vor allem deshalb wichtig, weil sie wesentlich zur Entwicklung von diffuser Unterstützung für politische Systeme beiträgt. Die Aussagen in den Interviews lassen vermuten, dass die in Ostdeutschland sozialisierten Befragten sich weniger mit der Bundesrepublik identifizieren als die in Westdeutschland sozialisierten. Die ostdeutschen Befragten haben stärkere positive Assoziationen mit der EU

als ihre westdeutschen ParteikollegInnen und sind eher dazu geneigt, ihre Kritik an der EU nicht mit einer prinzipiellen Ablehnung der konstitutionellen Verfasstheit der EU zu verbinden, sondern sie moderat in eine positive Vision der Integration eingebettet zu üben. Die in Westdeutschland sozialisierten Befragten haben einen stärkeren Positivbezug auf die im Grundgesetz verankerte Sozialstaatlichkeit. Ihre Kritik ist prinzipieller Art und beruht auf Erfahrungen in der Vergangenheit, wonach die EU die Sozialstaatlichkeit immer weiter unterminiert habe.

Am Anfang der Interviews haben sämtliche Befragten dargelegt, was sie mit der EU assoziieren. Beide reformorientierten Befragten verwiesen auf ihre Erfahrungen während der Wendezeit, als sie an den Anfängen ihrer politischen Sozialisation standen, die einen grundsätzlich positiven Blick auf die europäische Integration befördert haben. In den Interviews kristallisierten sich vor allem drei Punkte heraus: Erstens entwickelten die Befragten aufgrund des Zusammenbruchs der DDR und der absehbaren Vereinigung mit der Bundesrepublik, die sie jedoch ablehnten, eine umso positivere Identifikation mit Europa. Dies traf nicht nur auf die AnhängerInnen der PDS zu. (ABC 2: 19) So zählte sich eine befragte Person der damaligen ostdeutschen „undogmatischen linksradikalen Szene“ zugehörig, in der diese sich seinerzeit für eine Reform der DDR zu einem liberalen sozialistischen Staat eingesetzt habe. (ABC 1: 5) Als sich dann jedoch die „Wiedervereinigung“ abzeichnete, plädierte diese Person dafür, die vergrößerte Bundesrepublik wenigstens so stark wie möglich im Institutionengefüge der EG einzuhegen, um kein deutsches Europa, sondern ein europäisches

Deutschland zu schaffen. Die Institutionen der EG erscheinen ABC 1 in einem besonders positiven Licht, weil die Bundesrepublik für die Wiedervereinigung zunächst die Zustimmung anderer europäischer Staaten erhalten musste. Die starke Identifikation der reformorientierten Befragten mit dem europäischen Integrationsprojekt wirkt zudem als ein Ersatz für die fehlende Identifikation mit der Bundesrepublik. Dies wird durch eine positive Bewertung der Symbole der EU deutlich, die ABC 1 denen der Bundesrepublik entgegen stellt:

Und als dann vor allem in Sachsen und überall in Ostdeutschland, als es dann so aussieht, dass es keinen libertären sozialistischen deutschen Staat geben wird, sondern die Wiedervereinigung unbedingt kommen sollte, hatten wir natürlich riesige Probleme damit und wollten nicht zur Birne [gemeint ist der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, Anm. S.K.] mit dazugehören. [...] Und deshalb waren wir froh, dass damals die europäischen Institutionen existiert haben, weil sich nämlich die deutsche Wiedervereinigung einhegen musste in ein europäisches Institutionengefüge. [...] Aber deswegen, wenn ich an Europa denke, denke ich an das Positive und die Zeit 1989/90, und ich war bei jedem froh, der dafür gesorgt hat, dass neben der deutschen Flagge am Reichstag, als die dort so schrecklich ins Mikrofon gesungen haben bei der Wiedervereinigungsfeier, dass daneben direkt auch die EU-Flagge hochgezogen wurde. (ABC 1: 5)

Zweitens erhofften sich die Befragten, die politische Bedeutung der PDS in einem vereinigten Deutschland über die europäische Ebene zu stärken. War die damalige PDS zur Wendezeit in Ostdeutschland zumindest organisatorisch verankert, war sie im Westen Deutschlands als Nachfolgepartei der SED völlig delegitimiert. Deshalb drohte ihr im vereinigten Deutschland ein vollkommener Bedeutungsverlust. Während der Wendezeit machten die AnhängerInnen der PDS jedoch die Erfahrung, dass europäische Staats- und Regierungschefs angesichts der Verhandlungen um die Vereinigung Deutschlands die SED beziehungsweise die PDS als legitime und wichtige Akteure betrachteten – anders als westdeutsche PolitikerInnen. In der Folge hätten, so ABC 2, die AnhängerInnen der PDS gehofft, über die europäische Integration ihre neue Rolle im politischen System der Bundesrepublik und der damaligen EG zu finden:

Ich erinnere mich noch, wie damals Mitterand die Regierung Hans Modrow besucht hat. Das war damals so ein Zeichen Anfang 1990, wo Hans Modrow schon fast abgemeldet war. Wo man gemerkt hat: In Europa hätten wir einen Platz, im vereinigten Deutschland verschwinden wir einfach. Und ich glaube, dieser positive Blick auf Europa im Verhältnis zu Bonn, dann später Berlin, der ist im PDS-Teil unserer Partei geblieben. Das ist eine positive Assoziation. (ABC 2: 19)

Drittens hätten die neuen Bundesländer in Zeiten der Transformation spürbar von der Regional- und Kohäsionspolitik der EU profitiert. Die Unterstützung von der EU sei umso auffälliger gewesen ange-

sichts einer hohen Arbeitslosigkeit, durch die sich Desillusionierung und Hoffnungslosigkeit verbreiteten. Deshalb sei jede Hilfe willkommen gewesen. Die Zustimmung zum spezifischen Politikfeld der Regionalpolitik habe zu einer stärkeren Zustimmung auf der diffusen Dimension der Legitimität geführt, weil die EU für die Menschen durch ihre Förderprogramme auch symbolisch sichtbar wurde. Diese Erfahrung prägte noch heute ein positives Bild von der EU:

Hinzu kommt, dass alle sehen konnten, dass in den neuen Bundesländern auch extrem viel getan wurde von der Europäischen Union. Also ganz praktisch die Schilder mit der blauen Europafahne vor – zwar manchmal leer stehenden – Gewerbezentren, aber immerhin. Also, Dinge sind gebaut und entwickelt worden. Man hat gesehen, Europa ist für uns etwas Sichtbares. Wir haben davon etwas. Die ganzen Arbeitsförderungsprogramme, und was es alles gab. Und ich glaube, daraus resultiert ein entspannt bis positiver Blick auf die Europäische Union in dem Teil der PDS, in dem Teil der Linkspartei. (ABC 2: 19)

Im Gegensatz dazu verbinden die fundamentaloppositionellen Befragten mit der EU schon lange keine positiven Assoziationen mehr. Die Interviews deuten auf drei Gründe hin. Erstens fühlen sich diese Befragten vom Integrationsprozess hintergangen, der als Friedensprojekt begann, aber nur Wirtschaftsinteressen nutzte. Die positiven Assoziationen finden sich höchstens in den Erinnerungen aus der Jugendzeit, als der Integrationsprozess noch ganz am Anfang stand.

Hierbei steht der Bedeutungsverlust der Grenzen, die Vorstellung von einem Europa als Friedensprojekt und als Hoffnung auf sozialen Ausgleich im Mittelpunkt. Diese Einstellungen seien damals in der Bundesrepublik weitverbreitet gewesen, wie die beiden Befragten dieser Gruppe mitteilen. Doch hätte die marktliberale Wirtschaftslobby diese positive Assoziation von Anfang an für sich nutzbar gemacht (XYZ 1: 4, 6; XYZ 2: 5, 7). Im Namen der europäischen Zusammenarbeit begann sie die nationalstaatlichen Regulierungsinstrumente niederzureißen:

I: Ganz allgemein gefragt, welche Assoziationen hast du denn zuerst, wenn du an die Europäische Union denkst?

XYZ 2: Freihandelszone.

I: Vielleicht noch ausführlicher?

XYZ 2: Freihandelszone. Ursprünglich gedacht als Friedensprojekt, als ich noch jung war, als alle Europäer sein wollten. Auch sozialer Ausgleich. Viele linke Sozialdemokraten, darunter auch mein Vater, haben darin eine große Hoffnung gesehen. Dann zunehmend gerät es in die Hand [der Neoliberalen, Anm. S.K.] wie so viele gute Forderungen. Ich erinnere mich noch, wie der Helmut Kohl den Begriff „Solidaritätsbeitrag“ erfunden hat und das Wort „Reformen“ in Verfall geraten ist, wie viele gute Worte. Ich würde auch sagen: das Trojanische Pferd, in dem sich die neoliberale Freihandelsideologie verstecken konnte. (XYZ 2: 2-5)

Zweitens verdienen die Verfassungen der EU-Mitgliedsstaaten in der Vorstellung dieser Befragten aufgrund ihres

rechts- und sozialstaatlichen Charakters einen besonderen Schutz (XYZ 1: 28; XYZ 2: 11), während sie die EU aufgrund des neoliberalen Primärrechts als Gefahr für den nationalen Sozialstaat wahrnehmen. Hieraus leiten diese Befragten die Forderung ab, die Integration aus Rücksicht auf den nationalen Wohlfahrtsstaat nicht weiter zu vertiefen. Außerdem sehen sie in den Verfassungstraditionen der EU-Mitgliedsstaaten eine wichtige Ressource im Kampf gegen die technokratischen Sparvorgaben der Troika. Deshalb müsse die nationale Ebene gegen den Verlust weiterer Kompetenzen an die EU-Ebene unbedingt verteidigt werden:

Wir haben eine relativ gute Verfassung. Sie ist zwar nicht 1989 plebiszitär bestätigt worden, aber sie ist doch ganz gut. Die Griechen haben eine ganz gute Verfassung, weil die einen Militärputsch hatten, einen faschistischen, und als Antwort darauf ein paar Regeln gemacht haben, was das nicht mehr so ganz einfach macht. Die Spanier haben Franco gehabt. Der ist erst sehr viel später als Hitler von der Macht weggekommen. Und die haben auch eine ganz gute Verfassung. Die Portugiesen haben eine Nelkenrevolution gehabt. Die hat der rechte Sozialdemokrat Soares noch ein bisschen verfälscht. Die war so stark, dass der Staatsgerichtshof ein Drittel der Troika-Maßnahmen kassiert hat. Zum Beispiel die Senkung der Lehrergehälter. Und das alles geschafft hat mithilfe des nationalen Rechts in Portugal, was die Nelkenrevolu-

tion erkämpft hat. In Italien gibt es eine noch bessere Verfassung als die deutsche, die aus dem Zeitraum 1945 bis 49 resultiert. Und dieses sind natürlich Dinge, die es überhaupt nicht in der EU, nicht in der Welthandelsorganisation, nirgends auf überregionaler Ebene gibt. Das führt mich dann auch zu der sarkastischen oder (unverständliches Wort) (...) oder jedenfalls provokativen oder ketzerischen Frage: Warum eigentlich immer Kompetenzen nach oben abgeben? (XYZ 2: 11)

Drittens biete das Grundgesetz nach Ansicht einer befragten Person die rechtliche Basis, um sogar sozialistische Gesellschaftsmodelle einzuführen. Deshalb müsse es unbedingt gegen neoliberale Akteure verteidigt werden. Diese würden versuchen, Deutschland in eine Art Vereinigte Staaten von Europa zu führen, sodass das Grundgesetz der Bundesrepublik mitsamt der ersten 20 Artikel und der Ewigkeitsklausel zugunsten einer europäischen Verfassung entfällt. Gegen derartige Vorstellungen spricht sich dieser Person ganz entschieden aus, weil das Grundgesetz nicht nur sozialrechtliche Standards vor Eingriffen der EU schütze, sondern sogar die rechtliche Grundlage bilde, um ein sozialistisches Gesellschaftsmodell in Deutschland aufzubauen:

Das ist natürlich völlig klar, (XYZ 2 beginnt leise und mit bedachter Stimme zu sprechen:) wer möchte, dass wir unser Grundgesetz dem Lex einer großen Bücherverbrennung angedeihen lassen, der sagt: „Wir sind alle Internationalisten, weg vom Nationalrecht!“, das dahintersteht,

dass es zwischen Artikel 1 und Artikel 20 eine Ewigkeitsklausel gibt. (XYZ 2 führt seinen Punkt wieder in gewohnter Sprechstärke aus.) [...] Alles andere kann man ja ändern, das nicht. Und da ist die Sozialstaatlichkeit mit Artikel 15 und der Möglichkeit Konzerne zu enteignen, zu vergesellschaften, in Gemeineigentum zu überführen, wesentlicher Bestandteil. Also die Öffnung für sozialistische Optionen im Grundgesetz in Artikel 15: Das wird dann auch mit wegfallen. [...] Und das dürfen wir nicht mitmachen, das allgemeine Gesülze: „Werft das Nationalrecht beiseite!“ Das ist ein heimtückischer Versuch der Spindoktors [sic!], uns da irgendwie den Schneid abzukaufen. Dahinter steckt also so ein Interesse. (XYZ 2: 19)

In der Gesamtbetrachtung treffen bei der diffusen Dimension der Legitimität der EU die Erfahrungshorizonte aus Ostdeutschland mit denen aus Westdeutschland aufeinander: Verweisen die Aussagen der reformorientierten Befragten auf besonders niedrige Werte für die Bundesrepublik bei zugleich hohen Werten für die EU, verweisen die Aussagen der fundamentaloppositionellen Befragten auf hohe Werte für die Bundesrepublik bei besonders niedrigen Werten für die EU. Auf der Ebene abstrakter Begriffe können sich die beiden Befragtengruppen zwar auf gemeinsame Forderungen einigen, unklar bleibt aber, wie die künftige Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene im Angesicht der Krise aussehen sollte. Die reformorientierten Befragten kritisieren zwar den Status quo der EU, sie lehnen die EU aber deshalb nicht in Gänze ab

und wollen sie geleitet durch eine in die Zukunft gerichtete positive Vision sozialer und demokratischer gestalten. Hierzu plädieren sie für Formen klassischer Opposition innerhalb der Mitgliedsstaaten, um durch Regierungswechsel in den Kernstaaten im Rat der EU eine alternative europäische Integration umzusetzen. Auch die fundamentaloppositionellen Befragten kritisieren den Status quo der EU, setzen dabei jedoch schon in den konstitutionellen Grundlagen der EU an. Ihre Kritik ist vergangenheitsorientiert und basiert auf den Erfahrungen der negativen Integration, die einen deregulierenden Effekt auf das nationale Wohlfahrtsystem ausgeübt habe. Aufgrund ihres Zweifels an der Reformierbarkeit der EU plädieren sie eher dafür, die regulatorischen Restbestände des Nationalstaates gegen die EU zu verteidigen, anstatt diese zu vertiefen.

Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis

Zu der unterschiedlichen Bewertung der Legitimität der Befragten kommen die ebenso verschiedenartigen Vorstellungen, wie die Partei mit der öffentlichen EU-Skepsis umgehen sollte. Die reformorientierten Befragten machen als Ursache für die öffentliche EU-Skepsis den Mangel an Loyalitäts- und Zugehörigkeitsgefühl zur EU aus, der mit steigender Unzufriedenheit über die Politikergebnisse der EU zusammenfällt. Die öffentliche EU-Skepsis wollen sie aber nicht aufgreifen, sondern bekämpfen, um den Fortbestand der EU nicht zu gefährden. Die Entfremdung der BürgerInnen von der EU gedenken sie durch eine positive Vision und durch die aktive Teilhabe der BürgerInnen an der Gestaltung des Integrationsprozesses zu begegnen. Die fundamentaloppositionellen Befragten halten die öffentliche EU-Skepsis

aufgrund des neoliberalen und technokratischen Charakters der EU für legitim und plädieren dafür, die Skepsis mit populistischen Argumenten aufzugreifen, um Die Linke insbesondere gegen rechtspopulistische Parteien zu stärken. Trotz der verschiedenen Umgangsformen mit der öffentlichen EU-Skepsis sprechen sich beide Lager entschieden gegen Bündnisse mit rechtspopulistischen EU-SkeptikerInnen aus. Derartigen Überlegungen stehe der internationalistische Anspruch der Partei entgegen.

Reformorientierte: Öffentliche EU-Skepsis bekämpfen

Die reformistisch eingestellten Befragten sehen die Quelle der EU-Skepsis in einer Kombination aus zwei Faktoren: das fehlende Loyalitäts- und Zugehörigkeitsgefühl der BürgerInnen zur EU sowie die Unzufriedenheit über in der EU beschlossene Politikergebnisse. Obschon die EU über die Jahre des Integrationsprozesses an Kompetenzen und Bedeutung hinzugewonnen habe, blieb sie für die BürgerInnen ein unverstandenes und weit entferntes Gebilde. So würden die BürgerInnen die Funktionsweise der EU, die Gründe für die Integration und die politischen Prozesse dahinter nicht verstehen. Außerdem seien ihnen die verantwortlichen Persönlichkeiten unbekannt. Stattdessen verbinden viele BürgerInnen mit der EU eine Überregulierung des Alltags – symbolisiert durch Bananen- und Gurkenverordnungen (ABC 2: 21). Sie fühlten sich den Vorgaben der EU ausgesetzt, ohne selbst die Entscheidungen beeinflussen zu können. Vor allem in Krisenzeiten, in denen die EU nicht als Teil der Lösung, sondern als Problem erscheine, würde dann der Un-

mut in der Öffentlichkeit bedrohlich anwachsen:

I: Jetzt hast du ja schon vom Europa-Kritisieren gesprochen. Und oftmals fällt dann auch der Begriff „EU-Skepsis“. Und ich frage mich, was dir in den Sinn kommt, wenn du diesen Begriff „EU-Skepsis“ hörst.

ABC 2: Also ich assoziiere damit eine Fremdheit vieler Bürger der Europäischen Union mit der Europäischen Union selber. Sie wissen nicht, was dort passiert, wie es passiert. Die Menschen, die dort agieren, sind ihnen unbekannt. Sie wissen nicht, wie Entscheidungsabläufe sind. Es wird auch wenig davon widergespiegelt, sodass sie wenig Kontrollmöglichkeiten haben. [...] Also, die EU wird als eine Institution wahrgenommen, wo man nicht weiß, wie die Dinge ablaufen, und wenn man ein Ergebnis bekommt, ist es häufig Quatsch. Das entwickelt dann so eine Abneigung dagegen. (ABC 2: 20-21)

Die VertreterInnen dieses Flügels sprechen sich entschieden dagegen aus, den öffentlichen Unmut für die eigenen Parteiziele zu nutzen: „Ich finde aber, dass man allem widerstehen muss, was jetzt Kapital aus dieser Skepsis und Kritik schlagen will.“ (ABC 2: 25) Diese Kritik richten sie insbesondere an VerantwortungsträgerInnen aus der eigenen Partei, die sich mit populistischen Parolen gegen die EU beteiligen würden und so für den Legitimitätsverlust der EU mitverantwortlich seien: „Das ist eine Art von Politik, die, glaube ich, zu der (..) Legitimationskrise der europäischen Institutio-

nen mit beiträgt.“ (ABC 1: 19) Die reformorientierten Befragten plädieren dagegen, die Schuld für mangelhafte Politikergebnisse allein der EU zuzuschreiben. Dies sei eine Strategie von PolitikerInnen, die nur gegenüber der nationalen Ebene rechenschaftspflichtig seien, um sich ihrer eigenen Verantwortung zu entledigen. Dabei betonen diese Befragten, dass auch die national legitimierte PolitikerInnen über ihren Einfluss in den nationalen Exekutiven im Rat oder Ministerrat mitverantwortlich für die Politikergebnisse und die konstitutionelle Verfasstheit der EU seien. Das Demokratie- und Legitimitätsdefizit der EU halten sie daher nicht für ein hinreichendes Kriterium, um in den Chor der öffentlichen EU-Skepsis einzustimmen. Die demokratischen Standards halten sie sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene für ungenügend, wie ABC 1 anlässlich der mangelnden Kontroll- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bundestagsabgeordneten bei den Verhandlungen zu TTIP erklärt (ABC 1: 19). Deshalb „sollte die Linke sich davor hüten, jedes Mal auch dasselbe zu machen, was andere machen: mit dem Finger nach Europa zu zeigen“. (ABC 1: 25) Indem Die Linke EU-skeptische Positionen vertritt, könnten die WählerInnen sie nicht von rechtspopulistischen Parteien unterscheiden. Stattdessen sollten sich alle etablierten Parteien, Die Linke eingeschlossen, klar von rechtspopulistischen Akteuren abgrenzen. Der Versuch, verlorengewonnene WählerInnen durch die Übernahme von rechtspopulistischen Positionen zurückzugewinnen, würde letztendlich nur den rechtspopulistischen Kräften nützen:

Unsere Aufgabe ist es, uns, aber auch Sozialdemokraten, Grüne und eigentlich auch Konservative, vor einem Irr-

weg zu bewahren, nämlich zu glauben, dass man durch das Übernehmen von Teilen der Positionen der Rechten oder von Signalisieren von zu viel Verständnis von rechten Wählerinnen und Wählern, dass man dadurch sie zurückgewinnt. Ich glaube, das ist Quatsch. Es wird überall das Gegenteil erzeugen, wie wir in Frankreich, Dänemark, Österreich, überall sehen können. Überall, wo die Mitte der Parteienlandschaften in diese Richtung gegangen ist oder gar linke Parteien solche Positionen eingenommen haben, hat es letztendlich den Rechten genutzt. [...] Und wir haben die Diskussion bei uns ja auch. Es ist aus einer Minderheit heraus, dass Leute sagen: Das wird uns irgendwie helfen. Ich finde, das müssen wir unterbinden. (ABC 2: 37)

Als Antwort auf die öffentliche EU-Skepsis versuchen diese Befragten, ein neues Narrativ für die europäische Integration zu entwickeln, schließlich könne das historisch begründete Friedensnarrativ die Menschen nicht mehr mitreißen. So nutze ABC 2 in Gesprächen mit EU-skeptischen BürgerInnen das Motiv eines Europa der Menschen, das von durchlässigen Grenzen und grenzüberschreitender Mobilität geprägt sei. Insbesondere die Generation der 20- bis 30-Jährigen halte diesen Zustand für selbstverständlich. Diese Altersgruppe würde deshalb eine Renationalisierung konsequent ablehnen (ABC 2: 23). Von den offenen Grenzen profitiere zudem der Binnenmarkt, wie ABC 2 trotz der Kritik an den deregulierenden Effekten auf den Sozialstaat als Argument gegen eine Renationalisierung anführt. So würden

Waren und Produkte wesentlich teurer, wenn sie an jeder Nationalgrenze stehen bleiben müssten. Als Leitfaden gegen EU-skeptische Argumente gelte deshalb stets daran zu erinnern, dass „ohne die EU nichts besser wäre. Ich glaube, vieles wäre schlechter.“ (ABC 2: 23) Auch wenn die EU nur ungenügende Lösungsvorschläge auf die massiven Krisen entwickle, so biete die EU zumindest potentiell die benötigten Problemlösungskapazitäten, die lediglich angemessen angewendet werden müssten. Eine Renationalisierung würde hingegen nicht dazu beitragen, globale Probleme zu lösen. So sei zum Beispiel die Flüchtlingskrise „ohne EU auch nicht einfacher [...], sondern eher schwerer“ zu bewältigen (ABC 2: 23).

Um öffentliche EU-Skepsis langfristig und nachhaltig zurückzudrängen, müsse die Partei dazu beitragen, die Entfremdung der BürgerInnen von der EU zu stoppen, indem diese selbst Teil der Veränderung Europas werden. Statt die Ohnmachtsgefühle durch populistische Argumente zu bestätigen, müsse Die Linke das Selbstvertrauen der BürgerInnen in die Gestaltungskraft der Gesellschaft für eine reformierte EU aktivieren. Hierzu gehöre ein Regierungswechsel in Deutschland, um so die Richtung des Integrationsprozesses zu mehr sozialer und demokratischer Teilhabe zu verändern (ABC 1: 19). Um die BürgerInnen für eine andere EU zu begeistern, müsse die Partei eine positive Vision von Europa entwickeln, anstatt stets das Negative herauszustreichen. Deshalb plädieren diese Befragten dafür, dass die integrationsbefürwortenden Stimmen innerhalb der Partei trotz der programmatischen EU-skeptischen Grundeinstellung gegenüber der jetzigen Integration

für die WählerInnen deutlich hörbar sein müssen (ABC 2: 25).

In der unmittelbaren Auseinandersetzung mit EU-skeptischen Parteien wie der AfD treten diese Befragten dafür ein, sich inhaltlich und strategisch klar abzugrenzen und der AfD inhaltlich zu begegnen. Um unzufriedene WählerInnen zu mobilisieren, sollten PolitikerInnen der Linkspartei keine nationalistischen Ressentiments schüren, sondern die Verteilungsfragen zwischen oben und unten stärker thematisieren. Zudem sollte Die Linke die AfD stärker auf anderen Themengebieten wie etwa der Sozialpolitik konfrontieren, weil viele AfD-WählerInnen gegen ihre eigenen materiellen Interessen stimmen würden. Letztendlich müsse Die Linke aber einsehen, dass sie nicht alle ProtestwählerInnengruppen, die zur AfD gewechselt sind, zurückgewinnen könne. Umso wichtiger sei deshalb ein unverwechselbares Profil als internationalistische und antirassistische Partei. Hierdurch könne sie neue WählerInnensegmente erreichen, die ihr bisher verschlossen blieben. Eine befragte Person drückt dies wie folgt aus:

Ich finde, bei der AfD gibt es zwei Antworten: immer wieder zu versuchen zu erklären, dass das Hauptproblem die Verteilungsfragen, die sozialen Fragen zwischen oben und unten sind und nicht zwischen drinnen und draußen. Und da, wo wir nicht weiterkommen mit dieser Position, dann auf die anderen Positionen zu verweisen, die diese Partei auch einnimmt. Weil viele von den Leuten, die die wählen, wählen gegen ihr eigenes Interesse, nur weil sie immer nur die Position zu Flüchtlingen im Kopf haben,

aber nicht wissen, dass sie ihre Renten gekürzt bekommen, ihre Arbeitslosenhilfe gestrichen bekommen, absurdes Scheidungsrecht eingeführt wird und so was alles. [...] Ja, und wenn man damit nicht durchkommt, dann muss man unter Umständen auch damit leben, dass man Stimmen verliert [...], also man kann seine Überzeugung nicht deswegen verstecken. (ABC 2: 37)

Fundamentaloppositionelle: Öffentliche EU-Skepsis aufgreifen

Die fundamentaloppositionell Eingestellten sehen ebenfalls zwei Faktoren als besonders bedeutend an, um den Anstieg der öffentlichen EU-Skepsis zu erklären: Das grundlegende Problem sehen sie in den Sorgen und Ängsten der BürgerInnen, die aus dem neoliberalen Charakter der Integration und dem Rückbau der nationalstaatlichen Sicherungssysteme erwachsen. In anderen Mitgliedsstaaten komme zum Unmut über die neoliberalen Verwerfungen die Sorge vor der dominanten Rolle Deutschlands. Weil die Sozialstaatlichkeit nicht auf europäischer, sondern nur auf nationaler Ebene verwirklicht sei, könne sich zum Beispiel der Front National als Verteidiger des Sozialstaats profilieren, der sich gegen eine neoliberale und von Merkel beherrschte EU zur Wehr setze (XYZ 1: 24). Folglich fordern die fundamentaloppositionellen Befragten, dass Die Linke „viel mehr auf Konfrontation gehen“ müsse (XYZ 1: 34), wie dies der Parteivorsitzende Jean-Luc Mélenchon von der französischen Schwesterpartei Parti de Gauche vorle-

be. Mélenchon wolle sein Sozialprogramm notfalls außerhalb der Währungsunion umsetzen. Angesichts der Krisensituation müsse auch Die Linke viel deutlicher in der öffentlichen Auseinandersetzung „beschreiben, wie brutal das jetzige System“ sei (XYZ 1: 16), anstatt positive Visionen von der EU an die Wand zu malen. Sogar der Begriff der EU-Skepsis sei für die notwendige Schärfe der Kritik zu weich formuliert, wie XYZ 2 erklärt:

B: Wenn es um europapolitische Debatten geht, fällt auch oft das Schlagwort EU-Skepsis oder EU-Skeptiker. Und da würde ich gerne wissen, was dir in den Sinn kommt, wenn du den Begriff hörst oder in der Debatte mitbekommst. Gibt es da irgendeine Assoziation deinerseits?

XYZ 2: Das ist ein Begriff wie ein Mann mit einem halben Ei. Oder mit nur einem oder so. Ich bin entweder gegen die EU, das bin ich, weil sie erhebliche Defizite aufweist. Da bin ich nicht EU-Skeptiker. (XYZ 2 betont den Begriff in einem abfälligen Ton.) Da ziehe ich skeptisch die Stirn raus. Da sage ich: Dieser Scheißladen sorgt dafür, dass so viele Flüchtlinge produziert werden, Kriege produziert werden, dass sehr viele Menschen in den südeuropäischen Ländern in Unglück und Elend leben und die Selbstmordrate und HIV-Infektionsrate in den südeuropäischen Ländern wieder nach oben geht. Da kann ich nicht EU-skeptisch sein, sondern das muss ich bekämpfen. (XYZ 2: 14-15)

Weil Die Linke aber aufgrund einer zahnlosen EU-Kritik die verunsicherten und frustrierten WählerInnen nicht an sich binden konnte, hätte nun die rechtspopulistische AfD die EU-Skepsis weiter befördert und für sich nutzbar gemacht. Hierin sehen die fundamentaloppositionellen Befragten ein gesamteuropäisches Problem: Anders als rechtspopulistische Parteien übten viele europäische Linksparteien eine zu große Distanz zu den einfachen BürgerInnen. Oftmals würden die WählerInnen sie dem Establishment zurechnen (XYZ 1: 42, 44). Deshalb könne Die Linke die WählerInnen mit ihrer Kritik an der Währungsunion kaum noch erreichen. Sie werde nicht als Alternative zu den rechtspopulistischen Parteien wie die AfD verstanden. Stattdessen hätten die Medien „unglaublich viel Raum für einige Rechtsabweichler“ in der damaligen Koalition aus Union und FDP gegeben, aus denen sich dann die AfD entwickelt habe, obwohl doch auch die Linkspartei die Hilfskredite abgelehnt hatte (XYZ 1: 36). Somit konnte aber die AfD das „berechtigte Unbehagen, mit den Vorgängen, die da stattfinden, nach rechts kanalisieren“. (XYZ 1: 36) Nach Ansicht der fundamentaloppositionell eingestellten Befragten müsse Die Linke deshalb eine noch stärkere Kritik an der EU üben, doch aufgrund der parteiinternen Differenzen sei die Partei nicht in der Lage, diese Kritik auch zu formulieren:

Wir sind schuld am Entstehen der AfD. Also, ich sage es mal ganz vermessen, ich sage das jetzt seit sechs Jahren, sieben Jahren: Da ist ein Vakuum entstanden, weil Die Linke auf scharfe EU-Kritik verzichtet. Da kommen immer irgendwelche „Ja, wir wollen aber nicht als europa-

feindlich gelten!“ (XYZ 2 verstellt beim Paraphrasieren der Parole seine Stimme im abwertenden Ton.) (XYZ 2: 21)

Ein besonderes Problem sehen die fundamentaloppositionellen Befragten darin, dass Teile der eigenen Partei eine notwendige Kritik an der EU tabuisierten. Der vorhandene Unmut in der Öffentlichkeit finde dann aber kein Ventil, stau sich an und suche sich bei rechtspopulistischen Parteien Ausdruck. So bezeichnet sich XYZ 1 als „leidenschaftlicher Europäer“, doch gebe es in der Öffentlichkeit keine Möglichkeit, die EU in ihren „konkreten Formen zu kritisieren“, ohne in „den Geruch zu kommen, antieuropäisch zu sein“. (XYZ 1: 36) Dieses Phänomen beschränke sich nicht nur auf die EU. Nach Ansicht von XYZ 2 würde übermäßige politische Korrektheit zu einem Vertrauensverlust von Politik und Medien führen, von denen rechtspopulistische Kräfte profitierten. Daran dürfe sich Die Linke nicht beteiligen, wie diese Person mit besonders drastischen Worten ausdrückt:

Bist du gegen Netanyahu, bist du antisemitisch. Bist du gegen amerikanische Atomraketen, bist du antiamerikanisch. Bist du, was weiß ich, gegen den Lissabon-Vertrag, bist du antieuropäisch. So machen das die Spindoktors [sic!]. Die hauen sich ihre Worte zurecht. Und das hat natürlich irgendwann einen Unmut hervorgebracht, weil die Leute immer mehr merken, mit diesen Worten wird man verarscht. Dann sagen sie „Lügenpresse“. [...] Dann fühlt er sich bevormundet. [...] Die Linke muss aufhören, ein mobiles Umerziehungsla-

ger zu spielen und sich zu wundern, dass die stehenden Ovationen ausbleiben. [...] Wir können nicht mit jeder Krötenwanderung ökologischer umgehen als mit Leuten, die uns wählen sollen. (XYZ 2: 21)

Als Gegenstrategie fordern die fundamentaloppositionellen Befragten, das Unbehagen in der Bevölkerung nicht zu bekämpfen, sondern aufzugreifen und nach links zu formieren. Hierbei deuten die Argumente auf die bereits beschriebene Trennung zwischen der Zustimmung zur Idee der Integration einerseits und der Ablehnung der konkreten Institutionalisierung der EU andererseits. So plädieren diese Befragten dafür, die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit zu betonen, ohne die EU gegen die öffentliche EU-Skepsis in Schutz zu nehmen. Die Befragten wollen vielmehr die konkreten Probleme benennen, die mit dem gegenwärtigen Integrationsprozess verbunden seien (XYZ 1: 16; XYZ 2: 11), ohne sich politisch zur EU oder zum Erhalt des Euro zu bekennen, wie dies das Establishment und die großen Medien verlangten. Stattdessen wollen sie nah an der Stimmungsentwicklung in der Bevölkerung sein und populistische Argumente bedienen, ohne dabei einer Rechtsentwicklung nachzugehen. Diese populistischen Positionen sollten vielmehr mit „aufklärerische[n] Elementen“ verbunden sein und „nicht mit der Zielstellung der Renationalisierung, sondern der Zielstellung einer anderen Form, eines Neustarts der EU“ formuliert werden (XYZ 1: 42, 30). Nach Ansicht von XYZ 1 sei die prinzipielle Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Kooperation den WählerInnen trotz der EU-Skepsis leicht zu vermitteln, wie

XYZ 1 anhand der regionalen und kommunalen Zusammenarbeit in grenznahen Gemeinden und im Umweltbereich argumentiert: „Ich komme aus [einer Grenzregion]. [...] Dass du eine europäische grenzüberschreitende Kooperation brauchst, um bestimmte Dinge zu lösen, das kannst du jedem auch schnell vermitteln.“ (XYZ 1: 30) Insofern bestehe für diese Befragtengruppe die hauptsächliche Gefahr nicht in der Existenz der öffentlichen EU-Skepsis, sondern in rechtspopulistischen Parteien, die sich diese Stimmungen zu eigen machten, während ihnen die politische Linke dieses Feld überlasse. Aus diesem Grund dürfte die Partei „keinen linken elitären Blick entwickeln“, sondern müsse den WählerInnen signalisieren, dass sie die öffentliche Kritik am Integrationsprozess verstanden habe, anstatt zu versuchen, die Positionen der WählerInnen umzuformen (XYZ 1: 42, 30, siehe auch XYZ 2: 21). Anders als die reformorientierten Befragten, die bei Gesprächen mit EU-skeptischen BürgerInnen bemüht seien, dem Unmut mit einer positiven Vision von der europäischen Integration zu begegnen, bestätigen die fundamentaloppositionellen Befragten die Einstellung der EU-skeptischen BürgerInnen und fordern sie auf, in der Linkspartei aktiv zu werden, um gemeinsam diese EU zu bekämpfen:

I: Wenn du jetzt im Wahlkreis an einem Infostand bist und dir kommt ein Bürger entgegen und der sagt, die EU hat ja viele positive Errungenschaften gehabt. Ich kann reisen. Alles schön und gut. Aber gleichzeitig merke ich, es funktioniert nicht so viel auf europäischer Ebene. Es gibt viel Unmut. Wie reagierst du denn in so einem Ge-

sprach auf so einen Bürger, der sich enttäuscht zeigt von der EU?

XYZ 2: Wähle Die Linke. (...) Wähle bei der Europawahl Die Linke. Wähle bei der Bundestagswahl Die Linke. Wähle kommunalpolitisch Die Linke. Wähle Die Linke. Mach mit bei der Linken. [...] Also, wenn einer kommt, der kriegt schon von uns gesagt: Wir verstehen, dass man mit dieser EU in keiner Weise zufrieden sein kann. Es gibt keinen Moment, wo wir uns zufrieden zurücklehnen können. Keinen einzigen. (XYZ 2: 16-17)

Um einen linken Populismus zu bedienen, dürfe es gesamtgesellschaftlich keine vorgestellten Verbote geben, bestimmte Meinungen ausdrücken zu dürfen. Hierzu zähle, dass BürgerInnen am Stammtisch, aber auch PolitikerInnen der Linkspartei sich nicht durch die öffentlichen Medien oder andere Parteien bevormunden ließen: „Also, all diese ganze Geschichte muss frei gehandhabt werden. Wir brauchen Freiheit. Da muss man auch mal was Schräges sagen.“ (XYZ 2: 21) So sei es aufgrund der DDR-Vergangenheit sogar ein historisches Vermächtnis der Linkspartei, dass sie sich für eine offene Debatte einsetzen müsse, in der die Breite der gesellschaftlichen Positionen Gehör findet. VertreterInnen der Linkspartei müssten daher im „Zweifelsfall auch jemanden, der eine falsche Auffassung vertritt“, decken, ohne damit seine Position zu übernehmen. „Nazisprüche und so weiter: hart drauf. Aber ansonsten Freiheit. Und diese Haltung: großes Herz, großer Geist, großer Horizont für Die Linke: Das könnte die AfD klein machen.“ (XYZ 2: 21)

Im Umgang mit der AfD spricht sich die gleiche Person zudem dafür aus, die Begriffe rechtspopulistischer Parteien wie „Nation“ und „Heimat“ kognitiv und affektiv von links zu besetzen und ihnen so streitig zu machen, obschon es innerhalb der Partei Teile gebe, die eine besonders nationalismuskritische Position vertreten würden und bestrebt seien, derartige Positionen mit moralisierenden Sprechverböten zu bekämpfen. Doch zur Verteidigung der emanzipatorischen Potentiale, zu denen diese Person sowohl die europäische Verankerung von Menschenrechten in der EMRK als auch die sozialen Rechte auf nationalstaatlicher Ebene zählt (XYZ 2: 13), dürfe die Partei die erkämpften sozialen und politischen Rechte „weder den Konzernen noch den Rechten von der AfD oder der Le Pen überlassen. Auch den schönen Heimatbegriff nicht.“ (XYZ 2: 15) Die RechtspopulistInnen gelte es daher über ihre Kernbegriffe zu stellen, indem Die Linke diese neu besetze:

Internationale Solidarität und Heimatliebe schließen einander nicht aus. Wir kriegen die AfD nicht durch einen blutleeren Kosmopolitismus bekämpft, sondern durch einen emanzipativen Bezug zu den drei Ebenen: kommunal, national, europäisch. (XYZ 2: 13)

Seine Position unterstreicht die befragte Person, indem sie betont, in bestimmten Situationen mit „nationalen Argumenten gegen den Nationalismus zu kämpfen“ (XYZ 2: 25). Hierbei gehe es darum, die kulturelle Einzigartigkeit Deutschlands zu betonen, ohne diese gegenüber anderen Mitgliedsstaaten zu erhöhen. Jeder Mitgliedsstaat habe mit seinen spezifischen kulturellen Eigenheiten einen Platz in der

EU. Zu dieser Vorstellung gehöre aber auch, dass Die Linke das nationale Zugehörigkeitsgefühl der WählerInnen zu Deutschland nicht verunglimpfen dürfe. So sei eine prinzipielle Ablehnung des deutschen Nationalstaats eine ebenso elitäre Haltung wie ein nationalistischer Bezug zur eigenen Nation:

Diese Dinge, diese Schönheiten zusammenzubringen, ohne dein eigenes Licht in den Schatten zu stellen und zu sagen, früher war „Deutschland, Deutschland über alles!“, wir sind jetzt anti-deutsch, wir sagen „Deutschland, Deutschland unter alles!“, das ist eine genauso elitäre Haltung. (XYZ 2: 17)

Flügelübergreifender Konsens: Keine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien

Trotz dieser Differenzen im Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis lehnen beide Befragtengruppen gleichermaßen eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen EU-SkeptikerInnen ab. Die Interviews haben zwei entscheidende Trennlinien herauskristallisiert, die beide Flügel der Linkspartei in Abgrenzung zu rechtspopulistischen Kräften betonen: Erstens befürwortet Die Linke aus prinzipiellen Erwägungen eine internationale Zusammenarbeit. Diese Einstellung ist in beiden Flügeln gleichermaßen vorhanden und spiegelt die hohen Zustimmungswerte der Partei entlang der diffusen Dimension über die Idee der europäischen Integration wider. So würde Die Linke zwar wie rechtspopulistische EU-SkeptikerInnen die gegenwärtige Form der Integration kritisieren, hierbei jedoch

die internationale Zusammenarbeit auf Grundlage vorgestellter linker Ideale wie Solidarität und Gleichwertigkeit verbessern wollen. Rechtspopulistische Parteien hingegen würden allein darauf abzielen, jedwede Art von europäischer Integration zugunsten der nationalen Souveränität zu ersetzen. So argumentiert ABC 1, dass rechtspopulistische Parteien nicht als EU-skeptisch bezeichnet werden sollten, sondern als nationalistisch, weil diese eine internationale Zusammenarbeit konsequent ablehnten:

Aber diese ganzen Rechtspopulisten, das sind keine EU-Skeptiker. Das sind Befürworter einer Renationalisierung Europas. Und da könnte das Ding EG, EU oder sonst wie heißen. Es könnte vertragliche Grundlagen haben oder nicht. Das spielt überhaupt keine Rolle. Es geht dort um eine Exklusivität: zurück zum Nationalstaat. (ABC 1: 31)

Die zweite Unterscheidung bezieht sich auf einen Aspekt der europäischen Integration, der nicht unmittelbar die Institutionen der EU betrifft. So befürwortet Die Linke einen europäischen Menschenrechtsschutz, wie er durch die EMRK gegeben ist. Auf diese beziehen sich beide innerparteilichen Flügel positiv, während rechtspopulistische Parteien eher dazu tendierten, ihre imaginierte nationale Schicksalsgemeinschaft gegen Einwanderung aus anderen Kulturen zu verteidigen und hierzu die garantierten Menschenrechte in der EMRK zugunsten der nationalen Selbstbestimmung auszuhebeln.

Aufgrund dieser inhaltlichen Unterschiede sprechen sich sowohl die reformorientierten als auch die fundamen-

taloppositionellen Befragten gegen eine gemeinsame Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien gegen die Institutionen der EU aus. Sämtliche Befragten würden im Zweifel eine Person von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen oder Grünen in ein politisches Amt wählen, anstatt mit einer rechtspopulistischen Partei für eine Mehrheit außerhalb des Mainstreams zu koalieren (ABC 1: 29; ABC 2: 41; XYZ 1: 48; XYZ 2: 25). Eine befragte Person begründet dies etwa damit, dass vor allem die Arbeiterklasse politische und soziale Beteiligungsmöglichkeiten erkämpft habe und diese nicht durch machttaktisch begründete Koalitionen mit RechtspopulistInnen aufgegeben werden sollten (ABC 1: 27). Aus diesem Grund hätte die griechische Koalition zwischen Syriza und der rechtspopulistischen ANEL gegen die Sparvorgaben der Troika „logischerweise überhaupt keinen Vorbildcharakter und überhaupt nichts, was mit progressiver, emanzipierter Politik oder europäischer Politik zu tun haben kann“ gemein (ABC 1: 27). Dies sei eine „Scheißkoalition“. (ABC 2: 35) Notfalls müsse Die Linke in der EU „die Mafiastruktur eines Jean Claude Juncker stützen“ (ABC 1: 29), um einen rechtspopulistischen Kommissionspräsidenten oder eine rechtspopulistische Kommissionspräsidentin zu verhindern. Auffällig ist, dass selbst die fundamentaloppositionell eingestellten Befragten für eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei plädieren, um die AfD politisch zu bekämpfen, obschon diese traditionell besonders kritisch gegenüber einer Regierungsbeteiligung eingestellt sind (Oppelland/Träger 2014: 119-120). So plädiert XYZ 2 sogar für eine ganz Große Koalition mit konservativen und sozialdemokratischen Kräften, wenn auch auf Länderebene. Trotzdem han-

delt es sich hierbei um eine besondere Bemerkung, weil sie nicht in die vorherrschende Vorstellung einer prinzipiellen Regierungsverweigerung mit Union und SPD passt. So könne man angesichts des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien darüber nachdenken,

ob man nicht auch mit der CDU in Sachsen eine Koalition bilden kann als Linke. Oder ob man nicht mit SPD und CDU eine Koalition bilden kann. Und dann sagt, wir räumen mal [auf], wir machen wirklich drei Schritte nach vorne mit der großen Mehrheit. Aber auch sozialpolitisch und für Hartz IV-Empfänger, alleinerziehende Mütter und Rentner. Dann ziehen wir der mal die Hosen aus, der AfD. (XYZ 2: 25)

Diskussion und Ausblick

Inwiefern ist Die Linke nun eine EU-skeptische Partei? Inwiefern unterscheiden sich die Bewertungen zur Legitimität der EU zwischen den kontrastiven Flügeln? Welche Rückschlüsse zieht die Partei daraus für ihre europapolitische Positionierung, auch und gerade im Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis? Mögliche Kausalitäten diskutiere ich, wie für qualitative Untersuchungen üblich (Blatter/Janning/Wagemann 2007: 28-30), abschließend hypothesenartig.

In ihrem Partei- und Europawahlprogramm erscheint die Partei als EU-skeptisch. Sie befürwortet eine diffuse Idee einer europäischen Integration, lehnt jedoch ihre spezifische Umsetzung über die bisherige konstitutionelle Verfasstheit der EU und ihrer beschlossenen Politiken ab. Die Dokumentenanalyse

offenbart jedoch die Schwäche, die aus einer getrennten Analyse der diffusen und spezifischen Unterstützung der europäischen Integration erwachsen, wie Kopecký/Mudde sie durchführen. So lehnt Die Linke auf der spezifischen Dimension die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU ab. Weil sie diese jedoch durch die primärrechtlichen Regelungen etwa des Binnenmarktes und der Währungsunion für determiniert hält, lehnt sie folglich auch die Rechtsgrundlagen der EU ab, die zur diffusen Dimension zählen. Idee und Umsetzung der EU mögen zwar zwei verschiedene Sachverhalte sein, trotzdem sind sie eng miteinander verbunden (Beichelt 2004, 30-31). So setzt eine mögliche Zustimmung der Partei für die Sozial- und Wirtschaftspolitik entlang der spezifischen Dimension eine Änderung der Vertragsgrundlagen voraus, welche die diffuse Dimension betreffen.

Die im Programm artikulierte Skepsis der Linkspartei ist dennoch moderat. Trotz der geübten Kritik lehnt sie weder die europäische Integration als solche noch die europäische Integration über die EU prinzipiell ab. Die Anerkennung der gegenwärtigen EU erfolgt allerdings vor allem negativer Art: So hält sie die EU und insbesondere die Währungsunion trotz ihrer massiven Defizite aufgrund der verheerenden sozialen Konsequenzen durch einen möglichen Kollaps de facto für irreversibel. Diese Wahrnehmung macht Die Linke nicht zur Vorkämpferin der EU, es sind vielmehr die Sorgen und Ungewissheiten, die aus einem Scheitern der Integration erwachsen würden, welche die Partei an die EU binden. Ein weiterer Rückbau der ohnehin defizitären Steuerungsfähigkeit der EU würde die unverzichtbaren Instru-

mente zerstören, die sie zur Regulierung der Finanzmärkte und zum Aufbau einer positiven Integration einfordert.

Die Partei als EU-skeptisch zu klassifizieren, wäre trotz ihrer Programmatik daher irreführend. Rechtliche Konstruktionsdefizite der EU und die daraus resultierenden Politikergebnisse im Wirtschafts- und Sozialbereich zu problematisieren, ist keine notwendige Bedingung für eine Ablehnung der Integration oder der EU. Zwar übt die Partei eine radikale Kritik an den deregulierenden Effekten auf die Sozialstaatlichkeit und der daraus resultierenden Verelendung insbesondere in den Krisenstaaten, zugleich hält sie eine Korrektur dieser Prozesse ohne die EU nicht für möglich und plädiert dafür, die auf nationalstaatlicher Ebene bedrängten sozialen Sicherungssysteme durch die europäische Ebene zu restaurieren. Anstatt Die Linke unter EU-skeptisch zu subsumieren, wäre der Begriff des „Euro-Criticism“ (Benedetto, zit. n. Szczerbiak/Taggart 2008: 252) oder der EU-Kritik angebracht; demnach kritisieren insbesondere einige Parteien der radikalen Linken die EU in ihrer Rhetorik zwar scharf, vertreten jedoch grundlegend eine prointegrationistische Position gegenüber der gegenwärtigen oder zukünftigen Form der EU. EU-skeptisch wäre sie nur im Sinne der ursprünglichen semantischen Bedeutung, wonach Meinungen oder Aussagen keine Gültigkeit *a priori* ohne vorherige kritische Analyse erhalten (siehe Leconte 2010: 5). Insofern bemisst die Partei die europäische Integration und die EU daran, inwiefern sie der Verwirklichung ihrer Parteiziele dienen oder sie verhindern. Allerdings impliziert im wissenschaftlichen und umgangssprachlichen Kontext der Begriff EU-Skepsis bereits eine bestimmte Form

„weicher“ oder „harter“ Ablehnung der EU.

Die Untersuchungen haben außerdem zwei Hauptfronten in der politischen Auseinandersetzung offengelegt, in der sich Die Linke befindet. Diese betreffen den Streit zwischen integrationistischen und souveränistischen Positionen innerhalb der Partei sowie zwischen linken Positionen von sozialer Gerechtigkeit und rechten wirtschaftsliberalen Positionen außerhalb der Partei. Die Konfliktlinie zwischen integrationistischen und souveränistischen Positionen verläuft quer durch Die Linke, so finden sich in ihr eingedenk ihres heterogenen Charakters VertreterInnen von sowohl EU-enthusiastischen als auch EU-skeptischen Positionen. Die EU-enthusiastischen Parteimitglieder vertreten eine föderalistische Gesinnung, und sie betonen die positiven Politikfelder der EU – wie etwa die Regional- und Kohäsionspolitik – gegenüber den Mängeln in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese Mängel erkennen sie zwar an, halten sie aber durch andere politische Rahmenbedingungen für veränderbar. Sie verfolgen daher eine reformorientierte Politik innerhalb der EU. Der Krise der EU wollen sie durch eine positive Integration begegnen, indem sie die politische Kontrolle über grenzüberschreitende Märkte durch eine vertiefte Kooperation wiedergewinnen wollen. Wohlfahrtsstaatliche Elemente gedenken sie auf EU-Ebene nachzubauen. Den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt lehnen sie nicht ab, jedoch müssten die Verlierer des Wettbewerbs einen ausreichenden sozialen Schutz durch Transferzahlungen der Gewinner erhalten. Diese Umverteilung benötigt eine entsprechende demokratische Legitimation. Deshalb wollen sie die inter-

gouvernementalen Entscheidungsprozessen durch supranationale ersetzen. Eine derartige Integration könnte ihrer Auffassung nach dazu beitragen, die Unterstützung der Bevölkerung wiederzugewinnen und die EU-Skepsis in der Öffentlichkeit zurückzudrängen. Ein Rückzug in den Nationalstaat würde hingegen den sozialstaatlichen Zerfall aufgrund der unregulierten internationalen Finanzmärkte weiter befördern. Die EU-skeptischen Parteimitglieder hingegen empfinden die EU als übermächtige Liberalisierungsmaschine. Die Währungsunion habe die Euroländer nicht nur gespalten, sondern sie ihrer politischen Handlungsfähigkeit beraubt. Deshalb führe der Euro zu einer wirtschaftlichen und fiskalischen Zwangshomogenisierung der Mitglieder mit massiven sozialen Verwerfungen für die Krisenstaaten. Gerade die Konstruktion der EU und der Währungsunion führe somit zu einer Renationalisierung Europas. Deswegen sympathisieren sie eher mit einer Renationalisierung des Klassenkonflikts und imaginieren die Restbestände des Nationalstaats als Bollwerk gegen Brüssel. Indem die Mitgliedsstaaten ihre Wirtschaftspolitik wieder stärker auf ihre Bedürfnisse ausrichten, könnten Konflikte um soziale Gerechtigkeit im gleichen Maß ebenfalls auf nationalstaatlicher Ebene ausgetragen werden. Weil sie die EU für nicht reformfähig halten, plädieren sie für Formen der Fundamentalopposition gegen die EU. Der Riss zwischen beiden Positionen kristallisiert sich anhand der unterschiedlichen Bewertung der Legitimität der EU. Zielt der souveränistische Ansatz auf die Mobilisierung von Angst, Protest und Empörung, um konfrontativ gegen die EU zu agieren, zählt der integrationistische Ansatz eher zu einem Projekt von europäischen Eliten, die bemüht sind,

den Unmut in der Bevölkerung durch eine andere europäische Politik aufzufangen, ohne die Legitimität der EU infrage zu stellen. Kern der innerparteilichen Auseinandersetzung ist somit, auf welcher Ebene die Partei ihre Gerechtigkeitsansprüche demokratisch durchsetzen sollte.

Allerdings war das Forschungsdesign darauf angelegt, diese maximalen Unterschiede in den europapolitischen Positionen aufzuspüren. Die Unterschiede in der Partei waren deshalb zu erwarten gewesen. Keine Rückschlüsse erlaubt das Forschungsdesign über das Kräfteverhältnis beider Pole, weil das Programm der Partei Elemente beider Positionen beinhaltet oder bei bestimmten Streitfragen bewusst offen formuliert ist. Hierzu sind weitere Untersuchungen nötig, etwa durch quantitative Studien über die Einstellungen von MandatsträgerInnen der Partei oder durch qualitative Studien mit deutlich mehr Befragten, um etwa die informellen Diskussions- und Entscheidungsprozesse aufzuspüren, die den offiziellen Positionierungen zugrunde liegen. Trotz dieser gegensätzlichen Haltung zur EU sind es die äußeren politischen Gegner, welche die Zusammenarbeit der beiden Flügel bewirken. So lehnen beide Seiten die marktliberale Rechte ab, die in der negativen Integration und der defizitären Steuerungsfähigkeit der EU geradezu einen Standortvorteil Europas in einer globalen Ökonomie sieht, während aber für die AnhängerInnen der Linkspartei eine solche Politik nur zu einer sozialen Verelendung und Aushöhlung der Demokratie führe. Ebenso lehnen beide Seiten die nationalistische Rechte ab, in der die AnhängerInnen der Linkspartei aufgrund der Kulturalisierung sozialer Konflikte

eine Gefahr für die europäische Zusammenarbeit sehen. Folglich plädierten auch VertreterInnen souveränistischer Positionen innerhalb der Linkspartei gegen eine gemeinsame Regierungszusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien gegen das EU-Establishment.

Abschließend möchte ich mögliche Kausalitäten hypothesenartig anhand von sechs Punkten skizzieren, die aus der unterschiedlichen Bewertung der Legitimität der EU für die europapolitische Positionierung der kontrastiven Flügel erwachsen, und aufzeigen, welche bevorzugten Modi von Opposition im Umgang mit öffentlicher EU-Skepsis sich daraus ergeben könnten. Erst weitere Untersuchungen können diese Hypothesen falsifizieren.

1. Hypothese: Halten VertreterInnen der Linkspartei die EU nicht für reformfähig, plädieren sie für ihre Ersetzung durch ein neues Integrationsprojekt („Neugründung der EU“). Sie tragen den Charakter einer Fundamentalopposition. Halten VertreterInnen der Linkspartei die EU für reformfähig, plädieren sie dementsprechend dafür, die EU zu reformieren („Neubegründung der EU“). Diese reformorientierten VertreterInnen tragen den Charakter einer klassischen Opposition.

2. Hypothese: Fundamentaloppositionelle in der Linkspartei sehen keine Möglichkeit, die EU innerhalb ihrer Institutionen zu verändern. Deshalb setzen sie die sozialstaatlichen Errungenschaften des Nationalstaats einer Vertiefung der EU entgegen und plädieren für einen Rückbau von EU-Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene. Die europäische Integration wollen sie stärker über Institutionen außerhalb der EU fortführen, etwa über den Europarat und

die EMRK. Reformorientierte in der Linkspartei wollen die EU im Rahmen ihrer Institutionen verändern. Das Demokratiedefizit der EU versuchen sie durch Formen der klassischen Opposition innerhalb der Nationalstaaten zu überwinden, indem sie dort für eine alternative Europapolitik stehen, die sie bei einer Regierungsübernahme im Rat der EU umsetzen wollen, um dort für eine Änderung der EU-Grundlagenverträge einzutreten. Insofern erkennen auch die Reformorientierten an, dass das gegenwärtige EU-Institutionengefüge Formen einer klassischen Opposition verhindert. Möglicherweise ist dieser Eindruck auch deshalb entstanden, weil ich lediglich PolitikerInnen der nationalstaatlichen Ebene befragt habe. Um diese Hypothese angemessen zu falsifizieren, sollten daher unbedingt Abgeordnete des EU-Parlaments einbezogen werden, worauf ich aus forschungspraktischen Gründen verzichten musste.

3. Hypothese: Die Fundamentaloppositionellen in der Linkspartei begründen ihre europapolitische Position mit einer kontinuierlichen Verschlechterung im Sozialbereich, die mit dem Fortschreiten der Integration einherginge. Deshalb ist ihre Kritik der EU vergangenheitsorientiert. Sie wollen gewissermaßen den Zustand einer vorneoliberalen EU wiederherstellen. Die Reformorientierten in der Linkspartei begründen ihre europapolitische Position mit den gegenwärtig wahrgenommenen Defiziten der EU. Ihre Kritik ist speziell auf die Lösung dieser Defizite bedacht. Weil diese Lösungen das Fortbestehen der EU sichern sollen, ist ihre Kritik an der EU zukunftsorientiert.

4. Hypothese: Die Fundamentaloppositionellen in der Linkspartei halten

die öffentliche EU-Skepsis für legitim und sehen in ihr die Chance einer notwendigen Veränderung Europas. Sie wollen die EU-Skepsis populistisch aufgreifen, um so den rechten Populismus in Opposition zur EU zu konfrontieren. Die Reformorientierten in der Linkspartei halten die öffentliche EU-Skepsis für eine Gefahr für die EU. Sie wollen sie durch eine positive Vision von der EU politisch bekämpfen, die sich von EU-skeptischen Vorstellungen klar unterscheidet.

5. Hypothese: Die gegensätzlichen Vorstellungen innerhalb der Partei über die Legitimität der EU, ihre Veränderungsfähigkeit und über die Anforderungen einer angemessenen Opposition sorgen dafür, dass die Partei diese Differenzen umso stärker durch die Unterstützung der Idee einer sozialen und demokratischen europäischen Integration überzeichnet. Die Breite an Merkmalswerten entlang der diffusen Dimension zur Legitimität der EU sorgt für umso höhere Zustimmungswerte entlang der diffusen Dimension zur Idee der Integration. Möglicherweise sind die der europäischen Integration zugrundeliegenden Ideen noch plastischer als die Vorstellungen über die Legitimität der EU, sodass sich beide Flügel damit identifizieren können.

6. Hypothese: Die Zustimmungswerte auf der diffusen Dimension zur Legitimität der EU sind abhängig von der Identifikation mit der Bundesrepublik. MandatsrägerInnen der Linkspartei aus Ostdeutschland weisen höhere Zustimmungswerte entlang der diffusen Dimension zur Legitimität der EU auf als MandatsrägerInnen der Linkspartei aus Westdeutschland, während MandatsrägerInnen aus Westdeutschland höhere Zustimmungswerte entlang der diffusen

Dimension der Legitimität für die Bundesrepublik aufweisen als MandatsträgerInnen aus Ostdeutschland. Insofern könnte es sein, dass sich diffuse und spezifische Kritiken an der EU nicht so stark bedingen, wenn die Zustimmungswerte für die Legitimität des eigenen Nationalstaats noch geringer ausfallen als für die EU. Dergestalt würden die ostdeutschen Mitglieder der Linkspartei in der EU einen Ersatz für die geringe Identifikation mit der Bundesrepublik sehen. Allerdings ist diese Hypothese aufgrund der geringen Anzahl an Befragten in meiner Untersuchung besonders angreifbar, schließlich kann es Zufall gewesen sein, dass die reformorientierten Befragten aus Ostdeutschland kamen. Weitere Untersuchungen müssten daher ostdeutsche PolitikerInnen verschiedener politischer Ebenen und Altersgruppen einschließen.

Fazit

Insgesamt positioniert sich Die Linke programmatisch als EU-kritisch, indem sie ihre Ablehnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der EU mit einer Ablehnung der gegenwärtigen Rechtsgrundlagen der EU verbindet. Trotzdem ist sie ihrem Charakter nach keine EU-skeptische Partei, weil sie die europäische Integration prinzipiell befürwortet und die EU trotz ihrer massiven Kritik vor der Alternative eines renationalisierten Europas verteidigt. In Abgrenzung zu EU-skeptischen Einstellungen, die als „weich“ oder „hart“ einen graduellen oder fundamentalen Rückbau der Integration einfordern, typologisiere ich die Partei daher als EU-kritisch. Das heißt, rhetorisch mag sie sich kaum von EU-skeptischen Positionen unterscheiden, indem sie die EU und ihre Kernpolitiken scharf kritisiert. Die Kritik zielt dennoch nicht auf eine Renationalisierung ab,

sondern auf einen Ausbau der europäischen Ebene, auf der soziale Rechte verankert sind und supranationale Entscheidungsmodi gestärkt hervorgehen.

Allerdings beheimatet Die Linke in ihrer Breite angesichts ihres heterogenen Charakters äußerst gegensätzliche Ansichten zur Europapolitik. Diese reichen von EU-enthusiastischen Positionen bis zur harten EU-Skepsis. Kristallisationspunkt der innerparteilichen Auseinandersetzung um eine angemessene europapolitische Positionierung bildet die Streitfrage um die Bewertung der Legitimität der EU. Mit ihr sind Fragen nach der potentiellen Veränderbarkeit der EU, nach integrationistischen oder souveränistischen Einstellungen, nach einer Orientierung an vergangenen Zuständen oder zukünftigen Visionen sowie nach Formen der Opposition verbunden, die von reformistisch bis fundamental reichen. Angesichts dieser Fragmentierung ist fraglich, wie die Partei unter Berücksichtigung des einen oder anderen Flügels eine gemeinsame Strategie in der Europapolitik entfalten kann, insbesondere da die Einstellungen auf weltanschaulichen Prämissen beruhen, die für die Identität der Parteimitglieder eine große Rolle spielen.

Die divergierenden Ansichten werden durch die gemeinsame Ablehnung rechter Europavorstellungen zusammengehalten. So üben beide Flügel der Partei eine scharfe Kritik sowohl an Positionen einer wirtschaftsliberalen negativen Integration, die aus Sicht der Linkspartei zu einer Deregulierung der Sozialsysteme führe, als auch an Positionen rechtspopulistischer EU-GegnerInnen, die eine notwendige internationale Kooperation zwischen den Staaten verunmöglichen würden. Denk-

bar wäre daher, dass erst aufgrund externen Handlungsdrucks eine innerparteiliche Annäherung zwischen den Flügeln stattfindet, etwa durch eine weitere Verschärfung der sozialen Krise und die Regierungsübernahme durch eine rechtspopulistische Partei in einem Kernstaat der EU. Immerhin bietet hierfür die Vision eines sozialen und demokratischen Europa für beide Flügel eine allgemeine inhaltliche Orientierung. Dies setzt jedoch charismatische und integrative Führungspersönlichkeiten in der Partei voraus, die beide Flügel zusammenhalten. Andernfalls könnte ein Anstieg externen Handlungsdrucks die innerparteilichen Spannungen sogar verstärken und einen endgültigen Bruch der Partei anhand der europäischen Frage herbeiführen.

Literaturverzeichnis

- Antikapitalistische Linke. 2016. *Keine Zukunft für und mit EU*, online: <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=1390>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Beck, Ulrich. 2012. *Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*. Berlin: Suhrkamp.
- Beichelt, Timm / von Ondarza, Nicolai. 2011. „Von der Schulden- zur Integrationskrise? Euro-Krisenmanagement und europäische Integrationsdynamik“, In: Beichelt, Timm / von Ondarza, Nicolai / Verheugen, Günter (Hrsg.) *Die EU auf dem Weg zur Wirtschaftsregierung? Europäische Reaktionen auf die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise*, MES-Perspektiven 1/2011, Frankfurt (Oder): Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), S. 15-21.
- Bisky, Lothar. 2013. „Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff“, In: Liebich, Stefan / Woop, Gerry (Hrsg.) *Linke Außenpolitik. Reformperspektiven*. Potsdam: Welt Trends, S. 32-40.
- Blatter K., Joachim / Janning, Frank / Wagemann, Claudius. 2007. *Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in die Forschungsansätze und Methoden*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bollmann, Ralph. 2014. „Sahra Wagenknecht. Die linke Eurogegnerin“, In: *Frankfurter Allgemeine* am 15.02.2014, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/sahra-wagenknecht-die-linke-eurogegnerin-12803885.html>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Bollmann, Ralph. 2016. „Ist Sahra Wagenknecht noch links?“, In: *Frankfurter Allgemeine* am 18.01.2016, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/linkspartei-ist-sahra-wagenknecht-noch-links-14018254.html>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Christ, Sebastian / Kuchejda, Mascha. 2009. „Wie europafeindlich ist die Linke?“, In: *Stern* 27.02.2009, online: <http://www.stern.de/politik/deutschland/europawahl-wie-europafeindlich-ist-die-linke—3423212.html>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Dehm, Diether / Gehrcke, Wolfgang. 2014. *Mut für ein anderes Europa. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Grundgesetz, Artikel 1)*. Antrag an den 4. Parteitag der Partei DIE LINKE am 15./16. Februar 2014 in Hamburg. online: [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/hamburg2014/leitAntrag_alternativ/131209_leitAntrag_alternativ_europawahlprogramm.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/hamburg2014/leit Antrag_alternativ/131209_leitAntrag_alternativ_europawahlprogramm.pdf), letzter Zugriff 14.08.2016.
- Detterbeck, Klaus. 2005. „Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien“, In: Schmid, Josef / Zolleis, Udo (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 63-76.
- Die Linke. 2011. *Programm der Partei DIE LINKE*, Berlin: Bundesgeschäftsführung der Partei Die Linke, Eigendruck, online als pdf-Datei: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Die Linke. 2014. *Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch*, Berlin: Bundesgeschäftsführung der Partei Die Linke, Eigendruck, online als pdf-Datei: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2014/download/europawahlprogramm2014_deutsch/europawahlprogramm2014_langfassung.pdf, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Dresing, Thorsten / Pehl, Thorsten. 2011. *Praxisbuch Transkription. Regelsysteme, Software und praktische Anleitung für qualitative ForscherInnen*, Marburg: Eigenverlag, 3. Auflage.

- Dunphy, Richard. 2004. *Contesting Capitalism – Left Parties and European Integration*, Manchester: Manchester University Press.
- Easton, David. 1965. *A Framework for Political Analysis*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Easton, David. 1975. „A Re-Assessment of the Concept of Political Support“, In: *British Journal of Political Science* 5, 435-457.
- Europäische Linke. 2004. *Programm der Partei der Europäischen Linken (EL)*, online: <https://www.die-linke.de/politik/international/europaeische-linke/kongresse/erster-kongress-der-el-in-athen/programm-der-partei-der-europaeischen-linken-el/>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Flick, Uwe. 2004. *Triangulation. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flick, Uwe. 2007. *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, Reinbek: Rowohlt.
- Flood, Chris. 2002. *Euroscepticism: A Problematic Concept. (illustrated with particular reference to France)*, Conference Paper at the UACES 32nd Annual Conference and 7th Research Conference 2-4 September, Belfast: Queen's University, online: <http://www.uaces.org/documents/papers/0201/flood.pdf>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Fuchs, Dieter / Roger, Antoine / Magni-Berton, Raul. 2009. „European Cleavage, Euroscepticism and Support of the EU: A Conceptual Discussion“, In: dies. (Hrsg.): *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 9-32.
- Gläser, Jochen / Laudel, Grit. 2006. *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage.
- Gysi, Gregor. 2012. *DIE LINKE ist wichtig für die Menschen in Deutschland*, Rede auf dem Göttinger Parteitag der Partei Die Linke am 02.06.2012, online: <https://www.die-linke.de/index.php?id=9950>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Janssen, Thilo. 2013. *Linke Parteien in Europa. Ein Vergleich der europapolitischen Positionen vor den Europawahlen*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Heilig, Dominic. 2016. *Die Linke in Europa. Sozialistische Parteien in der EU*, New York: Rosa-Luxemburg-Stiftung New York Office.
- Hildebrandt, Cornelia. 2010a. „Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa“, In: Daiber, Birgit / Hildebrandt, Cornelia / Striethorst, Anna (Hrsg.) *Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa*, Berlin: Karl-Dietz-Verlag, S. 9-38.
- Hildebrandt, Cornelia. 2010b. „Europapolitische Positionen europäischer Linksparteien“, In: Daiber, Birgit / Hildebrandt, Cornelia / Striethorst, Anna (Hrsg.) *Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa*, Berlin: Karl-Dietz-Verlag, S. 67-88.
- Hoff, Benjamin-Immanuel. 2014. *Die Linke: Partei neuen Typs? Milieus – Strömungen – Parteiform. Eine Flugschrift*, Hamburg: VSA Verlag.
- Kaina, Viktoria / Karolwski, Ireneusz P. 2007. „Why we Should not Believe every Lesson Andrew Moravcsik Teaches us: A Response.“ In: *Politische Vierteljahresschrift*, 48/2007, S. 740-757.
- Keller, Berndt / Seifert, Hartmut. 2008. *Flexicurity: Ein europäisches Konzept und seine nationale Umsetzung*, Berlin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kircheimer, Otto. 1957. „The Waning of Opposition in Parliamentary Regimes“, In: *Social Research* 24/1, S. 127-56.
- Kopecký, Petr / Mudde, Cas. 2002. „The Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe“, In: *European Union Politics* 3/3, S. 297-326.
- Leconte, Cécile. 2010. *Understanding Euroscepticism*, Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Mair, Peter. 2007. „Political Opposition and the European Union.“, In: *Government and Opposition* 42/1, S. 1-17.

- Mayring, Philipp. 2003. *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim / Basel: Beltz, 8. Auflage.
- McLaren, Lauren M. 2002. „Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat?“, In: *The Journal of Politics* 64/2, S. 551-566.
- Mense, Thorsten. 2014. „Standortkonkurrenz statt Klassenkampf? Von internationaler Solidarität und ‚nationaler Identität‘“, In: Voigt, Sebastian / Sünker, Heinz (Hrsg.) *Arbeiterbewegung – Nation – Globalisierung. Bestandsaufnahmen einer alten Debatte*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 116-140.
- Moravcsik, Andrew. 2006. „What we can Learn from the Collapse of the European Constitutional Project?“, In: *Politische Vierteljahreszeitschrift*, 47/2006. S. 603-624.
- Offe, Claus. 2016. *Europa in der Falle*. Berlin: Suhrkamp.
- Oppelland, Torsten / Träger, Hendrik. 2014. *Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei*. Baden-Baden: Nomos.
- Taggart, Paul. 1998. „A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems“, In: *European Journal of Political Research* 33/3, S. 363-388.
- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks. 2000. „Opposing Europe: Party Systems and Opposition to the Union, the Euro and Europeanisation“, *SEI Working Paper* No. 36, Falmer: Sussex European Institute.
- Strohschneider, Tom. 2016a. Wie hältst Du es mit dem Brexit?, In: *Neues Deutschland* 28.06.2016, online: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1016807.wie-haelst-du-es-mit-dem-brexite.html>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Strohschneider, Tom. 2016b. Der Kampf um Brüssel wird in Berlin geführt, In: *Neues Deutschland* 03.07.2016, online: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1017422.kampf-um-bruessel-wird-in-berlin-gefuehrt.html?sstr=der|kampf|br%C3%BCssel|wird|berlin|gef%C3%BChrt>, letzter Zugriff 14.08.2016.
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul. 2008. „Theorizing Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality“, In: dies. (Hrsg.): *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Volume 2. Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford: Oxford University Press, S. 238-262

Interviewleitfaden

Welche Assoziationen haben Sie, wenn sie an die Europäische Union denken?

Wie würden Sie jemandem von einem ganz anderen Kontinent die Krise der Währungsunion erklären?

In der Debatte über die Euro-Krise forderten einige KommentatorInnen, zurück zu den nationalen Währungen zu wechseln, weil die Nationalstaaten selber am besten wüssten, welche Währungspolitik richtig für sie sei. Andere KommentatorInnen schlugen vor, anlässlich der Euro-Krise endlich den großen Wurf zur politischen Union zu wagen, indem die Nationalstaaten ihre Kompetenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die europäische Ebene abgeben. Welches Verhältnis zwischen EU und Nationalstaat halten sie für richtig, um die Euro-Krise zu überwinden?

Im Parteiprogramm der Linken heißt es, die Partei streite für einen „Neustart der EU“. Was verstehen Sie darunter? Was müsste getan werden?

Kurz vor seinem Tod meinte der ehemalige Parteivorsitzende der Linken, Lothar Bisky, ich zitiere: „Also ich finde, das europäische Projekt, die Europäische Union, so wie sie ist, ist nicht der Idealzustand, der erreichbar ist. Aber: Es ist ein Zustand für die miteinander kooperierenden Länder, der wesentlich besser ist, als ein auf Nationalstaaten fixiertes und damit engstirniges Europa.“ Was waren Ihre ersten Assoziationen, als sie das gehört haben?

Beschreiben Sie bitte, was Ihnen bei der Debatte über die EU-Skepsis zuerst in den Sinn kommt.

Viele Menschen schätzen die positiven Errungenschaften der EU, etwa das unkomplizierte Reisen. Allerdings macht die EU in der Öffentlichkeit kein gutes Bild. Viele BürgerInnen assoziieren sie mit der Wirtschaftskrise, der Flüchtlingskrise, zu viel Bürokratie. Wie reagieren Sie bei Gesprächen auf BürgerInnen, die von der EU enttäuscht sind?

Wie sollte Die Linke mit dem in der Öffentlichkeit vorhandenen Unmut über die Europäische Union umgehen?

Zum Abschluss eine hypothetische Frage: Die europäischen Linksparteien schneiden nach den nächsten Europawahlen chancenlos ab. Eine Art große europäische Parteienkoalition um Jean Claude Juncker sowie Gegner der Integration um Marine Le Pen vereinen gleich viele Stimmen im EU-Parlament. Nun kommt es auf die Stimmen der Linkspartei an, um die nächste Kommissionpräsidentin oder den nächsten Kommissionspräsidenten zu bestimmen. Was spräche für eine der beiden Personen?

Was möchten Sie zum Abschluss noch sagen?

Interviewanfrage

Liebes Büro ...,

liebe/r ...,

für meine Masterarbeit möchte ich sehr gerne ein Interview mit ... führen. Dabei soll es um die europapolitischen Positionen der Linkspartei gehen. Außerdem interessiert mich, wie Die Linke aus ... Sicht mit den in der Öffentlichkeit vorhandenen europapolitischen Einstellungen umgehen soll.

Das Interview dauert etwa eine Stunde. Dieses möchte ich auf einem Aufnahmegerät mitzeichnen.

Sämtliche Aussagen im Interview anonymisiere ich im Rahmen meiner Arbeit. Außerdem plane ich keine Veröffentlichung.

Zu meiner Person:

Mein Name ist Stefan Kunath, ich bin 27 Jahre alt und seit 2004 Mitglied der Linksjugend und seit 2013 Mitglied der Linkspartei. Seit 2009 arbeite ich Teilzeit bei Frank Tempel im Bereich Drogenpolitik.

Meine Abschlussarbeit schreibe ich an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Rahmen meines Masterstudiums der Europawissenschaften. Zudem bin ich Studienstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das Interview würde ich gerne in Berlin im Juni in deinem/eurem Büro führen. Ich verfüge über einen Hausausweis.

Liebe Grüße